

Transformation von Chancen: zum Wandel von Arbeitsmarktstrukturen in einer Region (Thüringen) nach 1990

Kratzer, Nikolaus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. - ISF München

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kratzer, N. (1996). *Transformation von Chancen: zum Wandel von Arbeitsmarktstrukturen in einer Region (Thüringen) nach 1990*. (Arbeitspapiere aus dem Arbeitskreis SAMF, 1996-1). Gelsenkirchen: Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF) e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-100149>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ARBEITSPAPIER 1996 - 1

TRANSFORMATION VON CHANCEN

**Zum Wandel von Arbeitsmarktstrukturen
in einer Region (Thüringen)
nach 1990**

NIKOLAUS KRATZER

Impressum

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF) e.V.

Anschrift: Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen/
Institut Arbeit und Technik
Munscheidstr. 14
45886 Gelsenkirchen

Druck: Druckerei der Stadt Gelsenkirchen

**Arbeitspapiere aus dem Arbeitskreis
Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung
(SAMF) e.V.**

ISSN 0176-8263

Editorial

Der Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF) will zu einer integrativen und interdisziplinären Arbeitsmarktforschung beitragen, die den Nachteilen der weit fortgeschrittenen wissenschaftlichen Arbeitsteilung in unterschiedliche Fachdisziplinen und Einzeltheorien gegensteuert. Wesentliche Anstöße für diese Programmatik sehen wir in den seit einiger Zeit zunehmenden Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsproblemen in westlichen Industriegesellschaften sowie in der These, daß der Steuerungsmechanismus Preis für Arbeitsmarktprozesse an Bedeutung verliert. Vor diesem Hintergrund ist die orthodoxe Theorie des Arbeitsmarktes nur begrenzt tauglich. Der Bedeutungsverlust des Steuerungsmechanismus Preis sowie die ökonomische, soziale, politische und rechtliche Entwicklung des Beschäftigungssystems werfen für die Arbeitsmarktforschung verschiedene wichtige Fragestellungen auf: Welches sind die wesentlichen Bestimmungsgründe der Entwicklung von Beschäftigungssystem und Arbeitsmarkt, welche Steuerungsmechanismen übernehmen auf welchen Arbeitsmärkten die notwendigen Koordinationsaufgaben und wie lassen sich Bestimmungsgründe und Steuerungsmechanismen so beeinflussen, daß die sozialen und ökonomischen Arbeitsmarktergebnisse für eine möglichst große Zahl von Menschen akzeptabel sind?

Der Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF) ist ein Zusammenschluß von Arbeitsmarktforscherinnen und Arbeitsmarktforschern verschiedener Fachdisziplinen, der forschungsgenerierende und -koordinierende Funktionen wahrnimmt.

Die Verantwortung für den Inhalt der Arbeitspapiere trägt jeweils die Autorin / der Autor.

Mitglieder des Arbeitskreises Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF) e.V.

Wilhelm ADAMY, Uschi BACKES-GELLNER, Bettina BANGEL, Rolf BECKER, Lutz BELLMANN, Isolde BERGEMANN, Maritta BERNIEN, Hermann BIEHLER, Uwe BLIEN, Dieter BÖGENHOLD, Michael BOLLE, Gerhard BOSCH, Wolfgang BRANDES, Ruth BRANDHERM, Christian BRINKMANN, Hanns-Georg BROSE, Eva BRUMLOP, Felix BÜCHEL, Friedrich BUTTLER, Gerhard CHRISTE, Axel DEEKE, Christoph DEUTSCHMANN, Andreas DIEKMANN, Knuth DOHSE, Reinhard DOLESCHAL, Rainer DOMBOIS, Eberhard DORNDORF, Gisela DYBOWSKI, Angela EHRMANN, Gerhard ENGELBRECH, Angela FIEDLER, Joachim FISCHER, Bernd FRICK, Michael FRITSCH, Jürgen GABRIEL, Birgit GEISSLER, Sabine GENSJÖR, Frank GERLACH, Knut GERLACH, Karin GOTTSCHALL, Holle GRÜNERT, Eckhard HEIDLING, Andrea HELLMICH, Heiner HESELER, Paul HILD, Karl HINRICHS, Olaf HÜBLER, Heike JACOBSEN, Leonhard KASEK, Berndt KELLER, Matthias KNUTH, Klaus KOCK, Christoph KÖHLER, Alexander KRAFFT, Beate KRAIS, Simone KREHER, Volkmar KREISSIG, Martin KRONAUER, Jürgen KÜHL, Margarete LANDENBERGER, Lothar LAPPE, Peter LIEPMANN, Gudrun LINNE, Karin LÜSEBRINK, Burkart LUTZ, Friederike MAIER, Hans Gerhard MENDIUS, Bernd METTELSIEFEN, Wolfgang MEYER, Horst MIETHE, Carola MÖLLER, Ulrich MÜCKENBERGER, Stefan NAEVEKE, Renate NEUBÄUMER, Gisela NOTZ, Christoph NUBER, Christiane OCHS, Claus OFFE, Martin OSTERLAND, Birgit PFAUEFFINGER, Hanns PFRIEM, Peter PREISENDÖRFER, Jan PRIEWE, Sigrid QUACK, Bernd RAHMANN, Ulla REGENHARD, Bernd REISSERT, Gudrun RICHTER, Hedwig RUDOLPH, Dieter SADOWSKI, Katrin SCHÄFGEN, Ronald SCHETTKAT, Christiane SCHIERSMANN, Alfons SCHMID, Günther SCHMID, Dorothea SCHMIDT, Rudi SCHMIEDE, Klaus SCHÖMANN, Florian SCHRAMM, Erhard SCHREIBER, Karsten SCHULDT, Rainer SCHULTZ-WILD, Susanne SCHUNTER-KLEEMANN, Johannes SCHWARZE, Eberhard SEIFERT, Hartmut SEIFERT, Klaus SEMLINGER, Werner SENGENBERGER, Werner SESSELMEIER, Arndt SORGE, Gesine STEPHAN, Frank STILLE, Sybille STÖBE, Volker TEICHERT, Karin TONDORF, Gerd VONDERACH, Stephan VOSWINKEL, Alexandra WAGNER, Gert WAGNER, Jürgen WAHSE, Ulrich WALWEI, Anni WEILER, Stefanie WEIMER, Claudia WEINKOPF, Hans-Jürgen WEIßBACH, Klaus ZÜHLKE-ROBINET

Wissenschaftliche Sekretärin: Doris Beer

Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen/
Institut Arbeit und Technik
Munscheidstr. 14
45886 Gelsenkirchen
Telefon: 0209/1707-248
Telefax: 0209/1707-110

Vorbemerkung

Die vorliegende Untersuchung verdankt ihre Entstehung meiner Mitarbeit an dem Forschungsprojekt "Neugründung von Automobilwerken in den neuen Bundesländern. Folgen für Zulieferunternehmen und regionales Umfeld - Das Beispiel Thüringen", das zwischen 1992 und 1994 am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. (ISF München) durchgeführt wurde und dessen Ergebnisse seit Juni 1995 auch als hektographierter Bericht vorliegen (Döhl u.a. 1995).

Formal eigenständig, aber anknüpfend an (Teil-)Fragestellungen des obengenannten Projekts, befaßt sich die vorliegende Arbeit mit den Auswirkungen des Strukturwandels in einem Thüringer Arbeitsamtsbezirk zwischen 1990 und 1994. Im Mittelpunkt steht dabei die Untersuchung von Dynamik und Entwicklungsrichtung des "in Bewegung" geratenen Arbeitsmarktes und deren Folgen für die Verteilung von Erwerbs- und damit Lebenschancen des regionalen Erwerbspotentials.

Es wäre hier nicht möglich, alle Personen namentlich zu nennen, die an dieser Arbeit mitgewirkt haben. Ihnen allen will ich hiermit danken.

Ebenso danke ich den Ansprechpartnern in Behörden und Institutionen für deren hilfsbereiten Umgang mit meinen Materialwünschen und Fragen sowie den Kolleginnen und Kollegen am ISF, die mich in vielfältiger Weise unterstützt haben.

Den Mitgliedern des Projektteams Volker Döhl, Eckhard Heidling, Hans Gerhard Mendius und Dieter Sauer verdanke ich wertvolle Anregungen und wohlwollende Förderung.

Mein besonderer Dank gilt Karla Kempgens und Gerd Macher, ohne deren freundschaftliche, inhaltliche und technische Unterstützung es diese Studie in der vorliegenden Form nicht gäbe.

München, im Dezember 1995

Nikolaus Kratzer

Inhalt

1.	Einleitung	7
2.	Erweiterter Problemaufriß	9
2.1	Transformation als Strukturkrise	9
2.2	Erste Eingrenzung des Themas: Transformation im engeren Sinn	10
2.3	Zweite Eingrenzung: Arbeitsmarktprozesse	12
2.4	Regionale Differenzierung des ostdeutschen Transformationsprozesses	14
2.5	Differenzierung der Transformationsfolgen nach Bevölkerungs- bzw. Erwerbstätigengruppen	15
2.6	Fragestellung und Vorgehensweise	16
3.	Arbeitsmarktvermittelte, strukturelle Ungleichheiten im Transformationsprozeß	18
3.1	Strukturierte Ungleichheit im Arbeitsmarkt	18
3.1.1	Begriffsbestimmung	18
3.1.2	Exkurs: Paradigmen der Ungleichheitsforschung	19
3.2	Soziale Ungleichheit und Arbeitsmarkt	22
3.2.1	Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten	23
3.2.2	Modelle der Arbeitsmarktsegmentierung	26
3.2.3	Ursachen von Arbeitsmarktsegmentation	29
4.	Ausgangssituation und Entwicklungsdynamik ostdeutscher Arbeitsmärkte: Von der "vollbeschäftigten Arbeitsgesellschaft" zur "zerklüfteten Beschäftigungsstruktur"	35
4.1	Die DDR als "Arbeitsgesellschaft"	36
4.2	Dimensionen der Erwerbsarbeit in der ehemaligen DDR	36
4.3	Grundzüge der strukturellen Transformation des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern	45

5.	Zum Wandel von Arbeitsmarktstrukturen in einer Region: Der Arbeitsamtsbezirk Gotha	47
5.1	Thesen zur Arbeitsmarktstrukturierung	47
5.2	Vorgehensweise	53
5.3	Strukturwandel eines regionalen Arbeitsmarktes	57
5.3.1	Wohnbevölkerung, Erwerbspersonenpotential und räumliche Mobilität in der Untersuchungsregion	57
5.3.2	Erwerbstätigkeit	60
5.3.3	Entwicklung und Struktur der Arbeitslosenbestände im Arbeitsamtsbezirk Gotha	70
5.3.4	Entwicklung und Struktur der Zugänge in Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Gotha	85
5.3.5	Abgänge aus Arbeitslosigkeit	91
5.3.6	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	93
6.	Zusammenfassung und Ausblick	106
7.	Literatur	115
Anhang		

Verzeichnis der Tabellen im Text

- Tabelle 1:** Wohnbevölkerung und Wanderungen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1989 bis 1993
- Tabelle 2:** Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1989 bis 1992
- Tabelle 3:** Sektorale Verteilung der Erwerbstätigen im Arbeitsamtsbezirk Gotha im September 1989
- Tabelle 4:** Anteile des Erwerbspersonenpotentials an der Wohnbevölkerung, Erwerbsquote und Struktur der Erwerbstätigen nach beruflicher Stellung im Arbeitsamtsbezirk Gotha im September 1989
- Tabelle 5:** Ständig Berufstätige nach Geschlecht und ausgewählten Altersgruppen im Arbeitsamtsbezirk Gotha im September 1989
- Tabelle 6:** Wohnbevölkerung, Erwerbspersonenpotential und Erwerbstätige nach beruflicher Stellung im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990
- Tabelle 7:** Erwerbstätige nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990
- Tabelle 8:** Abhängig Beschäftigte im Arbeitsamtsbezirk Gotha im September 1989, November 1990, Dezember 1992, Dezember 1993 und März 1994
- Tabelle 9:** Abhängig Beschäftigte nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990, Dezember 1992 und Dezember 1993
- Tabelle 10:** Beschäftigte und Arbeitslose nach beruflicher Stellung im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990/Januar 1991, Dezember 1992 und Dezember 1993
- Tabelle 11:** Zugänge in Arbeitslosigkeit (Jahressummen) insgesamt und nach vorherigem Status im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 bis 1993
- Tabelle 12:** Anteile der Zugänge in Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftsbereichen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 bis 1993
- Tabelle 13:** Jahresdurchschnitte der Arbeitsvermittlungen gesamt und nach ausgewählten Merkmalen im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994
- Tabelle 14:** Kurzarbeiter nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen und Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha jeweils im Dezember 1991 bis 1993
- Tabelle 15:** Erwerbspersonenpotential im Dezember 1992 und Erwerbspersonen im Dezember 1993 im Arbeitsamtsbezirk Gotha

Verzeichnis der Abbildungen im Text

- Abbildung 1: Anteile von Frauen an allen Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen in den Kreisen des Arbeitsamtsbezirks Gotha im November 1990
- Abbildung 2: Abhängig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990, Dezember 1992 und Dezember 1993
- Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosenquote im Arbeitsamtsbezirk Gotha September 1990 bis September 1994
- Abbildung 4: Bestand an Arbeitslosen insgesamt und nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994
- Abbildung 5: Entwicklung der Arbeitslosenbestände nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha von Januar 1991 bis September 1994
- Abbildung 6: Bestand an Arbeitslosen (Jahresdurchschnitt) nach ausgewählten Altersgruppen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 bis 1993
- Abbildung 7: Bestand an Arbeitslosen nach ausgewählten Altersgruppen im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994
- Abbildung 8: Bestand an Arbeitslosen nach Altersgruppen im Arbeitsamtsbezirk Gotha September 1992 und September 1993
- Abbildung 9: Anteil von Arbeitslosen aus Angestelltenberufen an allen Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994
- Abbildung 10: Anteile ausgewählter Berufsgruppen (bezogen auf Jahresdurchschnitts-Bestände) an allen Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1990 bis 1993
- Abbildung 11: Dauer der Arbeitslosigkeit (gleitende Jahresdurchschnitte in Wochen) im Arbeitsamtsbezirk Gotha März 1991 bis September 1994
- Abbildung 12: Zugänge in Arbeitslosigkeit insgesamt im Arbeitsamtsbezirk Gotha Oktober 1990 bis September 1994
- Abbildung 13: Zugang an Arbeitslosen (Jahressummen) nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 bis 1993
- Abbildung 14: Struktur der abhängig Beschäftigten im Dezember 1992 und Dezember 1993 und der Zugänge in Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftsbereichen 1992 und 1993
- Abbildung 15: Verhältnis der Zugänge in Arbeitslosigkeit zu den Abgängen aus Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Gotha Oktober 1990 bis September 1994
- Abbildung 16: Anteile von Frauen an allen Vermittlungen und Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 bis 1993

- Abbildung 17: Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Arbeitsamtsbezirk Gotha September 1990 bis September 1994 (kumuliert)
- Abbildung 18: Anteile der einzelnen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen an der kumulierten Entlastung des Arbeitsmarktes im Arbeitsamtsbezirk Gotha September 1990 bis September 1994
- Abbildung 19: Entwicklung der Bestände an Kurzarbeitern und Kurzarbeiter-Vollzeitäquivalenten im Arbeitsamtsbezirk Gotha September 1990 bis September 1994
- Abbildung 20: Bestand an Arbeitnehmern in Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM inklusive Teilnehmer nach § 249 h AFG) im Arbeitsamtsbezirk Gotha September 1990 bis September 1994
- Abbildung 21: Arbeitnehmer in Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha jeweils zum Jahresende 1991 bis 1993
- Abbildung 22: Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung (FuU) im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis Dezember 1993
- Abbildung 23: Jahresdurchschnitte der Eintritte in Maßnahmen zur beruflichen, Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung (FuU) nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 bis 1993
- Abbildung 24: Bezieher von Vorruhestands- (Vog) und Altersübergangsgeld (Alueg) im Arbeitsamtsbezirk Gotha November 1990 bis September 1994
- Abbildung 25: Bezieher von Altersübergangsgeld nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1992 bis Dezember 1993

1. Einleitung

Die Systemtransformation in Ostdeutschland ist zunächst ein Prozeß der Institutionenbildung und der sozialen Strukturierung nach dem Vorbild der alten Bundesländer. Die ostdeutschen Arbeitsmärkte als Vermittlungsinstanz von Erwerbs- und damit auch Lebenschancen sind dabei umfassenden Prozessen der Strukturierung und Segmentierung unterworfen, in deren Folge massenhafte Vorgänge räumlicher und sozialer - freiwilliger wie unfreiwilliger - Mobilität beobachtet werden können. Insofern ist der ostdeutsche Transformationsprozeß ein Prozeß der Transformation sozialer Chancen (und besonders Risiken) mit deutlichen Zeichen einer zunehmenden Tendenz der Stabilisierung eines Systems der ungleichen Verteilung von Erwerbs- und damit Lebenschancen, verschärft - und dadurch besonders augenfällig - durch die katastrophale wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern.

Für den unmittelbaren Lebenszusammenhang spielen dabei neben der angedeuteten makrostrukturellen Dynamik auch regionale Differenzierungen des allgemeinen Strukturwandels eine erhebliche Rolle. Aufgrund unterschiedlicher Belastungen und Entwicklungschancen zeigen sich - teilweise sehr große - Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten zwischen und innerhalb der neuen Länder, innerhalb der Arbeitsamtsbezirke, der Landkreise, zwischen Stadt- und Umlandregionen, grenznahen und nordöstlichen Regionen u.v.m. Eine Darstellung des Transformationsprozesses, die eher am aggregierten Durchschnitt aller neuen Bundesländer orientiert ist, kann solche Unterschiede nur bedingt miteinbeziehen. Damit wird nicht nur der unmittelbare (zumindest sozial-räumliche) Kontext der Betroffenen vernachlässigt, sondern auch die jeweils spezifischen Ausgangs- und Rahmenbedingungen regionaler Transformationsdynamik und die Evidenz dieser Bedingungen für die Wirksamkeit bundes- oder landespolitischer Maßnahmen, deren kleinste Handlungsebene eben die Regionen Ostdeutschlands darstellen.

Thema dieser Arbeit ist daher die Transformation sozialer Chancen, die sich als strukturelle Benachteiligung (oder auch Bevorteilung) bestimmter Bevölkerungsgruppen auswirkt. Die Daten der amtlichen Arbeitsmarktstatistik können dabei erste Hinweise auf die Neuordnung und Neustrukturierung des Arbeitsmarktes und deren Folgen für die sozialen Chancen der regionalen Erwerbsbevölkerung geben. Die zentrale Fragestellung lautet also: Wie verläuft die Strukturierung eines regionalen Arbeitsmarktes in Ostdeutschland? Nach welchen Kriterien "sortiert" dieser Arbeitsmarkt unter den spezifischen regionalen Rahmenbedingungen Erwerbspersonen in Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige, in Arbeitslose, Vorruhestandler und Teilnehmer an AFG-geförderten Maßnahmen?

Im Mittelpunkt des empirischen Teils dieser Arbeit steht exemplarisch die sich seit 1990 mittlerweile deutlich abzeichnende strukturelle Segmentierung des westthüringischen Arbeitsamtsbezirks Gotha.¹ Die vier Landkreise bzw. Dienststellenregionen des Arbeitsamtsbezirkes weisen 1989 eine in vielen Bereichen höchst unterschiedliche Wirtschaftsstruktur aus, so daß dieser Bezirk ansatzweise auch als beispielhaft für allgemeine Probleme der strukturellen Transformation von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in den neuen Ländern gelten kann. So lag beispielsweise im Kreis Bad Langensalza der Schwerpunkt der Beschäftigung überwiegend in der Landwirtschaft und teilweise im Dienstleistungsbereich, im Kreis Eisenach dominierte dagegen der Bereich des verarbeitenden Gewerbes mit den Schwerpunkten Elektrogeräte- sowie Maschinen- und Fahrzeugbau. Die Region Eisenach ist insbesondere von Interesse, da hier die industrielle Tradition des Automobilbaus fortgesetzt werden konnte. Die Region Eisenach ist heute Standort des "modernsten Automobilwerks Europas" der Adam Opel AG, das seit 1992 vor den Toren Eisenachs in Betrieb ist. Somit ist die Region Eisenach einerseits ein Symbol und Modellfall für Großinvestitionen (mit nicht unerheblicher Unterstützung durch Bund und Land) westdeutscher Konzerne und gilt vielen als Vorzeigeregion und "Boomtown". Andererseits spiegelt sich in dieser Entwicklung die gesamte Transformationsproblematik: So ist zwar Eisenach durch die Ansiedlung von Zweigwerken westlicher Unternehmen zu einem durchaus modernen Produktionsstandort geworden, die hiervon ausgehenden Beschäftigungseffekte für die Region bleiben allerdings hinter manchen Erwartungen (und vor allem: Hoffnungen) zurück.

Da also hinsichtlich der strukturellen Verteilung von Erwerbschancen in einer Region sowohl makrostrukturelle Faktoren als auch regionale Ausgangs- und Rahmenbedingungen wirksam werden, muß zunächst der theoretische Rahmen strukturell vermittelter, erzeugter und stabilisierter sozialer Ungleichheiten erarbeitet und auf die spezifische Fragestellung dieser Arbeit angewandt werden. Anschließend sollen Dimensionen der Erwerbsarbeit in der DDR und Grundzüge des strukturellen Wandels im Transformationsprozess dargestellt werden (soweit angenommen werden kann, daß sie auch für die Untersuchungsregion Gültigkeit besitzen).

¹ Der Arbeitsamtsbezirk Gotha besteht aus dem Hauptamt Gotha und den Nebenstellen Eisenach, Bad Langensalza und Mühlhausen. Die regionale Gliederung der Landkreise erfolgte erst 1990, die Nebenstellen sind bis zur Kreisreform vom 1.7.1994 deckungsgleich mit den jeweiligen Landkreisen, werden aber bis Dezember 1994 in der "alten" Systematik ausgewiesen. Die amtliche Arbeitsmarktstatistik weist in den Veröffentlichungen als kleinste Einheit Arbeitsamtsbezirke aus, in deren Berichte zum Teil auch Angaben über die einzelnen Dienststellen enthalten sind, jedoch nicht immer in der für diese Arbeit erforderlichen bzw. gewünschten Differenzierung. Die vorliegende Untersuchung wurde im Frühjahr 1995 abgeschlossen. Eine Fortschreibung der Daten bis heute wäre überaus wünschenswert und sinnvoll, konnte aber nicht mehr im Rahmen dieser Studie realisiert werden.

2. Erweiterter Problemaufriß

2.1 Transformation als Strukturkrise

Der Transformationsprozeß Ostdeutschlands unterscheidet sich wesentlich von den Katastrophenszenarien im Gefolge des Zusammenbruchs ehemaliger Ostblockstaaten durch den Beitritt zur Bundesrepublik und der daraus erfolgenden "Richtung" des Modernisierungsexperiments, vorgegeben durch Zielorientierung, Institutionenlandschaft und Struktureigenschaften der "alten" Bundesrepublik. Trotzdem Katastrophenszenarien bei der Beschreibung des Vereinigungsprozesses weitgehend ausbleiben (vgl. Zapf 1992, 1994), ist dennoch von "Krise" und anomischen Tendenzen die Rede. Wolfgang Zapf konstatiert auf der Grundlage der Ergebnisse empirisch ausgerichteter Studien in Abgrenzung etwa zu den GUS-Staaten oder dem ehemaligen Jugoslawien, daß es sich beim ostdeutschen Transformationsprozeß "... um einen schweren Stimmungseinbruch im Gefolge einer schweren Umstellungskrise, mit erheblicher (erzwungener) Mobilität für die Individuen und mit sozialstrukturellen Umbauten für die gesellschaftlichen Institutionen" (Zapf 1994, S. 296) handelt. "Stimmungseinbruch" ist angesichts etwa der durchaus mörderischen "Stimmung" einiger ostdeutscher Jugendlicher sicherlich etwas untertrieben, die Grundkonzeption ist dennoch richtig: Die Krisenphänomene treten im Gefolge und als Folge des tiefgreifenden Strukturwandels auf, als Folge dieses Wandels sind sie Ausdruck einer Strukturkrise.

Diese Strukturkrise und ihre Begleiterscheinungen sind von zwei grundlegenden Strukturbrüchen gekennzeichnet: Einmal durch die tatsächliche und radikale Umwandlung bzw. Zerschlagung der Sozialstruktur der DDR innerhalb kürzester Zeit und der nachfolgenden, sich langsam stabilisierenden Übernahme einer, an bundesrepublikanischen Mustern orientierten Sozialstruktur. Diese Vorgänge des Strukturwandels sind geradezu der Kern der ostdeutschen "Transformations"-Bestimmung, definiert als Modernisierungsprozesse, "die sich von den offenen Modernisierungsprozessen dadurch auszeichnen, daß das Ziel bekannt ist: die Übernahme, Errichtung, Inkorporation von modernen demokratischen, marktwirtschaftlichen, rechtsstaatlichen Institutionen" (Zapf 1992, S. 12). Vorrang hatte und hat also der "politisch-institutionelle Wandel", der in den Grundzügen - und insofern stimmen ja auch manche politische Erfolgsmeldungen - sehr rasch erfolgt ist (vgl. dazu Grünert 1993, S. 3) und mittlerweile deutliche Tendenzen der Stabilisierung zeigt.

Auf der anderen Seite der schnellen Anpassung von Institutionen und Strukturen ist eine tiefe Differenz, ein Bruch zwischen dem Wandel gesellschaftlicher Strukturen und deren Wahrnehmung und Bewertung zu erwarten und auch zu be-

obachten: Eine mindestens verzögerte und hochgradig differenzierte Anpassung immaterieller Kulturinhalte und Legitimationsstrukturen, ohne die eine deutsche Einheit, wie sie dann auch immer aussehen mag, langfristig undenkbar ist. Hier öffnet sich die Schere zwischen tatsächlich erfolgtem Institutionentransfer und Strukturtransformation und deren individueller sowie kollektiver Wahrnehmung und Bewertung. Und hier liegt auch das grundlegende Erklärungsmodell für die beobachtete Diskrepanz "zwischen Objektivem und Subjektivem, Strukturen und Praxisformen" (Engler 1991, S. 83 f.).

Eine vollständige Analyse des Transformationsprozesses in Ostdeutschland wird den strukturellen Wandel ebenso wie dessen Wahrnehmung und Bewertung sowie deren Verknüpfungen miteinbeziehen müssen, um die Folgen für Individuen und Gesamtgesellschaft beschreiben zu können. Ebenso und um so mehr, wenn man sich der Frage zuwendet, warum sich Transformation für einzelne oder Gruppen in einer spezifischen Form auswirkt und zu spezifischen Problemlagen und Anpassungsschwierigkeiten führt, die rückwirkend auch wiederum nachhaltig den Transformationsprozeß beeinflussen.

"Neue sozioökonomische sowie soziokulturelle Verhältnisse und Werte werden geschaffen und dabei alte, überkommene gesellschaftliche Strukturen ausgezehrt, zermürt bzw. ausgelöscht (vgl. Thomas 1992). (...) Es stellt sich hier die grundsätzliche Frage, ob 'der soziale Umbruch in Ostdeutschland im wesentlichen gleichbedeutend mit Anpassung der alten ostdeutschen Verhältnisse an das westdeutsche Muster ist' (Geißler 1993, S. 19) (...)." (Herlyn/Bertels 1994). Wenn Strukturangepassung das wesentliche Merkmal der ostdeutschen Modernisierung ist - und vieles deutet in den ersten Jahren deutscher Einheit daraufhin -, dann können eingangs erwähnte Krisenphänomene als Ausdruck einer "Struktur und Anpassungskrise" (Müller-Hartmann 1993, S. 305) verstanden werden, die ein enormes - und wie ich meine: zentrales - Konfliktpotential darstellen, das auch die mittelfristige und in vielen Bereichen bereits erfolgte Stabilisierung der neuen Strukturen überdauern wird.

2.2 Erste Eingrenzung des Themas: Transformation im engeren Sinn

Legt man nun obige Argumentation zugrunde und versucht, sich von einer sehr allgemeinen, makrostrukturell angelegten Transformationsanalyse in Richtung des hier zu bearbeitenden Themas zu bewegen, in dem ja nur ein Bruchteil der angesprochenen Transformationsdimensionen überhaupt zur Sprache kommt, geschweige denn analytisch behandelt werden kann, dann wird klar, daß nach den Interdependenzen zwischen den genannten makrostrukturellen Prozessen und deren Wahrnehmung, Bewertung und Verarbeitung, letztlich deren Auswirkungen

auf individueller Ebene und in einer "Rückkopplungsschleife" wiederum auf die makrostrukturelle Ebene gefragt und gesucht werden muß. Um der Beantwortung der aufgeworfenen Frage näher zu kommen und um eine bessere Verortung meiner Arbeit zu ermöglichen, läßt sich meines Erachtens ein gedankliches Schema von Karl Ulrich Mayer anwenden, in dem sich die gesellschaftliche Vereinigung unter die drei Kategorien: "Institutionenbildung, Transformation im engeren Sinn und Mentalitätswandel" (Mayer 1994, S. 308) fassen läßt und das in dem zitierten Aufsatz - wenn auch nur knapp - umrissen ist. Dieses Schema erlaubt einerseits die Feststellung von Feldern oder Themengebieten mit erhöhtem wissenschaftlichen und politischen Handlungsbedarfs, andererseits trifft es Aussagen über Prozesse der "Verzeitlichung" von Transformation:

Gleich einem "Dreistadiengesetz" läßt sich konstatieren, daß die Institutionenbildung als erste erfolgte und in gewisser Weise abgeschlossen ist: "Man muß die institutionelle Inkorporation als Basishypothese, wenn nicht gar als behauptetes Basisfaktum deshalb so stark machen, um gerade auf diesem Hintergrund bestimmte bereits eingetretene oder wahrscheinliche Abweichungen davon sichtbar machen zu können" (ders., S. 308 f.). "Transformation im engeren Sinne" meint "vier grundlegende Prozesse: die Zuweisung von Personen in Positionen; die Zuweisung von Ressourcen an Positionen, die Abschaffung bzw. Neubildung von Positionen; die Veränderung der Allokationskriterien" (ders., S. 309). Weiter heißt es: "Man kann diese Prozesse ganz formal als Transformationsgleichung aufschreiben, die eine Übergangsmatrix definiert, in der alle Personen der früheren DDR, sagen wir Dezember 1989, in einem oder mehreren Schritten alloziert werden in eine Sozialstruktur und ein Ungleichheitssystem zu einem Zeitpunkt am Ende der Transformation oder im Verlauf des Prozesses" (ders., ebd.). Die ersten beiden Prozesse der "Transformation im engeren Sinne" sind nach Mayer Prozesse der sozialen Mobilität zwischen oder innerhalb der Generationen bzw. der Wandel sozialer Schichtung, die letzteren Veränderungen der Sozialstruktur.² Als letzter und langwierigster Prozeß kann der Wandel von Mentalitäten begriffen werden.

In dieser Arbeit stehen Teilprozesse einer "Transformation im engeren Sinn" im Vordergrund, nämlich die Zuweisung von Personen in Positionen und die Veränderung der Allokationskriterien, wobei behauptet wird, daß die grundlegende Dynamik dieser Prozesse über die Transformation der Arbeitsmärkte vermittelt wird (vgl. ders., S. 308f f.). Die hier vorrangig angesprochenen Strukturierungsprozesse beinhalten also sowohl eine Phase offener, in diesem Umfang allerdings bislang unbekannter Dynamik der Arbeitsmärkte, als auch die zunehmende Verfesti-

² An dieser Stelle unterscheidet sich die Mayersche Argumentation nicht unwesentlich von meiner, da er offensichtlich einen viel engeren Begriff der Sozialstruktur zugrundelegt.

gung und Stabilisierung der Allokationskriterien durch ein "verwestlichtes" Ungleichheitssystem.

2.3 Zweite Eingrenzung: Arbeitsmarktprozesse

Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt also im folgenden auf dem strukturellen Wandel im Ostdeutschland der vergangenen fünf Jahre und hier wiederum auf dem Wandel von Arbeitsmarktstrukturen. Dieser Konzeption liegen einige weitere, hier thesenartig zusammengefaßte Überlegungen zugrunde:

1) "'Soziale Chancen' meint in einer Gesellschaft, die immer noch wesentlich durch Erwerbsarbeit geprägt ist, in erster Linie die Möglichkeit des Einzelnen, seine Arbeitskraft nach seinen Wünschen zu qualifizieren, einen seiner Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu finden und sich akzeptable Bedingungen für sein Arbeiten zu sichern. Diese Chancen sind strukturbedingt, in unserer Gesellschaft nach wie vor ungleich verteilt und problematisch durch den gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte wie neuerdings die Wiedervereinigung" (Daheim u.a. 1992, S. 9)

2) Innerhalb des strukturellen Wandels in den neuen Bundesländern sind die "dramatischsten" Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten: "Aus einer 'vollbeschäftigten Arbeitsgesellschaft' ist eine zerklüftete Beschäftigungsstruktur geworden" (Zapf/Habich 1994, S. 180), in der Folge werden die Beschäftigten zur Anpassung an völlig neuartige "Suchstrategien und (...) Selektionsmechanismen" (Gedes 1994, S. 3) gezwungen.

3) Die Struktur und Funktionsweise westdeutscher Arbeitsmärkte tritt im Transformationsprozeß auf formal grundlegend unterschiedliche Arbeits-"Markt"-Strukturen und auf eine in weiten Teilen andere "Verankerung" von Erwerbsarbeit in der (und als Bestandteil der) Sozialstruktur. Die Folgen der erheblichen Arbeitsplatzunsicherheit und Mobilität im Osten Deutschlands sind nicht nur in quantitativer Hinsicht, als Verbesserung oder Verschlechterung der "objektiven" sozialen Lage der Individuen zu messen, sondern auch in qualitativer Hinsicht, als Verunsicherung, Entwertung, "DDR-Nostalgie" u.v.m., aber sicherlich auch teilweise als Chance, etwa als Ausweitung von Handlungsmöglichkeiten. Deutlich werden hier Unterschiede im gesellschaftlichen Stellenwert von Erwerbsarbeit zwischen der alten Bundesrepublik und der "Arbeitsgesellschaft" DDR (Adler 1991, S. 68), in der die Ostdeutschen im Vergleich zu den Westdeutschen "dem Bereich Beruf und Arbeit einen höheren Stellenwert für ihr Leben beimessen (Braun 1992, S. 78f f.; Habich/Noll 1992, S. 582 ff.)" (Herlyn/Bertels 1994, S. 179). Dieser Unterschied wird, neben der Tatsache, daß in der DDR "offene" Un-

terbeschäftigung weitgehend unbekannt war, nicht unwesentlich die individuelle und kollektive Verarbeitung gerade von Ereignissen wie Arbeitsplatzunsicherheit oder Arbeitslosigkeit mitbeeinflussen.

4) Und schließlich beinhaltet eine Beobachtung und Darstellung des Wandels von Arbeitsmarktstrukturen und deren Auswirkungen bzw. ihres grundlegenden, "existentiellen" Charakters für individuelle Lebensbedingungen und gesellschaftliche Organisation die Chance, immanente Struktureigenschaften westlicher Arbeitsmärkte wieder stärker ins Bewußtsein zu rücken. Im Sinne eines "Experiment Vereinigung" (Gießen/Leggewie 1991) als Krisenexperiment "eröffnet eine kritische Beobachtung und Analyse des deutschen Einigungsprozesses gerade wegen seiner Besonderheit auch ganz einmalige Chancen, Einsichten in die Binnenstruktur und Funktionsweisen der westlichen Industriegesellschaften zu gewinnen und Sachverhalte sichtbar zu machen, die unter stabilen Verhältnissen aus der Innenperspektive dieser Gesellschaften so viel scheinbar naturgegebene Evidenz besitzen, daß sie kaum mehr systematischer Wahrnehmung und Reflexion zugänglich sind" (Lutz 1994, S. 378).

5) Dies gilt in besonders für die Ungleichheitsstrukturen der alten Bundesrepublik und deren Generierung und Vermittlung über die Strukturen der Arbeitsmärkte. Die Zentralität von Erwerbsarbeit für die Zuweisung von "gesellschaftlichen Partizipations- und damit sozialen Lebenschancen" (Bonß/Heinze, zit. bei: Gerdes 1994, S. 1, vgl. auch Kreckel 1990) ist ebensowenig neu wie der Strukturcharakter von Arbeitsmärkten, deren regionale, sektorale und soziale Segmentierung und der damit verbundenen ungleichen Verteilung von Chancen. Umso bemerkenswerter war und ist, daß die Perspektive sich dauerhaft verfestigender, strukturell verankerter sozialer Ungleichheiten im Osten Deutschlands bei der Analyse der Arbeitsmarktprozesse zwar implizit - vor allem in einer Vielzahl empirischer Studien - herausgearbeitet, aber selten explizit in den Vordergrund gerückt wurde. Dies mag an dem generellen theoretischen Defizit soziologischer Transformationsforschung liegen (vgl. dazu Grünert 1993, Weiß 1994 u.a.). Wohl aber auch daran, daß in der (westdeutschen) soziologischen (und ebenso öffentlichen) Diskussion der letzten Jahre strukturimmanente soziale Ungleichheiten angesichts "neuer Ungleichheiten" und "neuer Unübersichtlichkeit" etwas in den Hintergrund getreten sind bzw. als mehr oder weniger gegeben hingenommen (vgl. dazu die Beiträge in Berger/Hradil (Hrsg.) 1990) oder gar überwunden geglaubt wurde (vgl. dazu auch Berger 1992, S. 130).

2.4 Regionale Differenzierung des ostdeutschen Transformationsprozesses

Die Entwicklungsdynamik des ostdeutschen Transformationsprozesses und dessen Folgen weisen ein in regionaler Hinsicht differenziertes Bild auf, das in den meisten Darstellungen, die sich auf das gesamte Gebiet der neuen Bundesländer bzw. auf eher am Durchschnitt orientierte, letztlich hochgradig aggregierte Abbildungen des Strukturwandels beziehen, eher verschleiert wird:

Die "Regionen" Ostdeutschlands: Bundesländer, Kreise oder auch einzelne Kommunen standen vor teilweise gänzlich unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur, der Struktur der Erwerbstätigen und der - etwa auch über die geographische Lage und Infrastruktur (Verkehrsanbindung, Fremdenverkehr, Grenznähe u.ä.) vermittelten - Entwicklungspotentiale: "Der Strukturwandel Ostdeutschlands vollzieht sich mit ungleicher Geschwindigkeit in den einzelnen Regionen. Wegen unterschiedlicher Belastungen und Entwicklungschancen zeichnet sich heute bereits die Herausbildung von Problemgebieten ab." (Emmerich/Klauder 1993, S. 4). Hinzu kommen unterschiedliche Umsetzungen und Auswirkungen bundes- oder landespolitischer Richtlinien und Maßnahmen sowie eine regional differenzierte Struktur-, Wirtschafts- oder Arbeitsmarktpolitik (vgl. dazu etwa Brinkmann/Völkel 1992b, Brinkmann 1994). Aus der Perspektive regionaler Disparitäten ergeben sich unterhalb "globaler" Ungleichheiten zwischen West- und Ostdeutschland deutliche regionale Disparitäten auch zwischen und innerhalb der ostdeutschen Bundesländer (vgl. auch Berger 1992, S. 130 f., Brinkmann 1994, S. 61 f.).

Was von Bosch u.a. 1987 für die alten Bundesländer dargestellt wurde, gilt somit in zunehmenden Maße auch für die Regionen Ostdeutschlands:

"Zwar haben Strukturwandel, Beschäftigungskrise und anhaltende Massenarbeitslosigkeit keinen Teil des Bundesgebiets unberührt gelassen, gleichwohl konzentrieren sich die damit verbundenen Probleme auf bestimmte regionale Brennpunkte. Neben bestehende und bekannte Ungleichheiten der Entwicklungschancen, etwa zwischen städtischen und ländlichen Regionen oder zwischen Randgebieten und Ballungszentren tritt ein ausgeprägtes Gefälle in Niveau und Struktur von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, das mit zunehmendem Gewicht die Verteilung und das Bild der Problemregionen beeinflusst. Hauptbetroffene sind die abhängig beschäftigten Arbeitnehmer, deren Lebensbedingungen maßgeblich von einem quantita-

tiv und qualitativ befriedigenden Angebot an Arbeitsplätzen bestimmt werden" (Bosch u.a. 1987, S. 3, Hervorhebungen im Text).

Eine Analyse des Transformationsprozesses etwa auf Landkreis- oder Arbeitsamtsbezirksebene kann solche regionalen Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten herausarbeiten und bietet den Vorteil "gegenüber nicht regional gebundenen Grundgesamtheiten (...), daß der sozial-räumliche Kontext überschau- und kontrollierbar ist" (Franz/Herlyn 1994, S. 234).

So ist Region und regionale Entwicklungsdynamik nicht nur die, für individuelle Lebenschancen unabhängige, Basisvariable, der "sozial-räumliche" Hintergrund in seiner Gesamtheit, sondern zugleich der unmittelbare Lebenshorizont der Bevölkerung, dessen sie sich nur mittels räumlicher Mobilität (Wanderung, Pendeln) entziehen können. Eine Analyse regionaler Arbeitsmarktstrukturen läßt also, zumindest für den - freiwillig oder unfreiwillig - räumlich eher immobilen Großteil der Bevölkerung, deutlichere Rückschlüsse auf deren spezifischen Lebenschancen und Lebenshorizonte erwarten als eine "globalisierende" Darstellung auf der aggregierten Ebene aller ostdeutschen Länder oder Kreise.

2.5 Differenzierung der Transformationsfolgen nach Bevölkerungs- bzw. Erwerbstätigen Gruppen

Eine weitere Differenzierungslinie ergibt sich innerhalb der spezifischen regionalen Strukturgegebenheiten und Transformationsdynamik, also unterhalb der Ebene "doppelter" regionale Disparitäten, hinsichtlich der unterschiedlichen Ausprägung von Erwerbs- und Lebenschancen für einzelne Gruppen der regionalen Bevölkerung. Allgemein wurden durch "das Zusammenbrechen beispielsweise bestimmter Industrien sowie Forschungseinrichtungen und durch die radikale Auflösung von Verwaltungen, Behörden bzw. Institutionen (...) ganze Berufsgruppen, die zudem vielfach noch hochqualifiziert waren, aus dem Erwerbsleben verdrängt. Auf der anderen Seite wurden Beschäftigte wie im Banken- und Versicherungsgewerbe, die von der Bezahlung und vom Sozialprestige her unter planwirtschaftlichen Bedingungen eher gering geschätzt waren, deutlich aufgewertet" (Bernien u.a. 1994, Teil II, S.11). Überdies haben Kombinate und Kommunen, die Großbetriebe der DDR und ihr regionales Umfeld über Jahrzehnte zu einer spezifischen Kombination aus Wirtschaftsstruktur und der Struktur der Erwerbstätigen geführt. So gab es überwiegend monostrukturierte Regionen, etwa mit dem wirtschaftlichen Schwerpunkt Bergbau oder der Werftenindustrie, die zu einer bestimmten und bestimmenden "Anhäufung" von Qualifikationen und Berufsgruppen in einer Region führten, die letztlich auch regionale Alterstrukturen und demographisch Verhaltensweisen mitbeeinflussten (vgl. dazu etwa Häußermann/He-

seler 1993, S. 17 f., Kronauer/Vogel 1994, S. 77f f.). Diese können im Zuge der Transformation und der damit oftmals verbundenen Stilllegung ganzer Wirtschaftszweige aufgrund der "hohen Verflechtung der Wirtschaftszweige und Unternehmen" (Häußermann/Heseler 1993, S. 19) rasch und umfassend an Bedeutung verlieren. Wo dies geschah, bleibt eine große Zahl "dequalifizierter" Arbeitskräfte zurück. Abnehmende Bedeutung erworbener betriebspezifischer Qualifikationen geht überdies mit einer allgemeinen Abwertung auch berufsfachlicher Qualifikationen, der Nicht-Anerkennung von berufsfachlichen Abschlüssen u.ä. sowie einer weitgehenden Verunsicherung vieler Beschäftigter über den Wert der entsprechenden Zertifikate einher (vgl. Grünert/Lutz 1994, S. 22 f).

Für die Erwerbschancen einer regionalen Population spielen darüber hinaus - und das zeigen eine ganze Reihe von Untersuchungen - auch das Alter und das Geschlecht der Erwerbspersonen als weitere individuelle Merkmale eine große Rolle bei der intraregionalen Segmentierung der Ost-Arbeitsmärkte, da "die qualifikatorischen Risiken (...) häufig (...) durch Diskriminierung vor allem nach Alter und Geschlecht (verstärkt werden)" (Daheim 1992, S. 23). Die jeweiligen Auswirkungen des Strukturwandels auf Gruppen mit einer spezifischen Kombination individueller Merkmale (Qualifikation, Alter, Geschlecht) spiegelt dabei einerseits die "alte" Vor-Wende-Struktur sowie andererseits die regional spezifische Ausprägung des Strukturwandels und der jeweiligen wirtschaftlichen, politischen und geographischen Rahmenbedingungen wieder (vgl. auch Kreckel 1992, S. 297 ff.): "Weil der Arbeitsmarkt nicht homogen ist, vielmehr aus einer großen Zahl von Teilmärkten besteht (z.B. geschlechtsspezifisch, berufsfachlich, regional), ist es wichtig, auf seine Strukturen zu sehen, zumal diese regelmäßig unterschiedliche Chancen und Risiken signalisieren. Auch in den neuen Bundesländern haben sich schnell Differenzierungen herausgebildet und es ist wahrscheinlich, daß sie sich zunächst verstärken werden" (Blaschke u.a. 1992, S. 121).

2.6 Fragestellung und Vorgehensweise

Eine regional und nach Bevölkerungsgruppen differenzierte Darstellung des Strukturwandels eines ostdeutschen Arbeitsmarktes kann also auf der strukturellen Ebene Hinweise über Ausgangssituation und Verlaufsform des Transformationsprozesses und seiner spezifischen Auswirkungen in einem regionalen Arbeitsmarkt geben. Damit ist, das soll an dieser Stelle noch einmal hervorgehoben werden, nur eine Ebene (nämlich die Ebene "objektiver") individueller Lebensbedingungen und -führung (vgl. dazu auch Hradil 1992, S. 184 ff.) angesprochen, eine Ebene allerdings, der spätestens im Transformationsprozeß und vor der Folie individueller und gesellschaftlicher Krisenpotentiale enorme Bedeutung zukommt. Transformation von Chancen wird dabei abgebildet in der Umstrukturierung ei-

nes regionalen Arbeitsmarktes und interpretiert vor dem Hintergrund der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen dieser Region, ihrer spezifischen Formen des Wandels von Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Erwerbstätigenstruktur und den Struktureigenschaften "westlicher" bzw. "verwestlichter" Arbeitsmarktstrukturen, insbesondere ihrer Ungleichheitsstrukturen und Segmentationsprozesse.

Daraus ergibt sich als zentrale Fragestellung für diese Arbeit: Wie verläuft die Strukturierung eines regionalen Arbeitsmarktes in Ostdeutschland? Nach welchen Kriterien "sortiert" dieser Arbeitsmarkt Erwerbspersonen in Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige, in Arbeitslose, Vorruheständige und Teilnehmer an AFG-geförderten Maßnahmen? Was läßt sich aus der strukturellen Segmentierung dieses Arbeitsmarktes hinsichtlich der Erwerbchancen und -risiken der regionalen Bevölkerung ableiten?

Die empirische Umsetzung der genannten Fragestellungen soll in Form einer Strukturanalyse durchgeführt werden, die sich im wesentlichen auf Datenmaterial des Arbeitsamtes Gotha stützt. Die vorhandenen Strukturdaten entstammen den periodischen Veröffentlichungen (Jahresberichte und laufend erscheinende Presseberichte) des Arbeitsamtes, ergänzt durch Veröffentlichungen des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt/Thüringen (insbesondere auch der beiden einzigen, bislang auf der Ebene der Arbeitsämter vorliegenden, Strukturanalysen von Arbeitslosen jeweils für September 1992 und 1993)³, der Bundesanstalt für Arbeit, dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) sowie des Thüringer Landesamtes für Statistik. Überdies sollen auch Ergebnisse aus Forschungsberichten und Projekten im Zusammenhang mit der Entwicklung ostdeutscher Arbeitsmärkte herangezogen werden, insbesondere die des "Arbeitsmarkt Monitors" aus den Veröffentlichungen des IAB.

In der Darstellung des empirischen Materials sollen zunächst die hauptsächlichen Segmentierungen im Arbeitsmarkt der Region Eisenach untersucht werden, diese - so wird "forschungsleitend" unterstellt - verläuft zunächst zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen bzw. zwischen Erwerbstätigen, Maßnahmeteilnehmern (also insbesondere Kurzarbeiter, ABM-Beschäftigte und Teilnehmer an Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung) und Arbeitslosen. Als hauptsächliche Selektionskriterien sollen insbesondere Verteilungen nach den Merkmalen Qualifikation, Alter und Geschlecht untersucht werden.

³ Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen führte auf der Grundlage der Strukturdaten von Arbeitslosen im September 1992 erstmals eine Strukturanalyse für beide Bundesländer und (teilweise) die entsprechenden Arbeitsamtsbezirke durch. Mittlerweile liegen zwei statistische Sonderhefte zu den Ergebnissen der Strukturanalyse vor: Für die Struktur der Arbeitslosen Ende September 1992 und Ende September 1993.

In den Arbeitsmarktstrukturen lassen sich - so wird weiter angenommen - hinsichtlich o.e. Teilarbeitsmärkte (Segmente) anhand der isolierten Betrachtung bzw. der Kombination individueller Merkmale ("statistisches Teilarbeitsmarkt-konzept") Gruppen mit spezifischen Chancen- bzw. Risikoprofilen ermitteln, wobei die Strukturdaten hier als "ex-post-Abbildung" realisierter Chancen bzw. eingetretener Risiken (vor allem hinsichtlich Arbeitsplatzrisiko und Beschäftigungschancen) verstanden werden. Als Indikator der jeweiligen Chancen- oder Risikoprofile gelten die Anteile von Männern oder Frauen, Personen mit bestimmten Qualifikationen oder aus bestimmten Alterskohorten innerhalb der genannten Segmente.

Für eine eingehendere Behandlung obenstehender Fragestellung muß zunächst im Sinne einer theoretischen Verortung der Fragestellung versucht werden, ungleichheitsrelevante Eigenschaften westdeutscher Arbeitsmarktstrukturen darzustellen, die im Transformationsprozeß zur Geltung kommen (können). Desweiteren müssen die DDR-spezifischen Ausgangsbedingungen des Strukturwandels geschildert werden, der Schwerpunkt liegt hierbei auf dem gesellschaftlichen Stellenwert und der Organisation von Arbeit sowie den Struktureigenschaften dieses Organisationsprinzips in der DDR. Daraus sollen sich im weiteren Verlauf Thesen zur strukturierten Ungleichheit von Erwerbs- und Lebenschancen ostdeutscher Erwerbspersonen ableiten lassen, die dann der empirischen Darstellung des Wandels von Arbeitsmarktstrukturen in der Untersuchungsregion zugrunde gelegt werden.

3. Arbeitsmarktvermittelte, strukturelle Ungleichheiten im Transformationsprozeß

3.1 Strukturierte Ungleichheit im Arbeitsmarkt

3.1.1 Begriffsbestimmung

In diesem Abschnitt geht es zunächst um die Frage, was hier unter struktureller oder strukturierter Ungleichheit verstanden wird. Die Beantwortung dieser Frage und der Versuch einer terminologischen Verortung des Themas orientiert sich im wesentlichen an Überlegungen von Karl Martin Bolte (Bolte 1990, S. 30 f., allgemein: Bolte/Hradil 1988) und Reinhard Kreckel (etwa Kreckel 1992, S. 13 ff.). Strukturierte Ungleichheit heißt demnach zunächst einmal, daß eine bestimmte, relativ zeitstabile Verteilung sozialstatistischer Merkmale beobachtet werden kann, die als "ungleichheitsrelevant" wahrgenommen und bewertet werden. "Ungleichheitsrelevant" sind "sozial relevante Kriterien (wie z.B. Einkommen und

Bildung), mit deren Ausformungen (z.B. Einkommenshöhe und Bildungsgrad) sich Wertungen im Sinne von besser oder schlechter, bevorzugt oder benachteiligt, höher- oder tieferstehend verbinden" (Bolte 1990, S. 30). Das heißt, innerhalb der Gesamtheit von Kriterien, nach denen die Gesellschaftsmitglieder unterschieden werden können (z.B. Haarfarbe, Größe, Geschlecht, Bildungsgrad usw.) existieren solche, "sozial relevante" Kriterien, "die das aufeinanderbezogene Verhalten von Menschen beeinflussen" (ders., ebd.). Werden diese "sozial relevanten Kriterien" überdies in einer Weise wahrgenommen, daß ihre "Träger" in einer bestimmten hierarchischen Gliederung verortet werden können, dann spricht Bolte von "ungleichheitsrelevanten Kriterien".

Das heißt auch, daß die Abbildung einer spezifischen Verteilung sozialstatistischer Merkmale also nicht per se Ausdruck einer Ungleichheitsstruktur ist, sondern erst in Verbindung mit ungleichheitsrelevanten Kriterien so bezeichnet werden kann. Ungleichheitsrelevante Kriterien sind (natürlich) immer auch sozial relevante Kriterien, diese aber keinesfalls automatisch ungleichheitsrelevant. So erlaubt beispielsweise eine Strukturdifferenzierung nach dem Geschlecht erst dann Aussagen über mit diesem Kriterium verbundenen unterschiedlichen, d.h. ungleichen sozialen Chancen, wenn eine signifikante Häufung von Personen dieses Merkmals in bestimmten Stufen einer hierarchischen Ausprägung solcher Chancen feststellbar ist, so daß in der Folge dieses Kriterium auch mit einer signifikanten Wahrscheinlichkeit des Auftretens innerhalb bestimmter Statuslagen, Chancenprofile etc. verbunden sein wird.

3.1.2 Exkurs: Paradigmen der Ungleichheitsforschung

Welche Kriterien innerhalb einer Gesellschaft als ungleichheitsrelevant wahrgenommen und bewertet werden, ist das Ergebnis sozialer Prozesse, somit "eine empirisch zu beantwortende Frage, für welche Kriterien das in einer Gesellschaft zutrifft, wie diese Wertungen aussehen und wer so wertet" (Bolte 1990, S. 30). So weit herrscht noch weitgehende terminologische Einhelligkeit unter den Soziologen, Uneinigkeit herrscht beispielsweise über die Kriterien, die soziale Ungleichheit erzeugen oder abbilden, über die Erklärungskraft und Reichweite des jeweils zugrundeliegenden Modells einer sozial ungleich strukturierten Gesellschaft, schließlich wie das Ungleichheitsgefüge einer Gesellschaft tatsächlich aussieht und beschrieben werden kann u.v.m. Nun soll an dieser Stelle nicht versucht werden, Verlauf und Stand der Diskussion über soziologische Ungleichheitsforschung darzustellen, ein Unterfangen, das angesichts der Vielfalt an Begriffen, Dimensionen, Modellen und Theorien ohnehin nahezu aussichtslos erscheint (vgl. dazu etwa Kreckel (Hrsg.) 1983, Berger/Hradil (Hrsg.) 1990, Hradil (Hrsg.) 1992, Giesen/Haferkamp (Hrsg.) 1987 u.a.). Hier sollen "nur" diejenigen Modelle diskutiert

werden, die sich originär mit strukturierter Ungleichheit befassen und von denen Aufschlüsse über Tendenzen der Strukturierung von Erwerbs- und Lebenschancen, abgebildet in den Strukturalisierungsprozessen ostdeutscher Arbeitsmärkte, erwartet werden können. Allerdings muß dennoch in einigen Punkten die Diskussion wieder aufgenommen werden, um vorliegende Fragestellung angemessen theoretisch verorten zu können (und es ist keineswegs Zufall, daß ich nach der begrifflichen Bestimmung ungleichheitsrelevanter Kriterien eingehalten habe, da schon deren Benennung, deren Verteilung, deren Ursachen und gesellschaftliche Relevanz höchst umstritten sein können).

Die "klassische" Ungleichheitsforschung interessierte sich vorrangig für die vertikale Gliederung einer Gesellschaft, dargestellt und erklärt entweder durch das dichotomische Modell antagonistischer Klassen nach Marx, eines erweiterten Klassenbegriffs nach Max Weber oder den verschiedenen Spielarten der "Vorstellung von einer vertikalen Gesellschaftsschichtung" (Kreckel 1992, S. 138). Oder, eher abgrenzend: Der "gemeinsame Gegenstand herkömmlicher Klassen- und Schichtstrukturanalysen unterschiedlichster theoretischer Orientierung" läßt sich wiederum mit Reinhard Kreckel "jenseits aller Kontroversen" wie folgt umreißen:

1. Gegenstand des Interesses ist die *sozial strukturierte Ungleichheit* unter den Menschen.

2. Die Ungleichheitsstruktur wird als eine *vertikale Struktur* von übereinander angeordneten sozialen Positionen bzw. Klassen und Schichten gedacht.

3. Der angemessene Rahmen für die Erfassung einer Klassen- oder Schichtstruktur ist die als *Nationalstaat* organisierte Gesamtgesellschaft.

4. In fortgeschrittenen Industriegesellschaften wird die Klassenposition von Individuen vor allem durch die Stellung im bzw. zum Produktionsprozeß bestimmt. Hauptindikator ist deshalb die *Erwerbstätigkeit*. Fortgeschrittene Industriegesellschaften gelten als 'Arbeitsgesellschaften'" (Kreckel 1990, S. 52, Hervorhebungen im Text).

Durch eine solche Abgrenzung werden naturgemäß eine ganze Reihe von möglichen oder empirisch beobachteten Disparitäten vernachlässigt, die aber "modernen" Theorien zufolge und vor dem Hintergrund beobachteter Differenzierungs-, Pluralisierungs- und - last but not least - Individualisierungsprozesse zunehmend in den Vordergrund rücken: Nicht zuletzt angeregt durch die Vorstellung, daß "durch Niveaushiftungen (Wirtschaftsaufschwung, Bildungsexpansion usw.)

subkulturelle Klassenidentitäten zunehmend wegschmolzen, "ständisch" eingefärbte Klassenlagen enttraditionalisiert und Prozesse einer *Diversifizierung* und *Individualisierung* von Lebenslagen und Lebenswegen ausgelöst wurden, die das Hierarchiemodell sozialer Klassen und Schichten unterlaufen und in seinem Realitätsgehalt zunehmend in Frage stellen" (Beck 1983, S. 36, Hervorhebungen im Text) und den intendierten Folgen einer "reflexiven Modernisierung" (Beck 1986) sowie der Kritik an der empirischen Relevanz herkömmlicher (d.h. vertikaler, nationalstaatlich begrenzter, auf Erwerbstätige fixierter) Klassen- und Schichtungsmodelle (vgl. dazu Kreckel 1983b, S. 138) und auch aufgrund zunehmend konstanzierter Statusinkonsistenzen gerieten "neue" Ungleichheiten mehr und mehr in das Blickfeld der Ungleichheitsforschung:

Geschlechtsspezifische Ungleichheiten insbesondere durch die Frauenforschung, regionale Disparitäten (etwa Bertram/Dannebeck 1990) und wohlfahrtsstaatlich produzierte oder reproduzierte Ungleichheiten, etwa im Konzept der "Versorgungsklassen (Lepsius) (vgl. dazu auch Noll/Habich 1990). Ebenso Ansätze, differenzierte Erscheinungen von Ungleichheiten im Lebensverlauf zu erfassen, etwa zur "Verzeitlichung sozialer Ungleichheit" (Berger/Sopp 1992, vgl. auch die Beiträge in Kapitel III in Berger/Hradil (Hrsg.) 1990). Besonders auch die Frage der lebensweltlichen Evidenz vertikaler und/oder horizontaler Disparitäten (zur Diskussion vgl. etwa die Beiträge in Hradil (Hrsg.) 1992), deren Leitmotiv die zunehmende individuelle, d.h. subjektive, Verortung über Lebensstile und soziale Milieus ist, bzw. die Diskussion einer mehr oder weniger großen Unabhängigkeit "subjektiver" Ungleichheitsvorstellungen von "objektiven" Lagen (im Titel des Sammelbandes programmatisch ausgedrückt in der Konstruktion einer mittleren und vermittelnden Ebene milieuspezifischer Lebenswelten "zwischen Bewußtsein und Sein", vgl. dazu auch Hradil 1982, S. 111 ff.).

Allerdings enthält die begriffliche Erweiterung von Ungleichheit um horizontale Dimensionen, deren Bedeutung in Gesellschaft und Soziologie der Bundesrepublik den zugrundeliegenden Paradigmen zufolge zugenommen hat, meines Erachtens die Gefahr theoretischer und methodologischer Trugschlüsse: Wenn sich soziale Ungleichheiten von bloßen sozialen Differenzierungen gerade dadurch unterscheiden, daß sich über sie die Menschen in vertikalen Gliederungen verorten lassen, innerhalb derer die jeweilige Position mit - ganz allgemein - größeren oder kleineren sozialen Chancen korreliert und dies auch für sogenannte "horizontale" Disparitäten gilt, dann sind diese nicht im eigentlichen Sinne "horizontale" Dimensionen, sondern haben spür- oder beobachtbare sozial-diskriminierende Auswirkungen, die sich auch in einer "vertikalen" Gliederung ausdrücken lassen. Werden sie aber im o.e. Sinn als horizontal, als nicht "vertikal diskriminierend"

dargestellt, dann verlieren sie ihre Bedeutung als ungleichheitsrelevant und bilden bloße soziale Unterschiede ab.

3.2 Soziale Ungleichheit und Arbeitsmarkt

Neben Modellen, die den Anspruch erheben, prinzipiell für jede Gesellschaft gültig zu sein und die letztlich auf einer oder wenigen Ungleichheitsdimensionen beruhen, die überdies deterministisch verknüpft sind (mit der impliziten Annahme weitgehender Statuskonsistenzen, vgl. dazu auch Kreckel 1992, S. 53 f.), wurden also in den letzten Jahrzehnten zunehmend Erklärungsansätze formuliert, "die nur für bestimmte Gesellschaftstypen und auch nur für bestimmte Aspekte von Ungleichheit Gültigkeit beanspruchen" (Bolte/Hradil 1988, S. 55 f.). Neben den obengenannten (und weiteren, die hier nicht genannt werden konnten) gilt dies auch für Erklärungsmodelle zur strukturellen Segmentierung von Arbeitsmärkten, da diese eine in den Grundprinzipien zumindest formale marktförmige Verfassung der Allokation und Anpassung von Arbeitsplätzen, Arbeitskräften und Arbeitseinkommen voraussetzen. Gesellschaften, die überwiegend planwirtschaftlich organisiert sind, erfüllen diese Voraussetzung nur bedingt oder überhaupt nicht (vgl. auch Bolte/Hradil 1988, S. 60). Überdies untersuchen solche Ansätze in der Regel zunächst arbeitsmarktvermittelte Dimensionen sozialer Ungleichheit.

Allerdings können diese Dimensionen gemäß der - weiter vorne auch von Reinhard Kreckel der herkömmlichen Ungleichheitsforschung zugeschriebenen - Einschätzung fortgeschrittener Industriegesellschaften als "Arbeitsgesellschaften" nur teilweise von anderen Dimensionen sozialer Ungleichheit in einer solchen Gesellschaft getrennt werden und zwar weder hinsichtlich ihrer Einschätzung als produzierende noch als reproduzierende Faktoren ungleicher sozialer Lagen (vgl. auch Kreckel 1992, S. 185):

"Keineswegs alle, aber durchaus etliche und wichtige Ungleichheiten sind in der Bundesrepublik auf unterschiedliche Weise mit der Stellung des Menschen zum und im gesellschaftlichen Erwerbsarbeitsprozeß verbunden. Einkommen und Einfluß, der Grad der sozialen Sicherheit, individuelle Autonomieräume, Lebensbedingungen verschiedener Art usw. hängen stark davon ab, ob und wie jemand in den Bereich der Erwerbsarbeit eingegliedert ist. Viele staatliche Maßnahmen, die ungleichheitsrelevant werden, sind mit der Stellung zum oder im Prozeß der Erwerbsarbeit verbunden, u.a. steuerrechtliche, sozialpolitische und arbeitsrechtliche Regelungen. Tarifpolitische Festlegungen knüpfen an Arbeitspositionen an, und die Berufsposition bestimmt die Einflußmöglichkeiten mit, die sich jemand im politischen Bereich erschließen kann" (Bolte 1990, S. 38).

Grundlage aller segmentationstheoretischen Modelle ist die Erkenntnis, daß nationale Arbeitsmärkte aus mehreren, mehr oder weniger voneinander getrennten Arbeitsmärkten bestehen, es also "keinen die gesamte Wirtschaft umfassenden einheitlichen Arbeitsmarkt gibt, sondern relativ dicht abgeschottete Teilarbeitsmärkte mit höchst unterschiedlichen Chancen für die Arbeitskräfte" (Bolte/Hradil 1988, S. 59) gibt. Damit wenden sich diese Modelle gegen eher ökonomisch (vor allem neoklassische) orientierte Vorstellungen von einem Arbeitsmarkt als "echtem" Markt, auf dem sich über kurz oder lang immer ein Ausgleich zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Arbeitskräften zum Gleichgewichtspreis, d.h. vermittelt über die Lohnhöhe, einstellt (vgl. Sengenberger 1987, S. 31). Anknüpfend an die Überlegungen Werner Sengenbergers (v.a. in: Sengenberger 1987) sollen im folgenden zunächst die für eine Theorie segmentierter Arbeitsmärkte basalen Eigenschaften und Funktionsweisen von Arbeitsmärkten moderner Industriegesellschaften erläutert werden.

3.2.1 Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten

Ein Arbeitsmarkt ist nach Sengenberger eine Institution, "die zwei grundlegende Funktionen und Prozesse miteinander verknüpft:

- Die Vermittlung von Angebot und Nachfrage von Arbeitskraft, diese sei als *Anpassung* bezeichnet (...).
- Die *Verteilung* gesellschaftlicher Chancen und Risiken auf die Arbeitskräfte (...)" (ders., ebd., Hervorhebungen im Text).

Der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie liegt die Modellannahme einer Gleichgewichtsbedingung zugrunde, unter der Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage nur temporärer Natur wären (vgl. Neuendorff 1987, S. 191, vgl. zu den Grundmodellen neoklassischer Arbeitsmarkttheorie Pfriem 1978). Dies entspricht aber nicht der empirischen oder historischen Realität, die einen vollkommenen Austausch ("Räumung des Marktes") zum Gleichgewichtslohn wohl nur als temporären Sonderfall in eng begrenzten Marktsegmenten kennt, wie auch die Erfüllung der spezifischen Bedingungen, die die Wirksamkeit des neoklassischen Wettbewerbsmodells garantieren (vgl. dazu Sengenberger 1975, zit. bei Neuendorff 1987, S. 192) "in der Realität gar nicht oder doch nur in sehr eingeschränkter Weise erfüllt" (Neuendorff 1987, S. 193) sind. Beide o.e. Funktionen von Arbeitsmärkten werden über getrennte und vielfältig andere Mechanismen gesteuert als nur über das "Steuerregulativ" Lohn, was damit begründet wird, daß - wie oben bereits erwähnt - kaum jemals die Bedingungen eines vollständigen Wettbewerbs gegeben sind, somit "Anpassungs- und Verteilungsfunktion (...) Gegenstand getrennter Handlungen und Maßnahmen und (...) auch zeitlich nicht unbe-

dingt koordiniert" (Sengenberger 1987, S. 32) sind. So gibt es Anpassungsvorgänge (wie etwa den kurzfristigen Austausch von Arbeitskräften innerhalb eines Betriebes), die zwar Arbeitskräften neue oder andere Arbeitsplätze zuweisen, aber keinerlei, zumindest keine unmittelbaren Lohnanpassungen zur Folge haben, ebenso gibt es das Beispiel von altersbedingten Gehaltserhöhungen etwa im öffentlichen Dienst, die keine unmittelbaren Veränderungen der Arbeitsplätze voraussetzen oder nach sich ziehen (vgl. Sengenberger 1987, S. 32). Beide Beispiele und das oben bereits erwähnte verweisen auf a) unterschiedliche Anpassungsprozesse innerhalb von Betrieben oder Organisationen (den "internen Arbeitsmärkten") und der zwischenbetrieblichen Allokation von Arbeitskraft, also in der Regel den Eintritt und Austritt in bzw. aus Erwerbstätigkeit und zwischenbetriebliche Mobilitätsprozesse (Vorgänge des "externen Arbeitsmarktes") und b) auf eine Reihe von normativen, politisch-institutionellen Regelungen, die direkt das "Markt"-geschehen beeinflussen. Somit ist sowohl die Anpassungs- als auch die Verteilungsfunktion des Arbeitsmarktes zu differenzieren: Einerseits in Hinblick auf o.e. mindestens zwei Teilarbeitsmärkte und andererseits hinsichtlich der jeweils bestehenden normativen Regulierungen als institutionellem Rahmen der Prozesse und Dynamik am Arbeitsmarkt.

Bei den Anpassungsvorgängen dominieren in quantitativer Hinsicht bei weitem die Anpassungsprozesse auf internen Arbeitsmärkten, die Sengenberger als "internen Strukturwandel" bezeichnet. Empirisch leichter erfassbar und auch besser erforscht sind Vorgänge des "externen" oder "normalen" Strukturwandels, der "sich durch Umschichtungen der Beschäftigtenstruktur nach Branchen, Berufen, Betriebsgrößenklassen und Regionen statistisch erfassen läßt oder in Betriebsstillegungen bzw. -neugründungen sichtbar wird" (Sengenberger 1987, S. 37).

Die Gesamtheit der Vorgänge, die zur "Verteilung des erwirtschafteten Ergebnisses auf die Arbeitskräfte in Form von Arbeitseinkommen und Zuweisung individueller und sozialer Lebenschancen" führen, nennt Sengenberger - wie erwähnt - die Verteilungsfunktion der Institution Arbeitsmarkt. Erwerbstätigkeit und ihr Ergebnis ist dabei trotz verschiedener Umverteilungseffekte und Versorgungsleistungen, die durch Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat gegeben sind, nach wie vor die zentrale Verteilungsdimension. Und zwar selbst für diejenigen Gruppen, die nicht direkt am Erwerbsleben beteiligt sind, etwa Kinder und Jugendliche oder Rentner, aber auch erwerbsfähige Personen oder Arbeitslose, deren Einkommen von verschiedenen Transferleistungen abhängen und diese wiederum von der eigenen (früheren) Arbeitsmarktposition bzw. der von Familienmitgliedern, Verwandten oder anderen (vgl. dazu Sengenberger 1987, S. 44).

Die Prozesse der Verteilung und Anpassung von Arbeitskräften, Arbeitsplätzen und des Ergebnisses der Arbeitsleistungen erfolgen innerhalb der drei "Parameter:

- Struktur der Arbeitsplätze,
- Struktur der Arbeitskräfte
- und Allokation von Arbeitskräften auf Arbeitsplätze" (Sengenberger 1987, S. 45).

Die Struktur der Arbeitsplätze bildet dabei den "Rahmen für das potentielle Ausmaß der Gleichheit und Ungleichheit von Arbeitsmarktchancen" (ders., ebd.) und ist als "zentraler Parameter" Folge und Ausdruck der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und zwar sowohl in horizontaler wie auch in vertikaler Hinsicht. Die horizontale Arbeitsteilung zeigt sich etwa an der Berufsstruktur, die vertikale beispielsweise "in betrieblichen Hierarchien und im qualitativen Gefälle der Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen zwischen Betrieben" (ders., ebd.). Zunächst unberührt davon ist die Bewertung der unterschiedlichen Positionen im vertikalen System der Arbeitsteilung, in der empirischen Realität werden sich aber sowohl kongruente wie auch inkongruente Fälle finden lassen. Das "objektive" Kriterium zur Messung und Vergleichbarkeit der jeweiligen Position ist dabei die Lohnhöhe und Lohnstruktur, wobei es, so Sengenberger in Abgrenzung zur neoklassischen Arbeitsmarkttheorie, "... keinen objektiven Maßstab und keinen eindeutigen, determinierenden Bewertungsmechanismus für die Lohnbestimmung gibt, daß Lohnhöhe und Lohnstruktur vielmehr wesentlich auf gesellschaftlicher Macht, gesellschaftlicher Konvention und der Akzeptanz der Gratifikation durch die Beschäftigten beruhen" (Sengenberger 1987, S. 46).

Die Arbeitskräftestruktur als zweiter Parameter ist hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Chancenverteilung am Arbeitsmarkt in der Arbeitsmarkttheorie äußerst umstritten, vor allem in der Frage, welches Gestaltungspotential in der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten liegt. Diese Frage ist insofern von Bedeutung, da sie sich jedem einzelnen genauso stellt wie der Arbeitsmarktpolitik, nämlich, welchen Einfluß erworbene oder politisch geförderte Qualifikationen auf die Verteilung sozialer Positionen haben, oder anders: Kann auch die Anbieterseite von Arbeitskraft mehr oder weniger direkt auf die Struktur der Arbeitsplätze, also die Nachfrageseite einwirken? Daß hier die Meinungen durchaus konträr sind, liegt nicht nur an unterschiedlichen theoretischen Grundhaltungen, sondern ebenso auch am jeweiligen gesellschaftlichen Hintergrund, so daß etwa amerikanische Arbeitsmarkttheoretiker den Einfluß extern erworbener Qualifikationen auf betriebliche Qualifikationsanforderungen sehr viel geringer einschätzen als etwa

deutsche Wissenschaftler, die hier auf das ausgebaute überbetriebliche Berufsbildungssystem verweisen (vgl. dazu Sengenberger 1987, S. 47).

Bei der dritten "Verteilungsvariable", der Allokation, wird entschieden, "wer wie nach welchen Kriterien bzw. aufgrund welcher Voraussetzungen welche Positionen innerhalb des Arbeitsplatzgefüges und des damit bestimmten Mobilitätsraums erreicht" (ders., S. 47 f.). Im Einzelfall kann die Zuweisung von Positionen abhängig sein von individuellen Merkmalen, rechtlichen Normen oder Qualifikationsvoraussetzungen, in aller Regel wird es sich jedoch um eine Kombination dieser Kriterien handeln. So bilden also Arbeitsplatz- und Arbeitskräftestruktur die Koordinaten der jeweiligen spezifischen Verortung der Beschäftigten und ihrer Chancen bzw. Risiken hinsichtlich Status, Gratifikation und Arbeitsbedingungen: "Das effektive Ausmaß der Ungleichheit (in einem Betrieb oder auch im gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungssystem) bestimmt sich also durch die Ungleichheit im Positionsgefüge von Arbeitsplätzen und durch die Ungleichheit im Zugang zu den Arbeitsplätzen" (Sengenberger 1987, S. 48).

3.2.2 Modelle der Arbeitsmarktsegmentierung

Die Segmentierung als besondere Form der Strukturierung von Arbeitsmärkten ist ebenso wie ihr strukturelles Ergebnis, die Arbeitsmarktsegmentation, dadurch bestimmt, "daß sich der Gesamtarbeitsmarkt in eine Reihe von Teilmärkten aufgliedert, die eine innere Struktur aufweisen, mehr oder weniger gegeneinander abgeschirmt sind, möglicherweise auch mit unterschiedlichen Anpassungsformen und -instrumenten verknüpft sind und unterschiedliche Einkommens- und Beschäftigungschancen aufweisen" (Sengenberger, 1987, S. 52). Im folgenden sollen zunächst einige grundlegende Modelle der Segmentierung von Arbeitsmärkten vorgestellt werden, um dann die Gründe und Folgen der Spaltung eines Arbeitsmarktes und die Mechanismen der Schließung bzw. Zugangsbeschränkung einzelner Segmente zu erläutern.

Das statistische Teilarbeitsmarkt Konzept

In diesem Konzept wird der - vor allem empirisch zu prüfenden - Frage nachgegangen, in welche Segmente oder auch Gruppen sich ein Gesamtarbeitsmarkt aufspalten läßt bzw. welche Spaltung erkennbar ist. Letztlich werden hierbei Merkmale von Arbeitskräften (etwa Geschlecht, Alter, Qualifikation, Nationalität) oder auch von Arbeitsplätzen (wie Anforderungen, Voraussetzungen, Entlohnung u.ä.) statistisch erfaßt und die Gesamtbestände nach homogenen Teilmengen differenziert, "die nach einem oder mehreren Merkmalen gegliedert sind (z.B. der Markt für ungelernete Arbeitskräfte). Der Arbeitsmarktprozeß ist dieser Konzeption zu-

folge definiert durch die Veränderung der Bestände und durch die Mobilitätsströme zwischen den Teilmärkten" (Sengenberger 1987, S. 53).

Der duale Arbeitsmarkt

In den USA entstand die "Theorie vom dualen Arbeitsmarkt", die zuerst von Peter B. Doeringer, Michael Piore und David M. Gordon vorgestellt wurde (vgl. Kreckel 1983b, S. 147 f., Bolte/Hradil 1988, S. 59). In dieser, besonders auf den amerikanischen Markt zugeschnittenen und hier empirisch belegten, Theorie wurden zwei Segmente bestimmt:

"Im sogenannten *primären* Arbeitsmarkt finden sich Arbeitsplätze, die relativ hohe Einkommens- und Aufstiegschancen mit sich bringen, hohe (und teure) berufliche Qualifikation und häufig auch lange betriebliche Ausbildung voraussetzen. (...) Der *sekundäre* Arbeitsmarkt ist demgegenüber auf Arbeitskräfte mit hoher Fluktuationsbereitschaft und geringer Qualifikation zugeschnitten. Die Einkommen sind dort niedrig, Aufstiegschancen fast nicht vorhanden, die Arbeitsbedingungen sind unattraktiv" (Kreckel 1983b, S. 147 f., Hervorhebungen im Text).

Innerhalb beider Segmente gibt es noch weitere interne Segmentierungen der Arbeitskräfte, im primären Sektor vor allem einen "gehobenen Sektor" mit höheren Qualifikationsanforderungen, mehr Kreativität und Verantwortung für die Arbeitskräfte und einen Sektor für "abhängige Tätigkeiten". Im sekundären Arbeitsmarktbereich dominieren vor allem interne Segmentierungen nach Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft u.ä.

Interne und externe Märkte

Eine weitere - bereits erwähnte - Segmentierung findet sich entlang des Kriteriums der Betriebszugehörigkeit, das nur bedingt mit der vorgestellten Theorie des dualen Arbeitsmarktes korrespondiert: Eine Unterscheidung in interne und externe Arbeitsmärkte, wie sie bei Sengenberger (s.o.), vor allem aber auch bei Piore zu finden ist (vgl. dazu Kreckel 1983b, S. 148, vgl. auch Sengenberger 1978, S. 20 f.), erfolgt insbesondere unter Berücksichtigung betrieblicher Interessen, die einerseits auf eine relativ stabile, hochqualifizierte und loyale "Stammebelegschaft" angewiesen sind, andererseits auf ein flexibles Arbeitskräftepotential, das zum Ausgleich von Konjunktur- bzw. Nachfrageschwankungen relativ kurzfristig eingestellt oder entlassen werden kann und deren Arbeitsplätze wenig Grundqualifikationen und wenig Einarbeitungszeit benötigen. Interne Arbeitsmärkte sind

demnach mit besseren Arbeitsbedingungen und der Teilhabe an betrieblichen Sozialleistungen, Aufstiegsmöglichkeiten u.ä. verbunden, weiter gilt:

"Die so geschaffenen betriebs- oder unternehmensspezifischen *'internen Arbeitsmärkte'* sind keine echten kompetitiven Märkte; der Wettbewerb findet lediglich beim Zugang zu derartigen Märkten statt, im Inneren ist er aber weitgehend stillgelegt und durch bürokratisierte Regeln ersetzt" (Kreckel 1983b, S. 148, Hervorhebungen im Text).

Berufsfachliche, betriebsspezifische und Jedermannsarbeitsmärkte

In diesem Ansatz, der vor allem auf Werner Sengenberger und Burkart Lutz zurückgeht, wird das Konzept des dualen Arbeitsmarktes erweitert und letztlich deutschen Verhältnissen angepaßt (etwa in Sengenberger 1987, vgl. auch Lutz 1987). Hier werden drei Segmente unterschieden: Der "berufsfachliche", der "betriebliche" und der "Jedermannsarbeitsmarkt". Im berufsfachlichen Arbeitsmarkt befinden sich diejenigen Arbeitskräfte, "deren Qualifikationen von vielen Betrieben gebraucht und in diesen eingesetzt werden kann" (Bolte/Hradil 1988, S. 59). Im betrieblichen Segment befinden sich Arbeitskräfte, die ihre entscheidenden Qualifikationen und Weiterbildungen innerhalb eines Betriebes erhalten, hier auch in der Regel ihre Aufstiegschancen haben und die innerhalb dieses Betriebes eine relativ gute Position einnehmen, aufgrund des Betriebszuschnitts ihrer Qualifikation allerdings kaum oder nur unter relativ großen Verlusten den Betrieb wechseln können.⁴ Dem Jedermannsarbeitsmarkt dagegen gehören "wenig qualifizierte, jederzeit ohne weiteres austauschbare Arbeitskräfte an, die vor allem in Krisenzeiten durch ein hohes Arbeitsplatzrisiko belastet sind" (diess., ebd.).

Eine - gerade für diese Arbeit - interessante Frage wurde allerdings bislang noch nicht angeschnitten, nämlich nach dem Zusammenhang regional differenzierter Segmentierung, deren weitgehende Nicht-Berücksichtigung angesichts der oft diskutierten und empirisch belegten Tatsache, daß mit regionalen Einheiten auch unterschiedliche Arbeitsmarktchancen verbunden sind, eigentlich erstaunlich ist:

⁴ Hierin liegt auch das Erklärungsmodell begründet, wonach sowohl Mobilität von Arbeitskräften als auch deren Immobilität als rationales Verhalten interpretiert werden kann, da selbst bei einem höheren Lohnniveau im "neuen" Betrieb (das in den gängigen Annahmen nur eine rationale Verhaltensweise: Betriebswechsel hervorrufen würde) "ein freiwilliger Wechsel des Betriebes im günstigsten Fall ein Sprung ins Ungewisse (ist) (...); viel wahrscheinlicher ist jedoch (tatsächlich oder zumindest aus der Perspektive des Arbeitnehmers) ein Rückfall auf die unterste Stufe der Laufbahn im anderen Betrieb, der eben auch dann noch Verlust bedeutet, wenn dessen durchschnittliches Lohnniveau deutlich höher liegen sollte. Der allzu oft psychologisierte Tatbestand mangelnder Mobilitäts-'Bereitschaft' erweist sich somit bei näherer Betrachtung auf dem Hintergrund eines betriebszentrierten segmentierten Arbeitsmarktes als durchaus rationales Verhalten" (Lutz 1982, S. 332).

Denn wenn das effektive Ausmaß arbeitsmarktvermittelter Ungleichheit durch die ungleiche Struktur der Arbeitsplätze (das "Positionsgefüge") und den ungleichen Zugang zu diesen Arbeitsplätzen (vgl. auch Abschnitt 3.2.1) bestimmt wird, dann lassen sich zumindest für den ersten Parameter auch regionale Determinanten finden, der sich das Gros der Betroffenen kurz- oder mittelfristig vermutlich nur durch räumliche Mobilität entziehen könnte. Die Frage also, ob regionale Einheiten als "Segmente" im o.e. Sinn aufgefasst werden können, welche Folgen sich daraus für eine regionale Erwerbspopulation ergeben und welche Zugangsbarrieren auf dieser Ebene existieren u.ä., wird aber überwiegend in der Migrationsforschung gestellt (vgl. dazu etwa Wagner 1990, S. 214f, 219 ff.; Franz 1984), wobei hier in der Regel die Struktur des regionalen Arbeitsmarktes und der Erwerbspopulation nur eine von mehreren Determinanten tatsächlicher räumlicher Mobilität, regionaler Mobilitätsbereitschaft (vgl. etwa Kalter 1994) oder - in der letztlich ebenso interessanten Umkehrung - von Immobilität darstellt. Unterhalb dieser Ebene und auf der Basis von segmentationstheoretischen Ansätzen läßt sich aber möglicherweise die Struktur regionaler Einheiten als differenzierte Erscheinungsformen und Anteilsstruktur einzelner Segmente zwischen den Regionen beschreiben (Denkbar wäre etwa ein erhöhter Anteil von Personen im "Jedermannsarbeitsmarkt" in ländlichen Regionen oder eine Häufung betriebspezifischer Qualifikationen in einer bestimmten Region wie etwa Wolfsburg). Vorstellbar sind auch differenzierte Erscheinungsformen oder Strukturen und damit verbundene Chancenpotentiale innerhalb einzelner Segmente im interregionalen Vergleich.

3.2.3 Ursachen von Arbeitsmarktsegmentation

Die vorangehend geschilderten Modelle oder Konzepte zur Segmentierung von Arbeitsmärkten sind nur ein Ausschnitt aus dem weiten Feld der Ansätze, die sich unter dem Sammelbegriff "Segmentationstheorien" fassen lassen. Um mit Werner Sengenberger zu sprechen, beherrschen "drei Grundfragen (...) die Segmentationsansätze" (Sengenberger 1978, S. 16 f.): "Erstens, wie ist der Arbeitsmarkt segmentiert? (...). Wie kommt es zu Spaltungen und wie erklärt sich ihre Stabilität? (...) Drittens, welche Folgen ergeben sich aus der Arbeitsmarktsegmentation?" (ders., ebd.). Unterhalb der Gemeinsamkeit aller Ansätze, daß mit den verschiedenen Segmenten unterschiedliche Verteilungen von arbeitsmarktvermittelten Chancen und Risiken verbunden sind, in der Regel hinsichtlich der Parameter Entlohnung, Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitsbedingungen, Mobilitätschancen u.ä., weichen bereits bei der ersten Frage die Antworten deutlich voneinander ab, wie auch die oben erwähnten Ansätze deutlich machen. Sie reichen von Verteilungen anhand "realtypischer Merkmale" im "statistischen Teilarbeitsmarktconcept" bis zu eher "idealtypischen oder abstrakten Charakteristika: so etwa die Unterscheidung von Märkten für unspezifische, fachspezifische und betriebspezifische Qua-

likationen, von internen und externen Märkten, und von Märkten für stabile und instabile Arbeitsplätze" (ders., S. 16).

Die zweite Frage, wie es zur Ausdifferenzierung verschiedener Arbeitsmarktsegmente kommt und wie diese stabilisiert und erhalten werden, wird ebenfalls kontrovers diskutiert: So kann die Segmentierung von Arbeitsmärkten nur als spezifische Ausprägung allgemeinerer, auch andere oder sogar alle Bereiche der Gesellschaft betreffende, Diskriminierungen sein (so wird etwa insbesondere von einigen Autorinnen hervorgehoben, daß die geschlechtsspezifische Strukturierung des Arbeitsmarktes letztlich ihren Rahmen in der geschlechtsspezifischen Strukturierung der Gesamtgesellschaft hat, vgl. dazu Autorinnengemeinschaft 1990) oder aber eine immanente Eigenschaft spezifischer Organisationsformen von Arbeit bzw. der Funktionen eines Arbeitsmarktes sein). Kontrovers ist laut Werner Sengenberger auch, "ob und inwieweit die Spaltung durch eine bewußte Entscheidung oder Strategie derer, die den Einsatz von Arbeitskräften bestimmen, absichtlich herbeigeführt wird oder ob die Teilung ohne unmittelbare Absicht aus der Anwendung genereller Verhaltensprinzipien, etwa aus dem Prinzip betrieblicher Rentabilität resultiert" (Sengenberger 1978, S. 17). Allerdings können solche Erklärungsmodelle bzw. Arbeitsmarkt und Gesamtgesellschaft wohl nur analytisch getrennt werden. Gerade weil der Arbeitsmarkt in entwickelten Industriegesellschaften die zentrale Instanz zur Zuweisung von Positionen und damit verbundener Ressourcen ist, wird eine isolierte Betrachtung des Arbeitsmarktes und seiner Teilbereiche nur eine Erklärungskraft mittlerer Reichweite haben. Struktur und Funktionsweise eines Arbeitsmarktes korrespondieren (natürlich) mit den politischen Strukturen und der vorherrschenden Wirtschaftsform. So sind auch die Ungleichheiten, die im Arbeitsmarkt erzeugt, vermittelt und stabilisiert werden nicht Ausdruck von "Störungen" eines Marktmodells im neo-klassischen Sinn:

"Dabei handelt es sich nicht um extern induzierte 'Störfaktoren', sondern um *systemeigene*, der Logik des Arbeitsmarktes selbst und des gesellschaftlichen Systems, in dem er eine Schlüsselrolle einnimmt, entspringende Gegebenheiten, die einer marktformigen Allokation des Arbeitsvermögens Schranken setzen" (Berger/Offe 1984, S. 90, Hervorhebungen im Text).

Demzufolge wird im weiteren Verlauf nach eher "politischen" Ursachenzusammenhängen zu suchen sein, um Arbeitsmarktsegmentation in ihrer Entstehung und Stabilität erklären zu können.

Bolte/Hradil nennen drei "Mechanismen", die zur Segmentierung von Arbeitsmärkten führen und betonen dabei, daß mehrere Kräfte wirksam werden:

"(1) Entwicklungen der Wirtschaftsstruktur, die auf der einen Seite krisenfeste Großunternehmen in gewinnträchtigen Wachstumsbranchen und auf der anderen Seite Kleinbetriebe in krisenbedrohten Randbranchen hervorbringen, (2) Strategien der Unternehmen, die sich einerseits loyale und hochqualifizierte Stammebelegschaften heranziehen und andererseits an wenig qualifizierten und daher billigen sowie in Zahl und Zusammensetzung schnell veränderbaren Arbeitskräftepotentialen interessiert sind, (3) Möglichkeiten der Existenzsicherung außerhalb der Erwerbstätigkeit, die dazu führen, daß Arbeitnehmergruppen, die solche 'Alternativrollen' haben (...), in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten auch ungünstigere Arbeitsplätze akzeptieren, eher gekündigt werden und sich mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben abfinden, geringeres Interesse an gewerkschaftlicher Organisation haben und von Gewerkschaften oft auch weniger nachdrücklich unterstützt werden" (Bolte/Hradil 1988, S. 60).

Im folgenden sollen nun die "Alternativrollenhypothese" von Claus Offe und Karl Hinrichs etwas näher erläutert werden, um dann in Anlehnung an Reinhard Kreckels "Politischer Soziologie der sozialen Ungleichgewicht" (Kreckel 1992) auf die - letztlich quer zu den o.e. Mechanismen liegenden - Machtpotentiale der betroffenen Arbeitnehmergruppen einzugehen. Beiden Konzepten liegt die Vorstellung eines primären Machtgefälles zwischen Kapital und Arbeit zugrunde (vgl. dazu Offe/Hinrichs 1984, Kreckel 1983b, Kreckel 1990, Kreckel 1992, S. 165 ff.) Darüber hinaus können beide Ansätze zur theoretischen Erklärung der Arbeitsmarktsegmentation in den neuen Bundesländern beitragen.

Alternativrollenhypothese

Die "Theorie der strukturierten Arbeitslosigkeit" von Claus Offe und Karl Hinrichs (vgl. dazu Kreckel 1983b), schließt zunächst an die Argumentation Sengenbergers an und geht ebenfalls von einer zunehmenden Dualisierungstendenz aus: Angenommen wird ebenfalls ein allmählicher Bedeutungsverlust des berufsfachlichen Segmentes, mit dem Ergebnis, daß sich der "Arbeitsmarkt polarisiert (...) zwischen *Stammebelegschaften*, die durch Spezialqualifikationen sowie besseres Einkommen, Beförderungsregelungen, Rentenansprüche und anderes mehr an ihren Arbeitsplatz gebunden werden, und fluktuierenden, konjunkturabhängigen *Randbelegschaften* mit geringer Verhandlungsmacht (Kreckel 1983b, S. 150 f., Hervorhebungen im Text).

Während Sengenberger aber die Segmentierung eines Arbeitsmarktes eher in den Rentabilitätskalkülen von Unternehmen begründet sieht (und der Institutionalisierung der Konfliktlösungen), wenden sich Offe und Hinrichs der Frage zu, was das gemeinsame Merkmal der sogenannten "Problemgruppen" ist und warum sie nicht in der Lage sind, sich eine bessere Marktposition zu verschaffen. Demnach ist ihnen gemeinsam, daß "für sie alle (...) nach geltenden kulturellen und politisch-institutionellen Regeln eine zweite, marktexterne *Alternativrolle* vorgesehen (sei). Sie vermittele ihnen eine alternative, wenn auch 'zweitbeste' Existenzbasis - den Rückzug in den Haushalt, in die Familie, auf das Altenteil, ins Ursprungsland oder in die bäuerliche Kümmerexistenz zurück. Diese Alternativ- und Rückzugsrollen würden von den Betroffenen zum Teil auch selbst akzeptiert, was unter anderem in ihrer geringen Identifikation mit dem Arbeitsplatz und ihrer mangelnden Bereitschaft zu gewerkschaftlicher Organisation zum Ausdruck käme" (Kreckel 1983b, S. 151 f., Hervorhebungen im Text). Überdies ist auch gewerkschaftliche Politik eher an den "Normalarbeitnehmern" in relativ stabilen Beschäftigungsverhältnissen orientiert, so daß den Rand- oder Problemgruppen eines Arbeitsmarktes eine wirksame Interessenvertretung schlichtweg fehlt. Allerdings kann diese "Alternativrollenhypothese" nicht alle bzw. nur bestimmte Ungleichheiten im Arbeitsmarkt erklären, aber z.B. nicht ethnische Diskriminierungen: "Eine der Alternativrollen-Ideologie vergleichbare marginalisierende Wirkung können z.B. rassistische und sexistische Vorurteile oder einfach rechtliche Diskriminierungen haben" (Kreckel 1983b, S. 152).

Machtverhältnisse im Arbeitsmarkt: Zur politischen Soziologie arbeitsmarktvermittelter Ungleichheiten

Reinhard Kreckel zufolge sind die Ungleichheiten auf einem Arbeitsmarkt in kapitalistischen Industriestaaten auf "unterschiedliche Machtpotentiale" zurückzuführen:

"Marktverhältnisse sind immer auch Machtverhältnisse. D.h., die Ungleichverteilung von Erwerbs- und Lebenschancen, die sich auf dem Arbeitsmarkt vollzieht, ist auf die unterschiedliche Verhandlungsstärke der verschiedenen Individuen und kollektiven Marktparteien zurückzuführen" (Kreckel 1983b, S. 141, Hervorhebungen im Text).

Vor dem Hintergrund eines "primären Machtgefälles" zwischen Kapital und Arbeit, das die "Tiefenstruktur" kapitalistischer Gesellschaften prägt, herrscht ein "sekundäres Machtgefälle", gemeint sind empirische Erscheinungen, "die die alltäglich erlebbaren internen Differenzierungen sowohl auf der Kapital- wie auf der Arbeitsseite des Arbeitsmarktverhältnisses betreffen. Die Vermittlung zwischen

beiden Ebenen wird in fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften vor allem durch das 'neo-korporatistische' Zusammenspiel von Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und staatlicher Intervention besorgt" (ders., S. 142 f., Hervorhebungen im Text). Damit erfährt das abstrakte Klassenverhältnis marxistischer Prägung eine historische Konkretisierung anhand tatsächlicher Akteure, die kollektive Interessen vertreten und somit das "ungleichheitsbegründende Kräftefeld" "kapitalistischer Staatsgesellschaften", in diesem Fall der Bundesrepublik bilden (vgl. dazu Kreckel 1992, S. 149 ff.). Allerdings kann kaum davon ausgegangen werden, daß die Verteilungskonflikte immer offen ausgetragen werden bzw. manifest sind, im Gegenteil:

"Die verschiedenen Mechanismen der *sozialen Schließung*, auf denen sozial strukturierte Ungleichheit beruht, sind weitgehend rechtlich verankert und in Alltags selbstverständlichkeiten routinisiert" (Kreckel 1992, S. 158, Hervorhebungen im Text).

Das o.e. Kräftedreieck bildet somit nur den Kernbereich des Kraftfeldes, um das herum "spezialisierte Interessenorganisationen", "soziale Bewegungen" und schließlich an der Peripherie die "sozial strukturierte Bevölkerung selbst, die mit ihren schicht-, milieu- oder lagenspezifischen Werthaltungen und Handlungspotentialen die gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse ins tägliche Leben übersetzen" (ders., S. 161 f.) angeordnet sind.

Die hauptsächlichen Mechanismen, mit denen eine Strukturierung der Machtverhältnisse im Arbeitsmarkt bewirkt wird, sind Mechanismen "sozialer Schließung", wie sie oben bereits angesprochen wurden. Diese bewirken, daß sich bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern, den Inhabern von Stellen bzw. Trägern von Qualifikationen, geschütztere Marktnischen schaffen, in denen die Gesetze marktförmiger Konkurrenz nur noch teilweise bzw. oft nur noch an den Eintrittsbarrieren zur Geltung kommen. Mechanismen der Schließung können grundsätzlich sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitnehmerseite angewandt werden, sie erhalten aber je nach den handelnden Akteuren andere Ausprägungen: Kreckel verweist im Anschluß an Max Weber und Frank Parkin auf die Mechanismen: "*Vertikale Ausschließung, horizontale Abgrenzung und solidarischer Zusammenschluß*" auf der Arbeitnehmerseite, "*Entlassungsdrohung, innerbetriebliche Einbindung und hierarchische Spaltung*" als "Gegenstrategien der - von den primären Asymmetrien ja ohnehin begünstigten - Arbeitgeberseite" und schließlich "*Wohlfahrtsstaatliche Ausgliederung und staatsbürgerliche Ausgrenzung*", die "zwei der wichtigsten arbeitsmarktstrategischen Rahmenbedingungen, die von staatlicher Seite beigesteuert werden (sind), die ja im übrigen auch für den weit fortgeschrittenen Prozeß der allgemeinen Verrechtlichung des Ausbildungs- und Beschäftigungssystems zuständig ist und damit für die *institutionelle Veranke-*

rung der Arbeitsmarktsegmentation sorgt" (Kreckel 1992, S. 202, Hervorhebungen im Text). Auch wenn bislang überwiegend die Rede von erworbenen, oder in der Kreckelschen Terminologie sozialer Schließungsdimensionen: "meritokratischen" Merkmalen war, die auch als Schließungskriterien wirksam werden, darf nicht übersehen werden, daß es eine Vielzahl zugeschriebener, "askriptiver" Merkmale gibt, die dieselbe Funktion erfüllen und die überdies individuell kaum veränderbar sind wie etwa mit Merkmalen wie Geschlecht, Alter oder auch Nationalität verbundene Vorurteile oder Diskriminierungen. Ursache der Arbeitsmarktsegmentation ist also nach Reinhard Kreckel das grundsätzliche Machtgefälle zwischen Kapital und Arbeit und dessen "sekundäre Asymmetrie" auf dem Arbeitsmarkt, die ein Kräftefeld erzeugt, das durch unterschiedliche Verhandlungspositionen (und damit: Marktmacht) bestimmt ist.⁵ Die Mechanismen, die Segmentation erzeugen und stabilisieren sind Mechanismen sozialer Schließung, die letztlich dafür sorgen, daß die Teilarbeitsmärkte relativ weitgehend voneinander abgeschlossen sind und somit Mobilitätsprozesse erschwert werden.⁶

⁵ Damit werden gerade auch diejenigen Schließungsmechanismen innerhalb der Arbeiterschaft erklärt, die als "horizontale Abgrenzung" etwa zwischen Berufsgruppen oder als "vertikale Ausschließung" etwa zwischen Stamm- und Randbelegschaften wirksam werden. Diese können aus unterschiedlichen Interessenlagen der Arbeitnehmer selbst resultieren (etwa zum Zwecke der "Kanalisierung der Konkurrenz", vgl. dazu auch Beck/Brater/Daheim 1980, S. 76 ff.) oder aus einer betrieblichen (d.h. Kapital-) Strategie des "teile und herrsche" (vgl. dazu Kreckel 1983b, S. 148), die zu einer bewußt herbeigeführten und gewünschten Spaltung der Arbeitnehmerseite führt. Das Ergebnis bleibt allerdings das gleiche, Ursache und Wirkung sind hier mittlerweile nur noch theoretisch zu trennen.

⁶ Die somit errichteten Segmentationsbarrieren bezeichnet Burkart Lutz als "Paradox", da sie das Ergebnis der Interessen und Handlungen von Beschäftigtem und Beschäftigten sind (und ohne diese niemals arbeitsmarktstrukturierende Wirkung entfalten könnten). Somit sind sie einerseits bestimmten Interessen dienlich, nämlich dem Schutz des Arbeitsplatzes bzw. der Bindung und Loyalität zumindest eines Teils der Belegschaft an den Betrieb, andererseits erschweren sie aber genau die Durchsetzung gegenteiliger Interessen: Von Seiten der Arbeitskräfte sind das individuelle Mobilitätspotentiale bzw. von betrieblicher Seite das "essentielle Interesse der Betriebe daran, den externen Arbeitsmarkt und die Substitutionskonkurrenz zwischen der eigenen Belegschaft und dem externen Arbeitskräfteangebot zu nutzen, um die Entwicklung der Lohn-Leistungs-Relationen unter Kontrolle zu halten" (Lutz 1982, S. 333).

4. Ausgangssituation und Entwicklungsdynamik ostdeutscher Arbeitsmärkte: Von der "vollbeschäftigten Arbeitsgesellschaft" zur "zerklüfteten Beschäftigungsstruktur"⁷

In dieser Arbeit stehen Strukturen der ungleichen Verteilung von Erwerbs- und Lebenschancen und deren sozialstatistische Abbildung in den Bevölkerungs- und Arbeitsmarktstrukturen einer Region im Vordergrund. Damit wird jedoch nur ein Aspekt einer umfassenden und möglichen Analyse von Sozialstruktur und strukturellem Wandel angesprochen, der aber durchaus in der Tradition gängiger Sozialstrukturanalysen steht (vgl. dazu Geißler 1992, S. 13 ff., Schäfers 1990, S. 1 ff.). "Sozialstruktur" als solche kann sehr allgemein als relativ zeitstabile "innere" Ordnung einer Gesellschaft, als "Summe" aller gesellschaftlichen Subsysteme, Funktions- oder Handlungsbereiche von Individuen, Gruppen, Organisationen oder Institutionen und deren Verknüpfungen beschrieben werden. Die jeweilige Schwerpunktsetzung, die bei einer Präzisierung dieses Begriffs notwendigerweise entsteht, verrät dabei in der Regel den Standpunkt, die theoretische Perspektive des Betrachters, ein ebenso legitimes wie einschränkendes Verfahren, das darauf abzielt, den "Lebenszusammenhang Gesellschaft" und dessen Grundprinzipien durch zugrundeliegende Gesetzmäßigkeiten zu beschreiben. Die größten Unterschiede treten letztlich im und durch den Interpretationszusammenhang der empirisch beobachteten "sozialen Wirklichkeit" (Schäfers 1990, S. 1) auf. Somit kann es passieren, daß einerseits ein und derselbe beobachtete Sachverhalt unterschiedlich, teilweise gegensätzlich interpretiert wird, andererseits das Erkenntnisinteresse bereits massiv die Beobachtung leitet.

Daß dies hier durchaus der Fall ist, soll keinesfalls verschwiegen werden, die eingangs dieses Abschnitts erwähnte Ausrichtung meiner Untersuchung macht die Perspektive deutlich: Basisthese dieser Arbeit ist ein "doppelter" Strukturbruch, die beobachtete bzw. hier unterstellte Ungleichzeitigkeit des sozialstrukturellen Wandels im ostdeutschen Transformationsprozeß innerhalb der Sozialstruktur der DDR und der neuen Bundesländer. Und dieser Begriff von Sozialstruktur und deren Wandel muß die Ausgangssituation "DDR-Sozialstruktur" ebenso miteinbeziehen wie den Strukturwandel des Arbeitsmarktes und dessen empirisch zu beobachtende Folgen der ungleichen Verteilung von Erwerbschancen als Teilelemente des umfassenden sozialen Wandels. Wenn also im folgenden von "Ausgangssituation" und Sozialstruktur der DDR die Rede sein wird, so kann und wird damit keine vollständige Beschreibung oder gar Analyse gemeint sein, vielmehr eine, auf mein Erkenntnisinteresse ausgerichtete Darstellung relevanter Strukturmerkmale der gesellschaftlichen Organisation von Erwerbsarbeit.

⁷ Zapf/Habich 1994.

4.1 Die DDR als "Arbeitsgesellschaft"

Die DDR ist auch in dieser Arbeit bereits mehrfach als "Arbeitsgesellschaft" bezeichnet worden, einerseits dem unmittelbaren Themenbereich entsprechend, andererseits aber auch, da sich unter das "Etikett einer Arbeitsgesellschaft" "... einige Eigentümlichkeiten von sozialen Strukturen und Lebenslagen sinnvoll (...) subsumieren" (Adler 1991, S. 167) lassen, insbesondere auch in Abgrenzung zu den Entwicklungstrends der Bundesrepublik der letzten zehn oder zwanzig Jahre. Auch die nachfolgend aufgeführten Grundstrukturen von Arbeit und Beruf in der DDR (die natürlich keinesfalls als vollständige Aufzählung gelten können) geben bereits deutliche Hinweise darauf, warum der Wandel von Erwerbsarbeit im Transformationsprozeß "... mit die stärksten Ein- und Abbrüche gezeitigt hat und neben neuen beruflichen Entwicklungschancen massenhaft Veränderungszwänge, Karrierebrüche und Marginalisierungen produziert. Im Bereich von Beruf und Arbeit stoßen eingefahrene Mentalitäten und Arbeitshaltungen auf Rollenerwartungen und Berufsanforderungen für neue berufliche Positionen und erzwingen Lern- und Umschulungsprozesse sowie endgültiges Ausscheiden aus dem Beruf. Gleichzeitig trifft zu, daß neben Gefühle der Ohnmacht ob der Wirkungsmacht struktureller Veränderungen neueröffnete Wahlchancen und berufliche Optionen treten" (Franz 1994, S. 181).

Der Begriff der "Arbeitsgesellschaft" umschreibt die für die DDR-Gesellschaft in politischer wie sozialer Hinsicht zentrale Stellung von Erwerbsarbeit und Arbeitsplatz (vgl. Zapf 1993, S. 41). Neben dem in der Verfassung verankerten "Recht auf Arbeit" bestand eine "Pflicht zur Arbeit", in der sich neben dem Versuch des Abbaus immanenter Arbeitskräfteknappheit auch die Ausgestaltung eines "sozialistischen Arbeitsethos" widerspiegelte, ebenso die politische Einsicht, daß "... Beruf und Arbeit (...) neben der Dimension gesellschaftlicher Integration auch eine Dimension politischer Legitimation" (Franz 1994, S. 178) besaßen.

4.2 Dimensionen der Erwerbsarbeit in der ehemaligen DDR

Erwerbsbeteiligung

Sozial- und Familienpolitik, aber ebenso gesellschaftliche Partizipation konzentrierten sich in der Folge auf die "Werkstätigen" bzw. auf die Schaffung sozialer Rahmenbedingungen für eine möglichst hohe Erwerbsbeteiligung, aber auch auf die soziale Integration der Erwerbstätigen über die Betriebe. Das brachte eine im Vergleich zur Bundesrepublik deutlich höhere allgemeine Erwerbsquote hervor: 1990 betrug der Anteil der Erwerbstätigen in der DDR an allen 20- bis 60-jährigen 90% und lag damit deutlich über der vergleichbaren Quote von 71%,

die 1991 für die alten Bundesländer errechnet wurde (Schlese/Schramm 1994, S. 69).

Die höhere allgemeine Erwerbsbeteiligung resultiert zum größten Teil aus der, alle Altersgruppen und Familienstände umfassenden, durchgängig sehr hohen Erwerbsquote von Frauen in der DDR: Hier waren ca. 90% aller weiblichen Erwerbspersonen (einschließlich der Frauen, die sich in Ausbildung oder im Studium befanden "erwerbstätig", in der Bundesrepublik betrug die vergleichbare Quote 1990 nur 58,8% (Engelbrech 1994, S. 22). Die DDR war damit weltweit einer der Staaten mit der höchsten Frauenerwerbsquote (49% aller Erwerbstätigen waren Frauen, deutlich mehr als in der Bundesrepublik (38%), vgl. Dahms/Wahse 1994, S. 32). Mit der hohen Frauenerwerbsquote sollten einerseits Arbeitskräftereserven mobilisiert werden, die angesichts beschäftigungsintensiver Produktionsverfahren für das angestrebte Wachstum des Bruttosozialprodukts dringend benötigt wurden. Andererseits war die Berufstätigkeit auch durch materielle Notwendigkeit mitverursacht, da "in der Regel nur durch die Berufstätigkeit beider Ehepartner ein auskömmliches Realeinkommen der Familie gesichert werden konnte" (dies., ebd.). Daneben wirkte sich sicherlich auch die Umsetzungsbemühungen des verfassungsrechtlich verankerten Gleichstellungsgebotes positiv auf die weibliche Erwerbsquote aus.⁸

Aber auch die Beteiligung von Älteren an Erwerbsarbeit war weitaus höher als in der Bundesrepublik: Sechs Prozent der Rentner (und damit doppelt so viele wie in der BRD) waren neben- oder noch vollwerbstätig, bei fast 50% der Rentner-Ehepaare gab es noch mindestens einen Partner, der einer bezahlten Tätigkeit nachging (BRD: 25%) (Wagner/Schupp 1991, S. 194 f.). Die geringere Zahl von Studierenden sorgte ebenfalls für eine höhere Erwerbsbeteiligung, hier natürlich insbesondere der jüngeren Erwerbspersonen (dies., S. 191). Aber auch hinsichtlich der durchschnittlichen, tariflichen Wochenarbeits- und Lebensarbeitszeit läßt sich eine quantitativ umfangreichere, individuelle Beteiligung am Erwerbsleben konstatieren (Geißler 1992, S. 150).

Materielle Notwendigkeiten trugen auch zur Alterserwerbstätigenquote nicht unwesentlich bei, da Rentnerhaushalte mit ca. 50% Einkommensdefizit gegenüber dem Einkommensniveau von Rentnerhaushalten-West das größte Defizit aller Statusgruppen innerhalb der DDR aufwiesen und sozialpolitisch vergleichsweise

⁸ Allerdings war die "tatsächliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz in der DDR längst nicht soweit gediehen (...), wie es dem Selbstverständnis des Systems entsprach" (Grünert 1993, S. 18). Hinsichtlich der inner- und zwischenbetrieblichen Besetzung bzw. Verteilung von Stellen und Beschäftigungsbereichen waren Prozesse der "Integration mittels Segregation" (Rudolph u.a. 1990, zit. bei: Grünert 1993, S. 18) wirksam, es gab ebenso wie in der BRD "typische" Frauenberufe bzw. Beschäftigungsbereiche.

vernachlässigt wurden, wohingegen jüngere teilweise nicht zum Studium zugelassen wurden oder aber freiwillig verzichteten (vgl. auch den Abschnitt über soziale Mobilität).

Die Arbeitsstätte als "sozialer Ort"

In den Arbeitsstätten wirkten auf unterster Ebene die Umsetzungsbemühungen o.e. sozialpolitischer Vorgaben zur Schaffung von Rahmenbedingungen für eine möglichst hohe Erwerbsbeteiligung sowie sozial-integrative Komponenten. Die Betriebe, allen voran die dominierenden Kombinate, stellten eine Reihe von Dienstleistungen, die von Kinderkrippen über medizinische Einrichtungen bis hin zu Sport- und Freizeitgruppen reichte. Die Arbeitsstätte war somit "ein wichtiger sozialer Ort mit vielfältigen sozialen Funktionen und Versorgungsaufgaben" (Adler 1991, S. 168). Jene Einrichtungen sorgten erst für die entsprechenden sozialen Rahmenbedingungen etwa der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern. Dies gilt zuallererst für die Kombinatbetriebe, die zur Wahrnehmung bestimmter sozialer und kultureller Aufgaben, aber auch etwa zur Produktion von Konsumgütern verpflichtet waren (vgl. Häußermann/Heseler 1993, S. 19). Darüber hinaus konnten über innerbetriebliche Netzwerke begehrte oder ansonsten schwer zugängliche Produkte oder Dienstleistungen beschafft werden:

"Zugleich waren viele knappe Güter - von Südfrüchten angefangen bis zu Materialien für den Bau eines Eigenheims oder einer Datscha - in zureichender Qualität überhaupt nur oder doch weitaus am leichtesten über den Beschäftigungsbetrieb beschaffbar. Und es scheint, daß Qualität und Volumen dieser nicht-monetären Formen des Arbeitsentgelts erhebliche Bedeutung für den realen Lebensstandard der DDR-Bevölkerung hatten" (Grünert/Lutz 1994, S. 16).

Die im Vergleich mit der Bundesrepublik geringere zwischenbetriebliche Mobilität resultiert zum einen aus der Bedeutung o.e. Beschaffungsnetzwerke, die ja bei einem Betriebswechsel aufgegeben werden mußten, in weit stärkerem Maße aber aus den Allokationsprinzipien der DDR-Gesellschaft, die externe Arbeitsmärkte "nur in rudimentärer Form und auf Teilgebieten" (dies., ebd.) entstehen ließen. Offensichtlich dominierten auch bei der Anpassung von Qualifikationen interne Maßnahmen, so daß auch von dieser Seite her von einer vergleichsweise größeren Betriebsbindung ausgegangen werden kann. Insgesamt wurden in den DDR-Kombinaten das Beschaffungs-, das Arbeitsmarkt- und das Absatzproblem soweit wie möglich internalisiert (Lappe 1992, S. 9).

Einkommenssituation

Die Einkommenssituation der Erwerbstätigen ist ebenso stark von der Zentralität von Erwerbsarbeit wie vom politischen Streben nach Nivellierung der Einkommensunterschiede bestimmt: Erwerbsarbeit war die "wichtigste Quelle des persönlichen Einkommens" und Nebenerwerbstätigkeit, der Bereich der "Schattenökonomie", ihre "bedeutsamste Ergänzung" (vgl. Adler 1991, S. 167, Wagner/Schupp 1991, S. 179). Im Spannungsfeld einerseits zwischen "sozialistischer Leistungsgesellschaft" und andererseits der "Annäherung aller Klassen und Schichten" dominierten die Nivellierungstendenzen.

Zusammen mit der sozialpolitischen Ausrichtung auf die Werktätigen wirkten Frank Adler zufolge unterhalb der "Scheidelinie zwischen Berufstätigen und Rentnern", die zugleich die "Differenzierungsdominante der Einkommensstruktur ist", als "differenzierende Einflußgrößen" das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung, das Qualifikationsniveau, das Geschlecht, der jeweilige Wirtschafts- und Tätigkeitsbereich sowie Zuschläge für Schichtarbeit. Allerdings sind die Differenzen im Vergleich zur Bundesrepublik gering: Bezogen auf die Wohnbevölkerung existierte maximal ein Verhältnis von 1:3 (zwischen weiblichen Rentnern und männlichen Geistesschaffenden), innerhalb der Erwerbstätigen maximal 1:2,3, hier stehen Bäuerinnen und un- bzw. angelernte Arbeiterinnen am Tiefpunkt der Skala (Adler 1991, S. 156). Diese Nivellierungstendenz begünstigte (auch gemäß ideologischer Dogmen) am meisten die ausgebildeten Industriearbeiter, die gegenüber ihren "Kollegen" aus der Bundesrepublik das niedrigste Einkommensdefizit aufwiesen, am ungünstigsten wirkte sich diese Tendenz für Rentner und Selbständige aus (Geißler 1992, S. 53 f., Stephan/Wiedemann 1990).

Soziale Differenzierungen

An die Stelle sozial wenig differenzierender Einkommensunterschiede (die überdies durch fehlende Konsumtions- und Freizeitmöglichkeiten weiter relativiert wurden) traten unterhalb der grundlegenden Polarisierung in eine kleine soziale und politische Macht- oder "Monopolelite" (Geißler 1992, S. 89 ff.) soziale Differenzierungen überwiegend entlang der arbeitsteiligen Positionen auf. Allerdings waren offenbar insgesamt die wahrgenommenen Unterschiede gering, zusätzlich "eingeebnet (...) durch den Umstand, daß wesentliche soziale Bedingungen für (fast) alle nahezu gleich geregelt waren (soziale Sicherheit). Andererseits betrafen die am meisten Unzufriedenheit auslösenden Lebensbedingungen (Warenangebot, Dienstleistungen, Infrastruktur, Umwelt, Reisemöglichkeiten, medizinische Versorgung etc.) die Mehrzahl der Individuen unabhängig von ihrem Sozialstatus" (Adler 1992, S. 45).

Qualifikationsstrukturen

Insgesamt war das formale Ausbildungsniveau in der DDR höher als in der Bundesrepublik, der Anteil von Erwerbstätigen ohne Abschluß sehr gering. Allerdings können die formalen Abschlüsse wegen der unterschiedlichen Schul- und Ausbildungssysteme kaum mit denen der BRD verglichen bzw. vergleichend interpretiert werden. Hinzu kommt, daß bestimmte Abschlüsse, etwa ein Facharbeiterabschluß, als Zugangsvoraussetzung für höherwertige Ausbildungsgänge galten, sich somit zwar das quantitative Gewicht dieser Abschlüsse erhöhte, diese aber teilweise nur "Durchgangsstation" für andere Ausbildungsgänge waren. Überdies gab es offenkundig häufiger den Einsatz "überqualifizierter" Personen auf - so gesehen - "unterwertigen" Tätigkeiten, was den Stellenwert formaler Ausbildungen noch einmal etwas relativiert (Wagner/Schupp 1991).

Beruflicher Status, Tätigkeitsbereiche und Verteilung der Beschäftigten auf Wirtschaftsbereiche

Das Muster der Verteilung des beruflichen Status korrespondiert mit der staatlich-ideologischen Ausrichtung der Werktätigen als "Arbeiter und Bauern" und der "unternehmensfeindlichen Politik der DDR" (Franz 1994, S. 181), die zur Folge hatte, daß etwa Selbständige und Freiberufler nur eine marginale Rolle spielten (3,5% gegenüber 10,5% dieser Gruppe im Westen, Zahlen anhand der Ost- bzw. West-Stichprobe des SOEP, vgl. dazu Wagner/Schupp 1991, S. 182 ff.). Andererseits ist es auch Ausdruck der Wirtschaftsstruktur der ehemaligen DDR, die geprägt war von einer Dominanz des primären, vor allem aber sekundären Sektors, "so daß Industrie und Landwirtschaft einen unverhältnismäßig hohen Anteil von Beschäftigten aufwiesen (Franz 1994, S. 180) (allerdings war innerhalb der Kombinate und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aufgrund der vielfältigen Aufgabenbereiche (s.o.) dieser Betriebe ein vergleichsweise großer Teil der Beschäftigten letztlich mit der Bereitstellung von Dienstleistungen betraut). Der tertiäre Sektor war dagegen (und zwar sowohl hinsichtlich der Wertschöpfung als auch der Beschäftigtenanteile) in weiten Teilen unterentwickelt, ein Umstand, der in der Transformationsliteratur und im Vergleich mit der alten Bundesrepublik als "Tertiärisierungsrückstand der DDR" umschrieben ist (vgl. Geißler 1992, S. 117). Dies gilt hinsichtlich der Beschäftigungsstruktur allerdings nicht für den Bereich der kommunalen Verwaltungen, wo im Gegensatz zu westdeutschen Kommunen doppelt so viele Stellen bestanden (vgl. dazu auch Geißler 1992, S. 74).

Trotz der methodischen Probleme, die sich bei dem Versuch ergeben, west- und ostdeutsche Daten zu vergleichen, und die natürlich auch beim Vergleich der

West- bzw. Oststichprobe des SOEP auftreten (vgl. dazu Wagner 1991, S. 13 ff.), lassen sich dennoch die Grundzüge einer unterschiedlichen "Besetzung" von Wirtschaftsbereichen deutlich machen: Die Gruppe der "in der Landwirtschaft Tätigen" ist mit über 10% Anteil an allen Erwerbstätigen deutlich höher als in der Bundesrepublik, wobei zu dieser Gruppe auch Facharbeiter zählen, die überwiegend mit Reparaturen, Wartungen und sonstigen Dienstleistungen befaßt waren (s.o.). Arbeiter, die überwiegend in der Industrie eingesetzt wurden, zeigen naturgemäß eine "hohe Konzentration auf gütererzeugende und verwandte Tätigkeiten. Die Gruppe der Angestellten konzentriert sich einerseits auf wissenschaftliche Berufe (einschließlich Lehrkräfte) sowie technische Fachkräfte und andererseits auf den klassischen Angestelltenbereich der Bürotätigkeiten (28% aller Angestellten). Handels- und Dienstleistungstätigkeiten kam in der DDR jedoch nur eine untergeordnete Rolle zu" (Wagner/Schupp 1991, S. 185).

Soziale Mobilität in der DDR

Dieser Abschnitt ist im Vergleich zu den vorangegangenen etwas umfangreicher, da eine alters- bzw. erwerbsbiographische Differenzierung der Beschäftigungsstruktur erste Ansätze zur Beantwortung der Frage geben kann, ob mögliche "Gewinner oder Verlierer" der Einheit aus der Ausgangslage spezifischer Alterskohorten resultieren könnten. Oder inwieweit die Selbsteinschätzung als "Gewinner oder Verlierer" auch aufgrund erwerbsbiographischer Verläufe plausibel erscheint. Die Aussagen dieses Abschnittes stützen sich im wesentlichen auf Ergebnisse aus dem Projekt "Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR", das am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung unter der Leitung von Karl Ulrich Mayer und Johannes Huinink durchgeführt wird (vgl. dazu auch Huinink/Mayer 1993): Befragt wurden mehrere Geburtskohorten von Männern und Frauen aus der ehemaligen DDR, die erste besteht aus den Jahrgängen 1929-31, die letzte, "jüngste" aus den Jahrgängen der 1959-61 geborenen (vgl. zum Sample und Design der Studie Mayer 1993, Huinink/Mayer 1993).

Die Männer der Geburtskohorte 1929-31 bildeten in der ehemaligen DDR zentrale Jahrgänge der sogenannten "Aufbaugeneration": Während der Abwanderungswellen in den fünfziger Jahren wechselten vor allem Hochqualifizierte in den Westen, in der Folge wurde von den verbliebenen "praktisch jeder gebraucht" (Huinink 1993, S. 15). Die damit verbundene aktive Qualifizierungspolitik des DDR-Staates bewirkte "bemerkenswerte berufliche Aufstiege, ja rasante berufliche Karrieren", gemessen am Anteil der "Gruppe der Angestellten mit hochqualifizierter Tätigkeit und Leitungsfunktion und der Angestellten mit höheren und höchsten Leitungsaufgaben und umfassenden Entscheidungsbefugnissen, die das Gros der ehemaligen Intelligenz ausmacht" (ders., ebd.) an diesen Jahrgängen im

Verlauf von 35 Berufsjahren. Auf der anderen Seite geht der Anteil der Gruppe der un- und angelernten Arbeiter dieser Geburtskohorte von anfänglich über 30% auf unter 10% am Ende der beruflichen Zeitachse zurück, das heißt, daß es einem relativ großen Teil (knapp einem Drittel) der un- und angelernten Arbeiter gelungen ist, in die Gruppe der "Intelligenz" zu wechseln.

Bei einer mittleren Geburtskohorte (die Jahrgänge 1951-53) zeigt sich ein zunächst ähnliches Ergebnis: Die Männer dieser Kohorte haben zunächst relativ schnell bzw. direkt Positionen innerhalb der Intelligenz erlangt, nach zehn Jahren bereits zu über 20%. Verglichen mit der älteren Kohorte haben sie aber nicht wesentlich bessere Karrierechancen, obwohl sie anfänglich noch "in den Genuß einer bedeutsamen Expansion des Bedarfs an hochqualifizierten Kräften im Verlauf der siebziger Jahre, die sich im Zusammenhang mit der Rezentralisierung der Wirtschaft nach dem Wechsel Ulbricht-Honnecker, im Zuge des Aufbaus der Kombinate sowie dem verstärkten Ausbau bestimmter Wirtschaftszweige (Mikroelektronik, Wohnungsbau) ergab" (ders., ebd.). Ähnliches gilt auch für die Geburtskohorten der Jahrgänge 1939-41. In beiden Kohorten ist aber gegenüber der "Aufbaugeneration" ein über die Berufsjahre gesehen etwas flacherer Verlauf zu erkennen.⁹

Die "jüngste" Geburtskohorte der Untersuchung, die Jahrgänge der 1959-1991 geborenen Männer, weist dagegen eine teilweise gegensätzliche Entwicklung auf, dieses Ergebnis steht allerdings angesichts der bislang relativ kurzen Berufskarrieren von etwa zehn Jahren (noch) auf etwas unsicherem Grund. Der Anteil dieser Männer an der "Intelligenz" liegt anfangs bei ca. 10% (also über dem Anfangswert der Geburtskohorte 1929-31), aber bereits nach fünf Berufsjahren unter deren Anteil und steigt im folgenden flacher an (auf ca. 15% nach zehn Berufsjahren). Gänzlich entgegengesetzt verläuft die Kurve dieser Gruppe für deren Anteil an den un- und angelernten Arbeitern: Während bei der Gründergeneration diese Kurve von anfangs 30% kontinuierlich und stark auf knapp 15% nach 15 Berufsjahren abfällt, steigt die der jüngsten Kohorte von etwas über 5% auf knapp mehr als 10% nach 10 Berufsjahren. Dies ist eine Folge - so die These von Johannes Huinink - einer Blockade der Aufstiegswege in die höheren Angestelltentätigkeiten: "Es erfolgt keine Expansion in diesem Bereich mehr und die existierenden

⁹ Aus den Ergebnissen dieser Untersuchung geht nichts über berufliche Abstiege hervor, zu vermuten ist aber, daß es diese angesichts der massiven Arbeitskräfteknappheit und der allgemeinen Arbeitsplatzsicherheit und des "Plancharakters" der zentralen Zuteilung von Arbeitskräften auf Arbeitsplätze nicht in nennenswertem Umfang gab (vgl. dazu auch Lappe 1992, S. 9). Insofern dürften auch massenhafte berufliche Abstiege bzw. als Verschlechterung empfundene Positionswechsel im Arbeitsmarkt unter Transformationsbedingungen für eine überwiegende Mehrzahl der Erwerbstätigen durchaus beunruhigendes Neuland darstellen.

Positionen werden langfristig (auf Lebenszeit) von den älteren Jahrgängen besetzt. Umgekehrt weiß man, daß unter den existierenden Bedingungen entsprechende Stellen für unattraktiv gehalten wurden, weil sich dort ein höheres Ausmaß an Verantwortung und Streß mit einer unterproportionalen Verbesserung der materiellen Benefits verband" (Huinink 1993, S. 18).

Auch bei der intergenerationellen Mobilität zeigen sich (wiederum als Ergebnis des eingangs erwähnten Projektes und bezogen auf die bereits eingeführten Geburtskohorten) deutliche Unterschiede zwischen den Männern der älteren Jahrgänge und denen der jüngsten von 1959-61: Trotz des Postulats der Bildungsgleichheit bzw. der speziellen Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern hatten die 1929-31 geborenen Söhne der "Intelligenz" eine etwa viermal höhere Chance als Arbeiterkinder, einen Hochschulabschluß zu erwerben, und eine immer noch zwei- bis dreimal höhere Chance, im Alter von 30 Jahren auch tatsächlich zur Intelligenz zu gehören. Die 1959-61 geborenen Söhne haben dagegen bereits eine elf- bis zwölfmal höhere Chance auf einen entsprechenden Abschluß und eine sieben- bis achtmal höhere auf Zugehörigkeit zur Intelligenz.

Die eigentliche Trendwende, der "Bruch in den Mobilitätsmustern" (Solga 1993, S. 23) ist im Vergleich aller Kohorten erst bei diesen Jahrgängen zu verzeichnen. Als Gründe nennt Heike Solga vor allem einerseits "... eine Veränderung in den Selektionskriterien hinsichtlich der Studienzulassung (...). Diese äußerte sich darin, daß die Dominanz des Prinzips, wonach Arbeiter- und Bauernkinder bevorzugt werden, abgebaut wurde" (dies., S. 24). Zugleich wurden die Kinder von Vätern aus exponierten Stellungen, also der Intelligenz, auch formal wie Arbeiterkinder behandelt, was zu einer Aushöhlung des o.e. Prinzips und letztlich zu Prozessen des "bewußten Ausschluß bzw. (der) bewußten Abschottung der Intelligenz" (dies., ebd.) führte. Auf der anderen Seite der bewußten Schließungsbestrebungen steht der oftmals freiwillige Verzicht von Arbeiterkindern auf diese Positionen, da der finanzielle Anreiz den erhöhten Bildungsaufwand und späteren Verantwortungszuwachs nicht ausgleichen konnte. Ebenso gab es aber auch den bewußten Verzicht aus politischen Gründen, da Leitungsfunktionen mit einer höheren Identifikationsbereitschaft gegenüber dem politischen System verbunden waren.

Die in der vorliegenden Studie zur intergenerationellen Mobilität der DDR festgestellten Anzeichen für massive "Karriereblockaden" betrafen also überwiegend die Söhne von Arbeitern bzw. Bauern. Das heißt andererseits aber auch, daß die Söhne von höheren und höchsten Angestellten letztlich die Positionen ihrer Väter halten konnten, die ihrerseits zu einem großen Teil Arbeiterkinder waren, die

dem formalen Gleichheitsanspruch ihre eigene berufliche Karriere in der DDR verdanken.

Zusammenfassung

Aus den bisherigen Stichpunkten zur Sozial- und Beschäftigtenstruktur der ehemaligen DDR lassen sich erhebliche Unterschiede zu den Strukturen der BRD erkennen:

- Erwerbsquoten:

Neben der deutlich höheren allgemeinen Erwerbsbeteiligung fällt hier insbesondere die hohe Beteiligung von Frauen und Älteren/Rentnern am Erwerbsleben ins Gewicht.

- Qualifikationsstruktur:

Im Vergleich zur BRD läßt sich eine breitere Verteilung formaler Qualifikationen (verschwindender Anteil von Unqualifizierten) und eine umfassendere Streuung höherer, vor allem beruflicher Grundqualifikationen erkennen (allerdings bei einer geringeren Anzahl von Personen mit akademischen Abschlüssen), was auch zur Bezeichnung der DDR als "Facharbeitergesellschaft" geführt hat (vgl. Geißler 1992, S. 148).

- Berufliche Stellung:

Verglichen mit der Bundesrepublik war der Anteil von Arbeitern an allen Beschäftigten höher, der von Angestellten und Selbständigen niedriger. Läßt man einmal die klassifikatorischen Schwierigkeiten, die sich für DDR und BRD hinsichtlich der Verortung etwa innerhalb der "Drei-Sektoren-Hypothese" von Fourastie ergeben (vgl. dazu Geißler 1992, S. 116 ff.), befand sich die DDR damit zum Zeitpunkt der Wende "genau im Stadium des Übergangs von einer Arbeiter- in eine Dienstleistungsgesellschaft - eine Situation, in der sich die BR etwa Mitte der 70er Jahre befand" (ders., S. 149).

- Wirtschaftsstruktur:

Diese ist von der Dominanz von Industrie und Landwirtschaft und dem als Tertiärisierungsrückstand bezeichneten geringeren Anteil der Bereiche Handel und allgemeine Dienstleistungen gekennzeichnet, wobei hier der hohe Anteil eigentlich dienstleistender Tätigkeiten innerhalb der landwirtschaftlichen und der Produktionsbetriebe zu beachten ist.

- **Soziale Mobilität:**

Die Ergebnisse o.e. Projekts deuten sowohl hinsichtlich der inter- wie auch der intragenerationellen Mobilität darauf hin, daß für große Teile der DDR-Bevölkerung in zunehmenden Maße "Karriereblockaden" wirksam wurden, die überwiegend die jüngeren Generationen und hier besonders die Kinder von Arbeitern betrafen.

4.3 Grundzüge der strukturellen Transformation des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern

Die Transformation der ostdeutschen Arbeitsmärkte wird maßgeblich durch den allgegenwärtigen Abbau von Arbeitsplätzen, den umfassenden Wandel der Beschäftigtenstruktur und durch den massiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer (mit dem hauptsächlichlichen Ziel: -entlastender) Maßnahmen der Arbeitsverwaltung geprägt. Insgesamt, so wird geschätzt, gingen allein zwischen 1989 und 1992 rund 45% der Arbeitsplätze im Gebiet der ehemaligen DDR verloren (Grünert/Lutz 1994, S. 4), die Zahl der Erwerbstätigen reduzierte sich etwa im gleichen Zeitraum um ca. 35% (Blaschke u.a. 1992, S. 119). Daß dem Abbau von Arbeitsplätzen nicht ein gleichartiger Anstieg von Arbeitslosen ("weniger drastisch, aber nicht weniger dramatisch", ders., ebd.) gegenübersteht, liegt zum einen an der - wenn auch quantitativ bei weitem nicht ausreichenden - Schaffung neuer Arbeitsplätze, vor allem aber an gewaltigen sozialen und räumlichen Mobilitätsprozessen und der Entlastungswirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Entlastend wirkten somit bis 1994 vor allem:

- Die Inanspruchnahme von Altersübergangsgeld (bis zur Aufhebung dieser Regelung Ende 1992 erhielten insgesamt rund 900.000 Personen Vorruhestands- oder Altersübergangsgeld).
- Der quantitative Rückgang berufstätiger Rentner (ca. 140.000 Personen allein bis 1991).
- Die Rückwanderung von in der ehemaligen DDR beschäftigten Ausländern (ca. 90.000 Personen bis 1991).
- Die massenhafte Abwanderung in den Westen (bis 1994: ca. 800.000 arbeitsfähige Personen).
- Die Zahl der Auspendler (1994 kann von ca. 500.000 Pendlern in den alten Teil der Bundesrepublik ausgegangen werden).
- Die umfassende Verringerung der Frauenerwerbsbeteiligung.
- Die Verkürzung der Arbeits- und Verlängerung der Urlaubszeiten.

Durch all diese Faktoren, so schätzen Dahms/Wahse, wurde der Arbeitsmarkt bis 1993 etwa um 2,9 Mio. erwerbsfähige Personen entlastet. Ohne diese Faktoren wäre die Zahl der Arbeitslosen im Gebiet der neuen Bundesländer etwa dreimal so hoch wie sie heute tatsächlich ist (Dahms/Wahse 1994, S. 30 ff.).

Die Umstrukturierung der ostdeutschen Arbeitsmärkte bewirkt aber nicht nur eine Reduzierung von Erwerbspersonen bzw. einen allgemeinen Anstieg der Arbeitslosenzahlen, sondern auch innerhalb der Erwerbstätigen umfassende Umschichtungen, insgesamt also neben quantitativen auch qualitative Veränderungen der Erwerbstätigenstruktur. Dazu trägt die - erzwungene oder freiwillige - zwischen- und innerbetriebliche Mobilität ebenso bei wie die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, vor allem also die Kurzarbeiterregelung, Arbeitsbeschaffungs- sowie Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, aber auch Beschäftigungs- und Arbeitsförderungsgesellschaften, deren massenhafte Implementation in den ostdeutschen Arbeitsmärkten half, "offene" Arbeitslosigkeit zu verhindern. Allerdings ist die Wirksamkeit dieser Maßnahmen, zumindest in einer längerfristigen Perspektive, oft in Frage gestellt worden, da sie letztlich einen relativ stabilen und dauerhaften "zweiten Arbeitsmarkt" entstehen ließen, dessen Umfang weit über ähnliche Strukturen im Westen hinausgeht, und in vielen Fällen Arbeitslosigkeit im Anschluß an die genannten Maßnahmen nicht verhindern konnten, also für etliche eher den Charakter einer "Schleuse" zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit hatte:

"Die Gefahr der Massenarbeitslosigkeit sollte in solchen und ähnlichen Fällen (Unrentabilität und Schließung der zentralen Betriebs- oder Produktionsteile einer Region, N.K.) durch Maßnahmen wie Frühverrentung, Altersübergangsgeld, Abfindungen, Kurzarbeit, ABM-Maßnahmen bewältigt werden. Kurzarbeit und ABM-Maßnahmen führen aber letztlich immer in die Dauerarbeitslosigkeit bzw. zum Auspendeln oder Wegzug der jüngeren, qualifizierten Arbeitskräfte, weil keine regionalen Arbeitsplatzalternativen vorhanden sind" (Lappe 1992, S. 13).

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (die hier nur ansatzweise vorgestellt und an- diskutiert werden konnten, vgl. dazu etwa Peters (Hrsg.) 1992, Brinkmann/Völkel 1992b) und regionale Wirtschaftsstrukturen bzw. Entwicklungspotentiale bewirken differenzierte und differenzierende Strukturalisierungsprozesse, die letztlich innerhalb politischer und regionaler Rahmenbedingungen zu einer Selektion der Erwerbspersonen führen. Der Selektionsdruck am Arbeitsmarkt wird sich künftig sogar noch verstärken, da einerseits immer noch in bestimmten Berufsgruppen, Wirtschaftszweigen und Regionen mit dem Abbau von Arbeitskräften gerechnet werden muß, andererseits sich etwa der "Effekt der (Ende 1992 für Neufälle aus-

gelaufenen) Altersübergangsgeld-Regelung (...) reduziert (...); viele jüngere, besser qualifizierte und auch mobilere Arbeitnehmer, die vorübergehend im Westen ihre Chance gefunden haben, werden sich auch im Osten um Arbeitsplätze bewerben; Teilnehmer von Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden in Zukunft verstärkt auf den Arbeitsmarkt drängen und mit Arbeitslosen (d.h. in größerem Umfang dann auch Langzeitarbeitslosen) um die zu knappen Arbeitsplätze konkurrieren und dabei häufig die besseren Chancen haben" (Brinkmann/Wiedemann 1994, S. 18). Nach einer, teilweise auch 1994, noch relativ offenen Phase der Arbeitsmarktentwicklung zeigen sich also deutliche Strukturalisierungstendenzen, die im "Umstrukturierungsprozeß neben neuen Aufsteigern ungewollte Absteigergruppen (...) mit unterschiedlichen Zugangs- und Verbleibsrisiken bei der Arbeitslosigkeit und unterschiedlichen Qualifikations- und Statusverlusten" (Blaschke u.a. 1992, S. 128) entstehen lassen. Der "Zusammenbruch der Arbeitsmärkte in den neuen Bundesländern" (Lothar Lappe) ist eine Folge des Zusammenbruchs des gesamten politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR, der nachfolgende Strukturwandel der Arbeitsmärkte Bestandteil einer Systemtransformation, die in den Grundzügen als Anpassung an westdeutsche Strukturen verläuft.

5. Zum Wandel von Arbeitsmarktstrukturen in einer Region: Der Arbeitsamtsbezirk Gotha

5.1 Thesen zur Arbeitsmarktstrukturierung

Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen Prozesse der "Transformation im engeren Sinne", wie sie weiter oben eingeführt wurden. Diese, so wurde unterstellt, entfalten für die betroffenen Individuen ihre hauptsächlichliche Wirkung auf den ostdeutschen Arbeitsmärkte, da über sie und entlang der Sengenbergerschen Arbeitsmarktparameter "Struktur der Arbeitsplätze" und "Struktur der Arbeitskräfte" die Allokation von Arbeitskräften auf Arbeitsplätze erfolgt. Damit verbunden sind die von Karl Ulrich Mayer beschriebenen Prozesse der Zuweisung von Personen in Positionen, der Zuweisung von Ressourcen an Positionen, die Abschaffung bzw. Neubildung von Positionen und dies vor dem Hintergrund einer allgemeinen Veränderung der Allokationsbedingungen. Das Ergebnis der Arbeitsmarkttransformation in Ostdeutschland ist - so wird weiter angenommen - eine Strukturierung der Arbeitsmärkte nach westlichem Vorbild mit den beschriebenen Mechanismen der Segmentierung und deren Folgen: einem segmentierten Arbeitsmarkt. Allerdings enthalten die Differenzierungsprozesse im ostdeutschen Arbeitsmarkt einige Besonderheiten wie sie in Westdeutschland nicht zu beobachten sind (vgl. dazu auch Bernien u.a. 1994, Teil II, S. 180 ff.).

In diesem Abschnitt soll zunächst versucht werden, zu klären, welche Wirkungen oben angesprochene Struktureigenschaften westlicher Arbeitsmarktmodelle in den ostdeutschen Regionen entfalten können und welche Hinweise darauf in den Daten der amtlichen Arbeitsmarktstatistik zu erwarten sind. Zunächst einmal, das sei eingangs dieses Abschnitts noch einmal verdeutlicht, geht es in dieser Arbeit um Vorgänge des "externen Strukturwandels" (Sengenberger), die mit dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial nachgezeichnet und untersucht werden können. Betrachtet man nun die beschriebenen Strukturen und Funktionsweisen von Arbeitsmärkten, dann kann die Struktur der Erwerbstätigen (und deren Entwicklung) Hinweise auf die Struktur der Arbeitsplätze und deren Wandel geben. Die amtliche Statistik weist hierzu die Anteile von Beschäftigten nach Wirtschaftsabteilungen bzw. zusammengefaßt nach Wirtschaftsbereichen aus. Das zweite Strukturparadigma westlicher Arbeitsmärkte, die Struktur der Arbeitskräfte, setzt sich in ihrer Gesamtheit aus der Struktur aller Erwerbspersonen zusammen, die das gesamte Angebot an Arbeitskräften innerhalb einer regionalen Einheit darstellen. Dem Arbeitsmarkt kommt dabei die zentrale Funktion zu, in einem dynamischen Prozeß für die Anpassung beider Strukturen zu sorgen. Allerdings - und das ist die erste, empirisch begründete Annahme oben umrissener Segmentationsansätze - erfolgt kaum jemals eine vollständige Anpassung von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften. Und zwar weder hinsichtlich der quantitativen Komponente (was der "Räumung des Marktes" entspräche) noch der qualitativen Anpassung, daß also jede Arbeitskraft den Arbeitsplatz innehat, der ihren Neigungen und Fähigkeiten entspricht bzw. jeder Arbeitsplatz hinsichtlich seines Anforderungsprofils "optimal" besetzt ist. Die stetige Veränderung der Profile von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften bildet den Kern des "normalen", in der alten Bundesrepublik gewissermaßen verstetigten Strukturwandels, der zu einem Teil auch als externer Strukturwandel sichtbar und über die externen Arbeitsmärkte vermittelt wird. Weiter gibt es eine Vielzahl - dies kann als zweites Paradigma segmentations-theoretischer Ansätze institutioneller Prägung gelten - von politisch-institutionellen Bedingungen, deren relative Zeitstabilität für die Arbeitsmarktakteure den Charakter tatsächlicher Rahmenbedingungen erzeugt (obwohl auch sie natürlich das Ergebnis sozialer Prozesse und somit von den Akteuren durchaus beeinflussbar sind). Und es gibt spezifische Interessenkonstellationen von Betrieben und Arbeitskräftegruppen, von Arbeitgebern, Gewerkschaften und von staatlicher Seite, die strukturierend auf den Prozeß der Strukturanpassung Einfluß nehmen, die agierend und reagierend auf die Entstehung, Stabilisierung und Veränderung spezifischer Formen der Arbeitsmarktstrukturierung hinwirken.

Versucht man nun, diese Ergebnisse mit dem vorhandenen Wissen um die Grundzüge des ostdeutschen Transformationsprozesses zu kombinieren und gleichzeitig auf Ziel und Datenbasis dieser Arbeit zu übertragen, dann ergibt sich als "Basis-

hypothese", daß sich mit der Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft zunächst äußerst rasch die Struktur der Arbeitsplätze gewandelt hat bzw. in der Veränderung begriffen ist. Deren erste und gravierendste Auswirkung ist ein - in quantitativer Hinsicht von ungeahntem Ausmaß - zu konstatierendes "Auseinanderfallen" der Strukturen von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften.¹⁰ Dieses "Auseinanderfallen" zeigt sich zunächst am deutlichsten und für die Betroffenen am problematischsten in den Prozessen massenhafter, oft unfreiwilliger Mobilität, der "Umschichtung" und Freisetzung von Arbeitskräften, in der individuellen Perspektive zu erfassen als Statuswechsel von Erwerbstätigkeit in Arbeitslosigkeit bzw. in Beschäftigung im sogenannten "zweiten Arbeitsmarkt", in der hier möglichen aggregierten Betrachtungsweise als Bestandsveränderung innerhalb der Struktur der Erwerbspersonen.

Angesichts der Ergebnisse westdeutscher Arbeitsmarkt- und Ungleichheitsforschung ist aber auch für die ostdeutschen Arbeitsmärkte nicht nur vom Prozeß des Wandels im Sinne der Entwicklung von einer bestimmten Ausgangs- zu einer bestimmten Zielstruktur (was der Transformationsbegriff, wie er auch in dieser Arbeit verwendet wird, zunächst beinhaltet) auszugehen, sondern ebenso davon, daß auch die Strukturierung strukturiert verläuft. Dies klingt zunächst banaler, als es ist: Denn für die Beurteilung und Bewertung des Transformationsprozesses, insbesondere durch die ostdeutsche Bevölkerung, wird zunehmend weniger die Hoffnung auf zukünftige "blühende Landschaften" eine Rolle spielen als vielmehr der Transformationsprozeß selber, der einen weit realeren (und aktuelleren) Horizont individueller Lebensperspektiven und Gestaltungsmöglichkeiten darstellt. Damit verbunden ist eben auch ein Prozeß der Neuregulierung, Neuorganisation und des Gestaltwandels von Arbeit:

"Arbeit war nicht mehr - wie unter planwirtschaftlichen Bedingungen - ein gesichertes, sondern ein höchst umkämpftes Gut. Dabei waren die Chancen und Risiken von Anfang an sehr unterschiedlich verteilt, und nicht immer, vielleicht nicht einmal überwiegend, waren das Kriterium für die Verteilung subjektive Leistung und Leistungsvermögen, wie es allgemein propagiert worden war. (...) Insofern kam es mit der Einführung der Marktwirtschaft nicht nur zu einer völligen Neubewertung der erworbenen Qualifikationen, erlernten Berufen und vorhandenen Kenntnissen und Erfahrungen. Viel gravierender wurden die damit verbundenen sozialen Differen-

¹⁰ Das trifft natürlich auch auf die qualitative Komponente des Strukturwandels zu, wie das Beispiel der Anforderungsprofile und Personalrekrutierung im Opel-Werk Eisenach zeigt und auch durch Experteninterviews im Rahmen des Forschungsprojekts "Neugründung von Automobilwerken in den neuen Bundesländern: Folgen für Zulieferunternehmen und regionales Umfeld - Das Beispiel Thüringen" bestätigt wurde. Allerdings ist diese Komponente des Strukturwandels nicht Thema dieser Erörterung und auch mit Daten der amtlichen Statistik kaum erfassbar.

zierungs- und Segmentationsprozesse von einer Bevölkerung empfangen, die auf soziale und materielle Gleichheit ausgerichtet war" Bernien u.a., Teil II, S. 10 f.)

Der strukturelle Wandel der ostdeutschen Wirtschaft vom Plan zum Markt wurde zunächst durch einen massiven Beschäftigungsabbau begleitet, somit verläuft die hauptsächliche Segmentationslinie zwischen den "Inhabern" von regulären Arbeitsplätzen und den Erwerbslosen bzw. Personen, die eine Beschäftigung im sogenannten "zweiten Arbeitsmarkt" gefunden haben oder als Kurzarbeiter oder Umschüler mehr oder weniger nicht an regulären Beschäftigungen teilnehmen: Wenn im Juli 1991 im gesamten Gebiet der neuen Bundesländer "sich insgesamt nahezu die Hälfte der Erwerbspersonen (...) nicht in einem regulären Beschäftigungsverhältnis befanden" (Kreckel 1992, S. 296), dann sind diese Personen weitgehend auf Transferleistungen oder andere, etwa private Unterstützungsleistungen angewiesen, zumindest vorerst von der Angleichung von Tarifeinkommen, betrieblichen Aufstiegs- und Qualifizierungsmöglichkeiten u.ä. ausgeschlossen, der generellen Abhängigkeit wohlfahrtsstaatlicher Transferleistungen (zu denen in einem weit gefaßten Sinne die politischen Maßnahmen im Arbeitsmarkt zweifellos zählen) von der aktuellen Haushalts- bzw. politischen Interessenlagen unterworfen, insgesamt zweifelhaften Lebensperspektiven ausgesetzt.

Betrachtet man sich die Beschäftigtenstrukturen der alten Bundesländer, ist überdies zu erwarten, daß große Teile dieser Personen (vor allem Frauen und Ältere) dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausscheiden werden. Das bedeutet auch, daß eine große Anzahl von Personen relativ plötzlich den positionalen Wechsel von internen zu - für sie ungewohnten - externen Arbeitsmärkten vollziehen muß und Stammebelegschaften über die Ausgliederung von unrentablen Betriebsteilen letztlich zu Randbelegschaften "degradiert" werden (vgl. dazu Grünert/Lutz 1994, S. 14 ff.).

Wie oben bereits angedeutet, sind die in der DDR erworbene Qualifikationen als Schließungsmerkmal von umfassenden Prozessen der Entwertung betroffen: Und dies gilt sowohl für Teile der berufsfachlichen als auch für betriebspezifische Qualifikationen, so daß diese Personen, deren individuelle "Marktmacht" ja auch aus dem Bedarf an ihren Qualifikationen besteht, eine deutlich schlechtere Verhandlungsposition einnehmen müssen: Eine "stabile und einigermaßen attraktive Beschäftigungsperspektive" ist für diejenigen Personen, die im Zuge der Transformation ihren Arbeitsplatz verloren oder diesen im zweiten Arbeitsmarkt haben "... nur dann erreichbar, wenn ihnen der Einstieg in einen berufsfachlichen Arbeitsmarkt gelingt; (...) Wem dieser Einstieg nicht gelungen ist, der dürfte auf längere Zeit wenig andere Perspektiven haben als Dauerarbeitslosigkeit oder ei-

nen mehr oder minder prekären Arbeitsplatz deutlich unterhalb des früheren Qualifikationsniveaus und Berufsstatus" (Grünert 1993, S. 8).

Dies dürfte in höchstem Maße mit askriptiven Merkmalen korrespondieren, die dann auch zur Schließung des "Erwerbstätigen-Segmentes" beitragen und somit als Ungleichheitsdimension wirksam werden, insbesondere mit dem Lebensalter und dem Geschlecht der Erwerbspersonen. Für diese Merkmale kann zum einen die "Alternativrollenhypothese" von Offe/Hinrichs zutreffen: So standen älteren Erwerbstätigen im Vergleich zum Westen relativ weitgehende Vorruhestands- und Altersübergangsregelungen offen, Frauen der Rückzug in die Haushalte bzw. zu Reproduktionsaufgaben. Hier ist allerdings sicherlich zu fragen, ob diesen "Alternativen" angesichts der Grundzüge einer "Arbeitsgesellschaft" DDR mit weitgehender Vollbeschäftigung auch der Frauen und erhöhter Alterserwerbsquote ähnliche kulturelle Legitimationen innewohnen wie im Westen. Überdies resultieren diese institutionalisierten Alternativrollen ja nur zum Teil aus einer freiwilligen Nutzung von Möglichkeiten,¹¹ sondern ebenso aus geschwächten Verhandlungspositionen, da "es sich in beiden Fällen um askriptive Gruppen handelt, denen die Fähigkeit zu Organisation und Durchsetzung ihrer Interessen im Rahmen des ungleichheitsbegründenden Kräftefeldes weitgehend abgeht. Das heißt, soziale Schließungsmechanismen, die wir auch im Ungleichheitssystem der alten BRD schon angetroffen haben, wirken sich unter den erschwerten Bedingungen der Umstrukturierung der ehemaligen DDR stärker aus" (Kreckel 1992, S. 302).

Wirtschaftsstruktur, geographische Lage, aber ebenso die jeweilige Ausgestaltung regionaler Wirtschafts- und Strukturpolitik beeinflussen als Parameter regional unterschiedlicher Transformationsverläufe und -perspektiven die Erhaltung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese Parameter sind zugleich Ausgangs- und Rahmenbedingung der Strukturentwicklung des Arbeitsplatzangebots. Bislang noch kaum erwähnt wurden allerdings die Interdependenzen zwischen o.e. Parametern regionaler Arbeitsmarktentwicklung und der demographischen Struktur einer Region. Die Bevölkerung, die ja sozusagen den "Kern" des erwähnten "sozial-räumlichen" Kontextes darstellt, ist dabei einerseits die Basisvariable der Arbeitsmarktstrukturierung, insbesondere hinsichtlich der qualitativen und quantitativen Struktur des Erwerbspersonenpotentials, andererseits ist deren Entwicklung nicht zuletzt auch Folge und Ausdruck des jeweiligen Transformationsverlaufs: Zu beobachten ist eine offensichtlich tiefgreifende Veränderung demographischer Verhaltensweisen, die sich etwa am massiven Rückgang der Geburten ablesen läßt und eine Zunahme räumlicher Mobilität, insbesondere

¹¹ Zu einem Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit trägt sicherlich auch die Reduzierung sozialer Rahmenbedingungen bei, die in der ehemaligen DDR eine relativ hohe Erwerbsquote erst ermöglichten: So verschwanden mit den Betrieben bzw. mit der Entflechtung der Kombinate auch die in die Betriebe integrierten Sozialleistungen.

von Umzügen (Wanderungen) von Ost- nach Westdeutschland und von Formen berufsbedingter Mobilität (Pendler) überwiegend ebenfalls in Richtung Westdeutschland.¹² Daher soll die Entwicklung der regionalen Wohnbevölkerung und - für die Arbeitsmarktentlastung noch wichtiger - Abwanderungen und Pendelbewegungen wenigstens ansatzweise in die Strukturanalyse mitaufgenommen werden.

Zusammenfassung

Grundlage für den Strukturwandel des Angebots an Arbeitskräften ist ein wirtschaftsstruktureller Wandel, der als Prozeß einer "strukturellen Angleichung" "zwischen West und Ost" begriffen werden kann, unter anderem eben auch als "sektorale Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur in den einzelnen Regionen" (Kronauer/Vogel 1994, S. 77) mit der Ausrichtung einer "sektoralen Restrukturierung" (dies., S. 86). Das heißt: Abbau bzw. Schrumpfung im primären und sekundären Sektor und Zunahme des tertiären Sektors hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten.

Sowohl in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht stimmen Angebot und Nachfrage nach Arbeitsplätzen bzw. Arbeitskräften also nicht überein. Folge ist zunächst ein rasches "Auseinanderfallen" der Struktur der Arbeitsplätze und der Arbeitskräfte. Zu erwarten ist, daß sich die Struktur der Arbeitsplätze schneller wandelt und somit sowohl den hauptsächlichlichen Anpassungsparameter der Arbeitskräftestruktur als auch den "Rahmen für das potentielle Ausmaß der Gleichheit und Ungleichheit von Arbeitsmarktchancen" (Sengenberger 1987, S. 45) darstellt.

Wer seinen Arbeitsplatz verliert bzw. welche Chancen erwerbsfähige und -bereite Männer und Frauen haben, ihren Arbeitsplatz zu behalten oder nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit (Arbeitslosigkeit, Teilnahme an einer Maßnahme u.ä.) wiederbeschäftigt zu werden, wird dabei innerhalb einer Region durch die Zugehörigkeit zu bestimmten Wirtschaftsbereichen und durch persönliche Merkmale der Betroffenen strukturiert: Zu diesen zählen insbesondere die erworbenen Qualifikationen, das Alter und Geschlecht der Arbeitnehmer und -nehmerinnen.¹³

¹² Während der Zusammenhang von Arbeitsmarktentwicklung und räumlicher Mobilität (besonders bei Pendlern) offenkundig ist, fällt eine Beurteilung des Geburtenrückgangs schon schwerer: Diese Entwicklung kann etwa als kulturelle Anpassung an die weit niedrigeren Geburtenraten in Westdeutschland oder auch als unbewußte "Schockreaktion" auf den schnellen Beitritt interpretiert werden; oder auch als (mehr oder weniger rationale) Reaktion auf steigende Preise und Mieten oder fehlende Kinderbetreuungsstätten.

¹³ Zur Untersuchung der jeweils dominierenden Faktoren oder Faktorenbündel wäre idealerweise eine multivariate Untersuchung notwendig, die aber mit den hier vorliegenden Daten nicht möglich ist. Es spricht aber vieles dafür, daß etwa das Merkmal "Geschlecht" andere Faktoren wie Alter und Quali-

5.2 Vorgehensweise

In dieser Arbeit werden die von der amtlichen Arbeitsmarktstatistik aggregierten Gruppen am Arbeitsmarkt wie Segmente eines "statistischen Teilarbeitsmarkt-konzeptes" behandelt (vgl. dazu Abschnitt 3.2.2), da davon ausgegangen werden kann, daß über diese Segmente unterschiedliche Arbeitsmarktchancen vermittelt werden. Mit den vorhandenen bzw. in dieser Arbeit verwendeten Strukturdaten, die laufenden Veröffentlichungen der Arbeitsämter entstammen, lassen sich naturgemäß nur Vorgänge des externen Arbeitsmarktes untersuchen. Das heißt auch, daß qualitative Umschichtungen innerhalb betrieblicher Segmente mit diesen Daten nicht dargestellt und analysiert werden können. Ebenso wenig lassen sich Aussagen über individuelle Erwerbsbiographien im Transformationsprozeß treffen, da die Daten nur in aggregierten Zustand zur Verfügung gestellt werden und Bestandsveränderungen auch nur im Aggregat darstellen.

Grundsätzlich können aber hinsichtlich der Bestände in einzelnen Aggregaten zu verschiedenen Zeitpunkten Aussagen über die quantitative Entwicklung des Arbeitsmarktes getroffen werden. Die hier angesprochenen Aggregate, die in ihrer Gesamtheit die Struktur des Arbeitsmarktes abbilden, beinhalten über ihre bloß sozialstatistische Bedeutung hinaus qualitative Aussagen über die Erwerbsschancen und -risiken der Betroffenen. Die Zugehörigkeit zu den Segmenten "Erwerbstätige" und "Nicht-Erwerbstätige" mit den Aggregaten Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungs- und Fortbildungs- bzw. Umschulungsmaßnahmen sind in der "ex-post"-Betrachtung eine Abbildung eingetretener Risiken oder günstigerer Chancenprofile: Während für die Erwerbstätigen die Sicherheit des Arbeitsplatzes als entscheidender Indikator angenommen wird, stehen bei den Teilnehmern an AFG-gestützten Maßnahmen und Arbeitslosen die Wiederbeschäftigungschancen im Vordergrund.

Die Zahl und Verteilung der regulär Beschäftigten (und der offenen Stellen) bildet dabei die Struktur der Arbeitsplätze ab (vgl. auch Abschnitt 3.2.1), die Zahl und Verteilung der Maßnahmeteilnehmer die Struktur des "zweiten Arbeitsmarktes", diese zusammen mit den Arbeitslosen und Erwerbstätigen die Gesamtstruktur der Arbeitskräfte. Die Struktur der Erwerbstätigen in der Untersuchungsregion zum Zeitpunkt der Wende ist als Ausgangspunkt der empirischen Darstellung angesichts weitgehender Vollbeschäftigung somit eine Abbildung der Struktur der Arbeitsplätze und der Struktur der Arbeitskräfte. Der nachfolgende Wandel der Arbeitsplatzstrukturen bzw. der allgemeine Abbau von Arbeitsplätzen läßt

kation überlagert bzw. in ihrer diskriminierenden Wirkung verstärkt (vgl. dazu auch etwa Kronauer/Vogel 1994, S. 85). Eine Annäherung an diese Fragestellung kann aber auch mit dem vorhandenen Datenmaterial über einen Vergleich der Anteile von Männern und Frauen bei Arbeitslosen hinsichtlich bestimmter Alters- oder etwa Berufsgruppen versucht werden.

sich somit als "Auseinanderfallen" beider Strukturen verstehen, wobei als Rahmenbedingung für "das potentielle Ausmaß der Gleichheit und Ungleichheit von Arbeitsmarktchancen" (Sengenberger 1987, S. 45) einerseits weiterhin die Struktur der regulären Arbeitsplätze gelten kann, darüberhinaus aber auch innerhalb des zweiten Arbeitsmarktes die Struktur der Teilnehmer an AFG-gestützten Maßnahmen.

Die Untersuchung eines regionalen Arbeitsmarktes anhand der Daten der amtlichen Arbeitsmarktstatistik enthält das methodische Problem, daß oftmals gerade diejenigen Gruppen aus dem Blickfeld geraten, die eigentlich ebenso von Strukturierungsprozessen betroffen sind: Nämlich diejenigen, die zwar erwerbsfähig sind (und sich möglicherweise auch eine Erwerbstätigkeit wünschen), aber nicht von der Arbeitsmarktstatistik erfasst werden und deren "Nicht-Erfassung" sehr wohl Ausdruck einer Anpassungsreaktion sein kann: Das gilt insbesondere für alle, die Alternativoptionen außerhalb des Arbeitsmarktes wahrnehmen (z.B. Studium, Hausfrau/-mann u.ä.), aber auch für jene, die trotz fehlender Alternativen - aus welchen Gründen auch immer - den Gang zum Arbeitsamt scheuen. Daher sollen in einem ersten Schritt als grobe Annäherung an diesen Personenkreis und vor dem Hintergrund der angedeuteten Zusammenhänge von Bevölkerungsentwicklung und regionaler Arbeitsmarktstrukturierung zunächst die Entwicklung der Bevölkerung der räumlichen Mobilitätsformen und des Erwerbspersonenpotentials dargestellt werden.

Der beobachtete Zeitraum erstreckt sich insgesamt von September 1990 bis September 1994. Laut Bundesanstalt für Arbeit liegen seit September 1990 aus den Arbeitsämtern der neuen Bundesländer fortlaufende Bestandszahlen für Arbeitslosigkeit und AFG-gestützte Maßnahmen vor, für die Nebenstellen seit Januar 1991. Der Zeitpunkt September 1994 wurde gewählt, um noch den Endmonat des dritten Quartals 1994 miteinbeziehen zu können. Abschließende Daten für Dezember 1994 konnten erst für die Monatsmitte Januar 1995 erwartet und somit nicht mehr in die Untersuchung miteinbezogen werden. Daten in den hier erforderlichen Differenzierungen sind insbesondere in den Jahresberichten und Presseinformationen (diese enthalten auch monatliche Arbeitsmarktberichte) des Arbeitsamtes Gotha enthalten, die seit 1991 vorliegen.

Die Strukturanalyse orientiert sich an oben erwähnten Arbeitsmarkttaggregaten und soll, soweit die vorliegenden Daten dies zulassen, vor allem hinsichtlich der Merkmale bzw. Merkmalskombinationen Alter, Geschlecht und Qualifikation erfolgen.¹⁴ Von den drei Merkmalen erscheint angesichts der Datenlage eine Struk-

¹⁴ Soweit möglich und vorhanden, wurde versucht, jeweils die monatlichen Bestände oder Bestandsveränderungen miteinzubeziehen, da hiervon größtmögliche Auskünfte über die Dynamik des Strukturwandels erhofft werden kann. Allerdings liegen die Daten nicht immer in einer monatlichen Differenzier-

turdifferenzierung entlang des Geschlechts der Erwerbspersonen die methodisch vergleichsweise einfachste Kategorie zu sein, da diese auch für die Arbeitsmarktstatistik ein beinahe durchgängiges Merkmal darstellt. Das Lebensalter der Betroffenen wird zumeist nur für "Extrem"- oder auch Problemgruppen (die "jüngsten", d.h. unter 20-jährigen bzw. Personen, die das Rentenanspruchsalter erreicht haben) in die Strukturdarstellung der Arbeitsämter einbezogen, während die Qualifikation als persönliches Merkmal überwiegend in einer Differenzierung nach Berufsgruppen erfolgt. Überdies soll die Verteilung der Erwerbstätigen, aber auch der Arbeitslosen nach Wirtschaftsbereichen miteinbezogen werden, da der strukturelle Wandel im Transformationsprozeß mit einer grundlegenden Umstrukturierung der Wirtschaft verbunden ist und sich die Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen teilweise hochgradig unterschiedlich darstellt. Das bedeutet auch, daß mit der Beschäftigung in bestimmten Wirtschaftsbereichen oder Branchen, wie zu zeigen sein wird, spezifische Risiken insbesondere der Arbeitslosigkeit verbunden sind (aber auch Chancen hinsichtlich der Wiederbeschäftigung bzw. der Arbeitsplatzsicherheit).

Die Wohnbevölkerung und deren Bestandsveränderung durch demographische Verhaltensweisen und räumliche Mobilität bilden die Basisvariable des regionalen Erwerbspersonenpotentials, ergänzt durch den Saldo der Ein- bzw. Auspendler.¹⁵ "Nicht-Erwerbspersonen" sind im Sinne dieser Arbeit alle Personen im arbeitsfähigen Alter, die nicht erwerbstätig sind, sich nicht arbeitslos gemeldet haben und an keiner der AFG-geförderten Maßnahmen wie ABM, Kurzarbeit und FuU teilnehmen. In der Systematik des IAB (vgl. dazu etwa IABwerkstattbericht - Aktuelle Daten, Dezember 1994, S. 1-5) wird diese Gruppe¹⁶ als Differenz zwischen allen Personen im arbeitsfähigen Alter und der Summe aus "Erwerbspersonen" und "nicht-erwerbstätigen Maßnahmeteilnehmern" erfaßt.

rung vor, überdies sprengt eine solches Vorgehen teilweise den Rahmen des technisch machbaren und läßt manche Darstellungen so unübersichtlich werden, daß darauf verzichtet wurde.

- ¹⁵ In aller Regel wird das Erwerbspersonenpotential als "Personen im arbeitsfähigen Alter" definiert, besteht also je nach Abgrenzung und aktueller Rechtslage aus dem Anteil der 15- oder 18- bis 60- oder unter 65-jährigen einer regionalen Population. Werden die Pendlersalden außer acht gelassen, gilt zur Erfassung des Erwerbspersonenpotentials das sogenannte "Wohnortprinzip", bei Hinzuziehung der Salden gilt das "Arbeitsortprinzip". Ein Vergleich beider Bestandszahlen gibt also Aufschluß über die Ein- und Auspendler der jeweiligen regionalen Einheit.
- ¹⁶ Hier ist auch die - oft zitierte - sogenannte "stille Reserve" zu finden: Personen im arbeitsfähigen Alter, die nicht erwerbstätig sind, sich aber auch nicht (oder nicht mehr) beim Arbeitsamt melden. Allerdings ist die sogenannte "stille Reserve" ein verschieden definierter Begriff, der letztlich großen Interpretationsspielraum läßt. Michael Stobernack schlägt in Hinblick auf die Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (West) als Abgrenzung vor: Zur "stillen Reserve" werden Personen gezählt, die erwerbsbereit sind (d.h. nicht erwerbstätig, nicht arbeitslos gemeldet, nicht in Ausbildung, aber erwerbsbereit) und eine Erwerbsaufnahme binnen Jahresfrist wünschen (hier zählt sowohl der Wunsch nach Teilzeit- als auch nach Vollzeitarbeit) (vgl. Stobernack 1991, S. 149 ff.).

"Erwerbspersonen" sind nach der Systematik des IAB Erwerbstätige und Arbeitslose, "wobei zu den Erwerbstätigen neben den Personen in 'normaler' (nicht AFG-gestützter) Beschäftigung in der Region auch ABM-Kräfte, Kurzarbeiter und Teilnehmer an Teilzeit-FuU-Maßnahmen (die ja in der Regel gleichzeitig auch erwerbstätig sind) gezählt werden. Ebenfalls zu den Erwerbstätigen wird der "Pendlersaldo" gerechnet, (...) (Auspendler aus der jeweiligen Untersuchungsregion minus Einpendler aus anderen Regionen, N.K.). Zweitens enthalten die Werte (...) als "nichterwerbstätige Maßnahmeteilnehmer" die Empfänger von Altersübergangsgeld (Alueg) oder Vorruhestandsgeld (Vog) und die Teilnehmer an Vollzeit-FuU-Maßnahmen" (IABwerkstattbericht - Aktuelle Daten für die neuen Bundesländer, Dezember 1994, S. 2).

Im Mittelpunkt der empirischen Darstellung des Strukturwandels im Arbeitsamtsbezirk Gotha steht demnach die Entwicklung folgender Aggregate entlang o.e. Merkmale:

1. Die Entwicklung der Wohnbevölkerung und des Erwerbspersonenpotentials.
2. Die Entwicklung der Erwerbstätigenstruktur
 - nach Wirtschaftsbereichen
 - nach Geschlecht
 - nach beruflicher Stellung,
 - ausgewählten Altersgruppen.
3. Die Entwicklung der Arbeitslosenstruktur:
 - Wie verändert sich die Struktur der Arbeitslosen im Zeitverlauf?
 - nach Geschlecht
 - nach der Dauer der Arbeitslosigkeit
 - nach ausgewählten Altersgruppen
 - nach Berufsgruppen
4. Die Entwicklung der Zugänge in Arbeitslosigkeit?
 - nach vorherigem Status,
 - nach Geschlecht,
 - nach Berufsgruppen.
5. Die Entwicklung der Abgänge aus Arbeitslosigkeit:
 - Struktur der Abgänge aus Arbeitslosigkeit,
 - Struktur der Vermittlungen:
6. Die Entwicklung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen:
 - Struktur der Maßnahmen insgesamt ("kumulierte Entlastung"),
 - Anteile und Entwicklung der einzelnen Maßnahmen:
 - Kurzarbeit (Personen und Vollzeitäquivalente),
 - Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (inklusive Maßnahmen nach 249 h AFG),
 - Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen (Personen und Vollzeit-FuU),
 - Vorruhestands- und Altersübergangsgeld.

5.3 Strukturwandel eines regionalen Arbeitsmarktes

5.3.1 Wohnbevölkerung, Erwerbspersonenpotential und räumliche Mobilität in der Untersuchungsregion

Tabelle 1:

Wohnbevölkerung und Wanderungen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1989 bis 1993

Entwicklung der Wohnbevölkerung in den Kreisen des Arbeitsamtsbezirks Gotha 1989 bis 1993

	Kreis Eisenach	Kreis Gotha	Kreis Bad Langensalza	Kreis Mühlhausen	Bezirk Gotha
1989	113832	142325	45962	90497	392616
1990	110135	137295	44843	88062	380335
1991	108675	135380	44217	87509	375781
1992	108170	133782	43560	85753	371265
1993	107275	132924	43649	86407	370255
1989 - 1993 in %:	-5,76%	-6,61%	-5,03%	-4,52%	-5,70%

Veränderung der Wohnbevölkerung in absoluten Zahlen

	Kreis Eisenach	Kreis Gotha	Kreis Bad Langensalza	Kreis Mühlhausen	Bezirk Gotha
1990	-3697	-5030	-1119	-2435	-12281
1991	-1460	-1915	-626	-553	-4554
1992	-505	-1598	-657	-1756	-4516
1993	-895	-858	89	654	-1010
1989 bis 1993	-6557	-9401	-2313	-4090	-22361

Wanderungssalden in den Kreisen des Arbeitsamtsbezirks Gotha 1989 bis 1993

	Kreis Eisenach	Kreis Gotha	Kreis Bad Langensalza	Kreis Mühlhausen	Bezirk Gotha
1989	-2079	-1687	-640	-1089	-5495
1990	-2811	-4361	-1217	-2446	-10835
1991	-1062	-1592	-526	-1539	-4719
1992	158	-102	-242	172	-14
1993	117	157	336	1112	1722
1989 bis 1993	-5677	-7585	-2289	-3790	-19341

Quellen: Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Thüringen, Ausgabe 1994; Statistische Materialien; Rudolph 1992; Heunemann (Hrsg.) 1992, eigene Berechnungen. Alle Angaben beziehen sich auf das jeweilige Jahresende.

Die Wohnbevölkerung in den Kreisen des Arbeitsamtsbezirks Gotha ist von 1989 bis 1993 insgesamt rückläufig: In diesem Zeitraum nahm die Bevölkerung im Bezirk Gotha um 5,7% ab, im Kreis Eisenach um 5,8%. Deutlich über bzw. unter dem Wert des Gesamtbezirks liegen die Kreise Gotha mit 6,6% und Mühlhausen mit 4,5%. 1993 schwächt sich der Bevölkerungsverlust im Gesamtbezirk deutlich ab oder wird sogar zur Bevölkerungszunahme (in den Kreisen Bad Langensalza und Mühlhausen). Diese Bevölkerungsverluste resultieren aus dem allgemeinen Geburtenrückgang in den neuen Bundesländern (vgl. dazu auch Mitteldeutsche Allgemeine, 26.11.1993) und aus negativen Wanderungssalden: Wie insgesamt in Ostdeutschland erreicht die Ost-West-Wanderung auch im Bezirk Gotha 1990 ihren Höhepunkt und geht danach stark zurück (vgl. dazu auch Büchel/Schwarze 1994; Münz/Ulrich 1993). Die Jahre 1989 bis 1991 sind in allen Kreisen die Jahre mit den größten Wanderungsverlusten, spätestens ab 1993 überwiegen dagegen die Zuwanderungen: Die Wanderungssalden der Kreise werden positiv. Für die Jahre 1991 und 1992 liegen differenzierte Daten über die Struktur der Wanderungen auf Kreisebene vor (vgl. Tabelle 1 im Anhang: *Struktur der Wanderungen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 bis 1993*): Der gesamte Wanderungs"umsatz" (Summe aller räumlichen Bewegungen einer Region) läßt sich dabei in Wanderungsbewegungen innerhalb der Kreise und Zu- bzw. Fortzüge über die Kreisgrenzen aufteilen.¹⁷ Dabei machen die Fortzüge nach Westdeutschland 1991 zwischen 58% im Kreis Gotha und 70% im Kreis Mühlhausen aus, 1992 gehen diese Zahlen in allen Kreisen zurück, am stärksten in Bad Langensalza (auf 43%). Das Verhältnis aller Fortzüge zu den Zuzügen verändert sich ebenfalls in allen Kreisen: Während beispielsweise im Kreis Mühlhausen 1991 über 3,5 mal so viele Personen ab- wie zuwanderten, überwiegen 1992 bereits die Zuwanderungen (Verhältnis Zu- zu Abwanderungen: 0,91). Auch im Kreis Eisenach überwiegen 1992 die Zuwanderungen. Dabei bleibt in allen Kreisen das Verhältnis der Ost-West-Wanderungen negativ, d.h. die Fortzüge nach Westdeutschland überwiegen nach wie vor die Zuzüge. Für den Trend zu einem allmählichen Ausgleich der Wanderungsbilanzen ist neben dem Rückgang der Ost-West-Wanderungen offensichtlich der Anstieg der West-Ost-Wanderungen (die zu einem nicht unerheblichen Teil aus Rückwanderungen bestehen dürften, vgl. dazu Münz/Ulrich 1993, S. 298) und die Zunahme der Wanderungen über Kreisgrenzen innerhalb der neuen Bundesländer verantwortlich. Zweiteres wäre ein Indiz für sich im Transformationsprozeß vertiefende regionale Ungleichheiten bzw. ungleiche Entwicklungsdynamiken und wahrgenommene Entwicklungsperspektiven.

¹⁷ Arbeitsamtsbezirke werden vom Thüringer Landesamt für Statistik nicht gesondert ausgewiesen, so daß eine Hochrechnung der Wanderungen nur für die Fort- bzw. Zuzüge nach bzw. aus Westdeutschland ein sinnvolles Ergebnis enthält, da bei den anderen hier aufgeführten Kategorien auch Wanderungen über die Kreisgrenzen innerhalb des Arbeitsamtsbezirkes enthalten sein dürften.

Im Vergleich dazu verringert sich das Erwerbspersonenpotential im Gesamtbezirk und im Zeitraum von 1989 bis 1992 nur um 2,6 %, die Wohnbevölkerung dagegen um 5,4%. Die Differenz dürfte sich bei gleichzeitig negativen Wanderungssalden vor allem durch den bereits erwähnten Geburtenrückgang, andererseits aber auch durch die Struktur der "Wanderer" erklären lassen. Aus den Angaben des Arbeitsmarkt-Monitors für die neuen Bundesländer lassen sich für Pendler bzw. Abgewanderte unter anderem folgende Strukturmerkmale hervorheben: 73% bis 76% der Pendler sind Männer, bei den Abwanderern stellen Männer 55% und Frauen dementsprechend 45% aller Fortzügler. 62% der Abgewanderten sind unter 30 Jahren, bei den Pendlern sind dies nur 47 bis 48% (vgl. dazu Dietz/Gommlich/Karr 1992, S. 502).

Tabelle 2:

Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1989 bis 1992

	Arbeitsamtsbezirk Gotha	Anteil an Wohnbevölkerung
1989	256459	65,32%
1990	254455	66,90%
1991	251572	66,95%
1992	249682	67,25%
1992 - 1989	-6777	
Veränderung in %	-2,64%	
Zum Vergleich: Veränderung der Wohnbevölkerung bis 1992		
1992 - 1989	-21345	
in %	-5,44%	

Quellen: IABWerkstattberichte - Aktuelle Daten; Rudolph 1992; Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Thüringen, Ausgabe 1994, Statistische Materialien, eigene Berechnungen. Alle Angaben beziehen sich auf das jeweilige Jahresende.

Über die Zahl der Pendler nach Westdeutschland liegen kaum gesicherte Daten auf Kreis- bzw. Arbeitsamtsbezirksebene vor: Das Arbeitsamt Gotha spricht aber sowohl für 1992 als auch für 1993 von "mehr als" (1992) bzw. "rund 10.000" Personen (1993), die im Arbeitsamtsbezirk wohnen und im Westen arbeiten, somit rund ein Drittel der in den gleichen Jahren durchschnittlich registrierten Arbeitslosen ausmachen (bezieht man diese Zahlen auf die Gesamtzahl der im Bezirk abhängig Beschäftigten im Dezember 1992 und Dezember 1993, sind es ca. 8 bis 9%), so daß diese nicht unerheblich zur Entlastung des regionalen Arbeitsmarktes beitragen. Hierbei wirkt sich auch die räumliche Nähe des Arbeitsamtsbezirkes zu

Hessen für die betroffenen Arbeitskräfte vorteilhaft aus (und verringert vermutlich die Zahl der Abwanderungen).¹⁸

5.3.2 Erwerbstätigkeit

Vorbemerkung: Zur Datenbasis

Datenbasis sind hierbei die Berufstätigenerhebung (BTE) vom September 1989, vom November 1990 und die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Ein Vergleich dieser Daten mit den Daten der BTE's ist annähernd nur für die beiden Statusgruppen Arbeiter und Angestellte möglich, da in der BTE nach beruflicher Stellung differenziert wurde, bzw. diese in der Beschäftigtenstatistik ausgewiesen werden. Darüber hinaus ist ein Vergleich bzw. eine Fortschreibung der Daten nur mit erheblichen Einschränkungen möglich:

- Die BTE '89 gliedert sich nach einer anderen Wirtschaftszweigsystematik, die dem bundesdeutschen Standard nicht entspricht, und enthält "weder Beschäftigte des sogenannten "X-Bereich" (Armee und Grenztruppen einschließlich Armeebetriebe und Zivilbeschäftigte, Organe des Ministeriums des Innern, Staatssicherheit, Parteien, Gewerkschaft und andere gesellschaftliche Organisationen und ihre nachgeordneten Einrichtungen) noch Auszubildende" (DIW-Gutachten 1994, S. 93, vgl. auch Rudolph 1990).
- Die BTE '90 schließt dagegen Auszubildende mit ein und gliedert sich nach derselben Systematik der Wirtschaftsbereiche wie die Beschäftigtenstatistik. Die BTE wurde auf der Basis der Betriebe erfaßt und regional bereinigt, so daß hier Daten bis auf Kreisebene vorliegen.
- Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten enthält im Gegensatz zu den BTE's keine Angaben über Selbständige und mithelfende Familienangehörige, was insofern problematisch ist, da diese beiden Gruppen in der BTE 1990 zwar zusammen nur einen Anteil von ca. 4,5% an allen Erwerbstätigen haben, zumindest in der Kategorie der Selbständigen aber eine deutliche

¹⁸ Für den Zusammenhang zwischen einem Wohnort in der Nähe der ehemaligen Grenze bzw. dem Pendlerstatus und einer möglichen Abwanderungsentscheidung lassen sich allerdings kontroverse Modelle vorstellen (und auch belegen): Einerseits erhöht die räumliche Nähe zu den alten Bundesländern in vielen Fällen die Pendelhäufigkeit beträchtlich und sorgt somit sicherlich für eine verringerte Abwanderungsquote, andererseits kann das Auspendeln nach Westdeutschland im Sinne eines sequentiellen Modells zur Erklärung und Prognose der Wanderungsbereitschaft als "Vorstufe" zu einer späteren Wanderung gewertet werden (vgl. dazu auch Büchel/Schwarze 1994, S. 46).

Tendenz der Anteilssteigerung zu erwarten ist, die mit diesen Daten also nicht nachgezeichnet werden kann.¹⁹

Ausgangssituation: Erwerbstätige 1989

Die Struktur der Erwerbstätigen 1989 im Gebiet des heutigen Arbeitsamtsbezirks Gotha und den Nebenstellen bzw. Landkreisen (in den Grenzen bis zur Gebietsreform im Juli 1994) kann bei Vollbeschäftigung im September 1989 als Ausgangsbasis verstanden werden, in der die Struktur der Erwerbstätigen hinsichtlich ihrer Verteilung auf Wirtschaftsbereiche, beruflicher Stellung und Geschlecht beschrieben wird. Gleichzeitig bildet die Berufstätigenerhebung vom September 1989 dabei die Struktur der Arbeitsplätze ab. Damit wird eine "Bestandsaufnahme des Status quo ante" erreicht, die "eine Art Eröffnungsbilanz der regionalen und sektoralen Beschäftigung für den sich abzeichnenden Strukturwandel in den neuen Bundesländern (darstellt)" (Rudolph 1990, S. 474): Nach der von Helmut Rudolph anhand der Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende vorgenommenen "Typisierung von Kreisen und Arbeitsamtsbezirken" (Rudolph 1990) werden die Kreise Eisenach und Gotha dabei dem "Typ 8: Umlandregion mit diversifizierter Industriestruktur" zugeordnet: "Die Anteile der Industriebeschäftigung reichen bei diesen Kreisen von 46% bis 69,1%, die des Dienstleistungssektors von 23,9% bis 44,9%, während der Landwirtschaftsanteil in der Abgrenzung auf 10% beschränkt ist" (ders., S. 484). Der Kreis Mühlhausen zählt ebenso wie der gesamte Arbeitsamtsbezirk Gotha zum "Typ 6: Umlandregion mit Landwirtschaft und diversifizierter Industriestruktur": Zu diesem Typ zählen 29 Landkreise, die überwiegend in Thüringen und Sachsen liegen: "Die Industrieanteile liegen zwischen 37,8% und 60,1%. Dienstleistungen stellen 26,4% bis 40,3% der Arbeitsplätze. Die Landwirtschaft beschäftigt 10% bis 35,9% der Berufstätigen (...). Die Kreise dieses Typs sind Standorte für Maschinen- und Fahrzeugbau, Bau- sowie Textilindustrie" (ders., ebd.). Der Kreis Bad Langensalza dagegen gehört zum "Typ 9: Dienstleistungsorientierte Landregion": "In all diesen Kreisen bildet die Landwirtschaft den größten einzelnen Wirtschaftszweig mit bis zu 39% Beschäftigungsanteil. Die Dienstleistungen erreichen zwischen 34,7% und 54,2%. Der Anteil der Industriebeschäftigten liegt im Mittel bei 30% (zwischen 21,5% und 40%)" (ders., ebd.).

¹⁹ Für Ende Januar/Anfang Februar 1995 wird die Veröffentlichung einer korrigierten Fassung der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erwartet. Die Gesamtzahl der Beschäftigten wird dabei für das gesamte Beitragsgebiet um rund 120.000 Personennach unten korrigiert, in Thüringen um rund 17.000 Personen. Derzeit sind allerdings noch keine Angaben für die Kreise bzw. Arbeitsamtsbezirke erhältlich.

Tabelle 3:

Sektorale Verteilung der Erwerbstätigen im Arbeitsamtsbezirk Gotha im September 1989

Sektorenanteil in Prozent der ständig Berufstätigen

	Kreis Eisenach	Kreis Gotha	Kreis Bad Langensalza	Kreis Mühlhausen	Bezirk Gotha
Landwirtschaft	8,5	8,2	27,2	12,4	11,3
Dienstleistungen	31,6	36,3	36,8	31,3	33,7
Industrie	60,1	55,5	35,9	56,4	55,0

Quelle: Rudolph 1990.

Innerhalb des primären Sektors nehmen 1989 die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft im Kreis Bad Langensalza mit einem Anteil von 27,2% (vgl. Tabelle 2 im Anhang: *Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und beruflicher Stellung im September 1989*) an allen Erwerbstätigen sowohl innerhalb der Beschäftigten dieses Landkreises als auch gemessen an den Anteilen der anderen Landkreise eine exponierte Stellung ein. Im Kreis Eisenach arbeiteten rund 46% aller Beschäftigten in den industriellen Bereichen Maschinen-/Fahrzeugbau und Elektrogerätebau. Im Kreis Gotha stellen die Beschäftigten im Maschinen-/Fahrzeugbau den höchsten Anteil eines einzelnen Wirtschaftsbereiches an allen Beschäftigten, im sekundären Sektor gefolgt von den Beschäftigten in der Leichtindustrie (12%) und der chemischen Industrie (9,4%). Innerhalb des Arbeitsamtsbezirks Gotha stellt sich der Kreis Mühlhausen als Schwerpunkt der Textilindustrie dar (mit 19,3%-Anteil an allen Beschäftigten des Landkreises). Gemäß o.e. Typisierung liegen die Beschäftigungsschwerpunkte im Kreis Bad Langensalza neben der bereits erwähnten Dominanz der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft bei Dienstleistungen im weitesten Sinne, also Handel und Lager (9,4%), Wohnungs- und Geldwesen (3,4%) und Bildung/Wissenschaft/Kunst (8,4%).

Dies korrespondiert auch mit der Struktur der Erwerbstätigen nach beruflicher Stellung in den Kreisen des Arbeitsamtsbezirkes: Die Tabelle 4²⁰ zeigt dementsprechend auch den höchsten Anteil an Genossenschaftsmitgliedern im Kreis Bad Langensalza (25,6%-Anteil an allen Erwerbstätigen), gefolgt von Mühlhausen mit

²⁰ Bei dieser Tabelle ist insbesondere die Schwierigkeit des Vergleichs mit den gängigen westdeutschen (und späteren ostdeutschen) Systematiken zu beachten, da einerseits - wie in der gesamten BTE '89 - die Beschäftigten des "X-Bereichs" auf Kreisebene nicht zuzuordnen sind, andererseits die übliche Differenzierung in Arbeiter und Angestellte angesichts des hohen ausgewiesenen Anteils von Genossenschaftsmitgliedern lückenhaft ist, da dieser zu einem großen Teil einer der beiden Gruppen zugeordnet werden könnte.

12,54%. Die höchsten Anteile von Arbeitern und Angestellten sind in den Kreisen Eisenach und Gotha, der niedrigste in Bad Langensalza zu finden.

Tabelle 4:

Anteile des Erwerbspersonenpotentials an der Wohnbevölkerung, Erwerbsquote und Struktur der Erwerbstätigen nach beruflicher Stellung im Arbeitsamtsbezirk Gotha im September 1989

	Kreis Eisenach	Kreis Gotha	Kreis Bad Langens.	Kreis Mühlh.	Bezirk Gotha
Erwerbspersonenpotential	65,94%	65,69%	63,79%	64,75%	65,32%
Erwerbsquote	84,65%	83,77%	76,21%	85,48%	83,55%
Erwerbstätige:					
Erwerbstätige insgesamt	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%
Lehrlinge	4,03%	3,80%	3,70%	3,67%	3,83%
Berufstätige insgesamt	95,97%	96,20%	96,30%	96,33%	96,17%
Selbständ./mith. Farn.ang.	1,95%	2,58%	2,48%	1,92%	2,23%
Arbeiter u. Angestellte	85,81%	86,45%	68,13%	81,84%	83,27%
Genossenschaftsmitgl.	8,14%	7,09%	25,60%	12,54%	10,60%
Ständig Berufstätige ineq.	95,90%	96,12%	96,20%	96,29%	96,10%

Quelle: Rudolph 1990, eigene Berechnungen

Die Tabelle 5 gibt Hinweise in eine ähnliche Richtung: Der Frauenanteil an allen Beschäftigten in der ehemaligen DDR entsprach zwar insgesamt beinahe dem der Männer, was als ein Indikator für berufliche Gleichstellung von Männern und Frauen gewertet werden kann, dennoch sind die Anteile von Frauen und Männern in einzelnen Wirtschaftsbereichen teilweise höchst unterschiedlich.²¹ Ein - wenn auch schwach ausgeprägtes - Indiz für die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Besetzung der Wirtschaftsbereiche ist, daß der einzige Kreis des Bezirks, dessen sektoraler Schwerpunkt 1989 auf Landwirtschaft und Dienstleistungen lag - Bad Langensalza -, auch der einzige ist, in dem der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen den der Männer sogar übersteigt, während die Anteile in den eher industriell geprägten Kreisen Eisenach und Gotha schon etwas deutlicher auseinanderfallen (vgl. dazu auch die Angaben aus der BTE '90 bzw. die Tabelle 3 im Anhang: *Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht in den Kreisen des Arbeitsamtsbezirks Gotha im November 1990*).

²¹ Dieser Umstand muß bei der Erklärung für unterschiedliche Lohnniveaus zu DDR-Zeiten (und als Beleg für die "Integration mittels Segregation" von Frauen, vgl. dazu Abschnitt 4.2) sowie geschlechtsspezifisch höchst differenzierte Verlaufsformen von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit im Transformationsprozeß berücksichtigt werden (vgl. dazu auch Grünert 1993, S. 18 f.).

Table 5:**Ständig Berufstätige nach Geschlecht und ausgewählten Altersgruppen im Arbeitsamtsbezirk Gotha im September 1989**

	Kreis Eisenach	Kreis Gotha	Kreis Bad Langens.	Kreis Mühlh.	Bezirk Gotha
nach Geschlecht:					
Männer	52,3	51,8	49,9	50,5	51,4
Frauen	47,7	48,2	50,1	49,5	48,6
nach ausgewählten Altersgruppen:					
Jahrgang 1960 u. später geb.	26,6	25,4	26,8	27,1	26,3
Jahrgang 1934 u. früher geb.	15,1	15,1	15,2	14,8	15,1
Berufstät. im Rentenalt. insg.	3,2	3,2	2,9	3,1	3,2

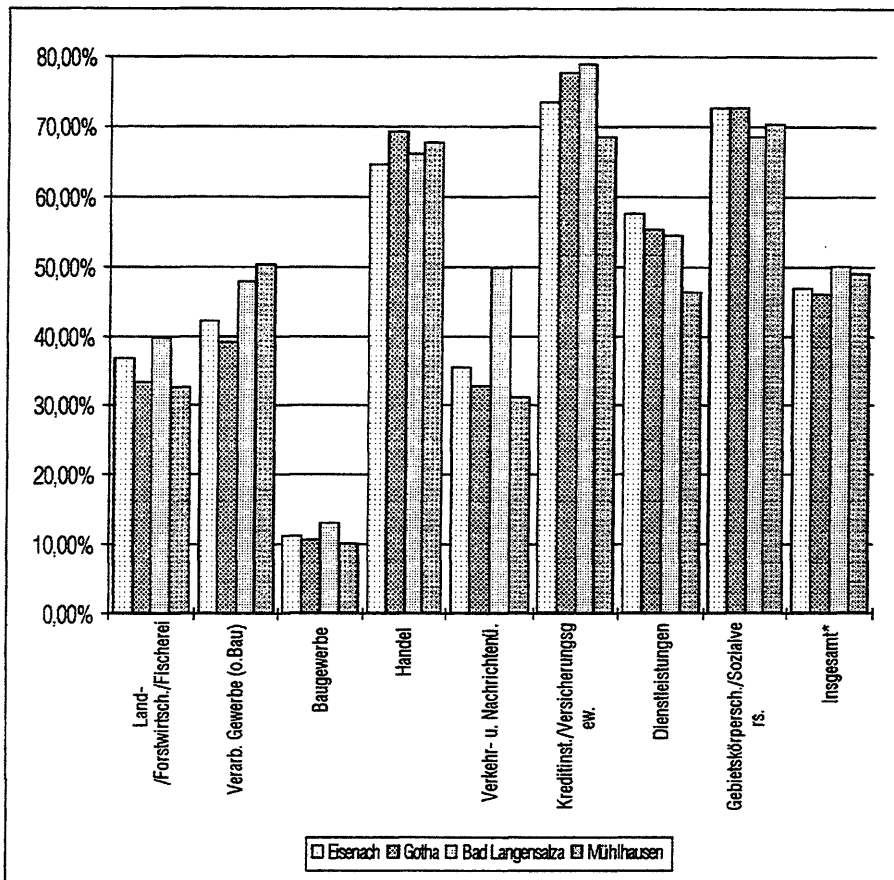
Quelle: Rudolph 1990, eigene Berechnungen.

Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Die letzte umfassende Zählung der Erwerbstätigen, aufgrund der nach Kreisen bzw. Arbeitsamtsbezirken differenziert werden kann, beruht auf der Berufstätigenerhebung vom 11. November 1990 (kurz: BTE '90). In der BTE '90 wurden allerdings die Wirtschaftsbereiche Energie/Bergbau/Wasser und Organisationen ohne Erwerbscharakter/private Haushalte aus Datenschutzgründen nicht ausgewiesen. Dieser Umstand trägt zusammen mit der veränderten Systematik der Wirtschaftsbereiche zu einer nur eingeschränkten Vergleichbarkeit der beiden Berufstätigenerhebungen bei. Die Tabelle 4: *Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und beruflicher Stellung im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990 im Anhang* zeigt die Struktur der Erwerbstätigen in den Kreisen des Bezirks und im gesamten Arbeitsamtsbezirk Gotha. Die Tabelle 3: *Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990 im Anhang* zeigt, daß im gesamten Arbeitsamtsbezirk der Frauenanteil im Handel (67% aller im Handel Beschäftigten), im Bereich Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe (75%), bei Gebietskörperschaften sowie Sozialversicherungen (71%) und Dienstleistungen (54%) größer als der Anteil der Männer an den Erwerbstätigen des jeweiligen Wirtschaftsbereichs ist. Betrachtet man die absoluten Zahlen, so zeigt sich allerdings, daß die meisten Frauen 1990 im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt waren (20.650). Männliche Beschäftigte dominieren dagegen vor allem im Baugewerbe (89%), im Bereich Land-, Forstwirtschaft und Fischerei (65%) sowie im Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (66%). In absoluten Zahlen ausgedrückt verschiebt sich auch hier wiederum das Bild, da - wie auch bei den weiblichen Erwerbstätigen - die meisten Männer im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt waren (38.965).

Abbildung 1:

Anteile von Frauen an allen Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen in den Kreisen des Arbeitsamtsbezirks Gotha im November 1990



* Ohne die Bereiche Energie-/Wasserversorgung/Bergbau und Organisationen ohne Erwerbszwecke, für die aus Datenschutzgründen auf Kreisebene keine Auskunft erteilt wurde.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistischer Bericht - Ergebnisse der Berufstätigenerhebung vom 30. November 1990, 27. März 1992, eigene Berechnungen.

Die nachfolgende Tabelle 6 zeigt gegenüber der gleichen Tabelle aus der BTE '89 einen deutlichen Rückgang der Erwerbstätigen insgesamt (im Gesamtbezirk von 214.284 Personen auf 164.269, ein Rückgang um rund 23%). Ebenso fallen auch

die Erwerbsquoten (Anteil der Erwerbstätigen am Erwerbspersonenpotential) für alle Kreise und den Bezirk niedriger aus: Im Bezirk geht die Erwerbsquote um ca. 19% zurück, in den Kreisen reicht der Rückgang von 17,9% in Mühlhausen bis zu 21,2% in Bad Langensalza. (Da die Wohnbevölkerung absolut im gleichen Zeitraum stärker zurückgeht als die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, steigt das Erwerbspersonenpotential relativ zur Wohnbevölkerung sogar um rund 1,5%).

Table 6:
Wohnbevölkerung, Erwerbspersonenpotential und Erwerbstätige nach beruflicher Stellung im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990

	Kreis Eisenach	Kreis Gotha	Kreis Bad Langens.	Kreis Mühlh.	Bezirk Gotha
Wohnbev. am 31.12.1990	110135	137295	44843	88062	380335
Erwerbspersonenpotential	74219	92412	29309	58515	254455
Erwerbstätige:					
Erwerbstätige insgesamt	48288	60284	16131	39566	164269
Selbständige	1686	2149	730	1318	5883
Mithelfende Familienang.	323	668	237	387	1615
Arbeiter	27548	34084	9216	23493	94341
Angestellte	18731	23383	5948	14368	62430

Anteile des Erwerbspersonenpotentials an der Wohnbevölkerung, Erwerbsquote und Struktur der Erwerbstätigen nach beruflicher Stellung im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990

	Kreis Eisenach	Kreis Gotha	Kreis Bad Langens.	Kreis Mühlh.	Bezirk Gotha
Erwerbspersonenpotential	67,39%	67,31%	65,36%	66,45%	66,90%
Erwerbsquote	65,06%	65,23%	55,04%	67,62%	64,56%
Erwerbstätige:					
Erwerbstätige insgesamt	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%
Selbständige	3,49%	3,56%	4,53%	3,33%	3,58%
Mithelfende Familienang.	0,67%	1,11%	1,47%	0,98%	0,98%
Arbeiter	57,05%	56,54%	57,13%	59,38%	57,43%
Angestellte	38,79%	38,79%	36,87%	36,31%	38,00%

Quelle: Rudolph 1992, eigene Berechnungen.

Vergleicht man die Angaben der Erwerbstätigen nach Geschlecht 1990 (Tabelle 7) mit den Werten von 1989, ist ein allmähliches, bislang allerdings nur gering ausgeprägtes Auseinanderdriften der Anteile für Männer und Frauen zu konstatieren: Im Bezirk beträgt die Differenz zwischen den geschlechtsspezifischen Anteilen an den Erwerbstätigen 1989 2,8%, 1990 bereits 6,1% "zugunsten" der männlichen Erwerbstätigen. Im Kreis Bad Langensalza, in dem 1989 noch der Anteil der

Frauen überwog, ging der Anteil weiblicher Erwerbstätiger um 0,6-Prozentpunkte zurück, während der der Männer um den gleichen Wert stieg.

Tabelle 7:

Erwerbstätige nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990

	Kreis Eisenach	Kreis Gotha	Kreis Bad Langensalza	Kreis Mühlhausen	Bezirk Gotha
Männer	25487	32609	8138	20708	87142
Frauen	22801	27475	7993	18858	77127
Anteil Männer	52,78%	54,42%	50,45%	52,34%	53,05%
Anteil Frauen	47,22%	45,58%	49,55%	47,66%	46,95%

Quelle: Rudolph 1992. eigene Berechnungen.

Die Entwicklung der Erwerbstätigen für den Untersuchungszeitraum ist näherungsweise nur für die Gruppe der abhängig Beschäftigten möglich, da nur für Arbeiter und Angestellte ein Vergleich der BTE's mit der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit als näherungsweise sinnvoll erscheint. Seit März 1993 werden vom Thüringer Landesamt für Statistik vierteljährlich die Bestände von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern auf Arbeitsamtsebene ausgewiesen und in einem statistischen Bericht veröffentlicht. Während die BTE '90 neben Arbeitern und Angestellten noch Selbständige und mithelfende Familienangehörige ausweist, werden in der BTE '89 sowohl Auszubildende als auch Genossenschaftsmitglieder gesondert geführt.

Tabelle 8:

Abhängig Beschäftigte im Arbeitsamtsbezirk Gotha im September 1989*, November 1990, Dezember 1992, Dezember 1993 und März 1994

	Bestand	Veränderung	
	absolut	zum Vorjahr	gegenü. 1989
1989	209511		
1990	156771	-25,17%	74,83%
1992	123629	-21,14%	59,01%
1993	124314	0,55%	59,34%
1994	122444	-1,50%	58,44%

* Zahlen für 1989 enthalten die Zahlen für Erwerbstätige insgesamt minus Selbständige und mithelfende Familienangehörige.

Quellen: Rudolph 1990; Rudolph 1992; Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistischer Bericht - Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Thüringen 31.3.1992 - 31.12.1993; IABwerkstattbericht - Aktuelle Daten, Nr. 1.12/15.12.1994, eigene Berechnungen.

Anhand der Tabelle 8 wird erkennbar, daß der größte Rückgang der Erwerbstätigen, insgesamt um rund 46%, zwischen 1989 und 1992 stattfand. Dabei kann der Wert für 1989, das soll noch einmal betont werden, nur als angenäherter Wert gelten, der gleichwohl einen Einblick in die Größenordnung der Entwicklung zu geben vermag. Dem leichten Anstieg zum Bestand am Jahresende 1993 folgt im März 1994 wiederum ein reduzierter Beschäftigtenbestand. Die nachfolgende Tabelle 9 weist die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Arbeitern und Angestellten für Männer und Frauen getrennt voneinander aus. Dabei zeigt sich, daß der Rückgang im beschriebenen Zeitraum stärker von den Frauen getragen wird (-22,88% gegenüber -18,74% bei männlichen Beschäftigten), die auch vom leichten Anstieg der Beschäftigtenzahlen am Jahresende 1993 in geringerem Umfang profitieren. Folge ist auch, daß sich die Anteile von Männern und Frauen an den abhängig Beschäftigten immer mehr zugunsten der Männer verschieben.

Tabelle 9:

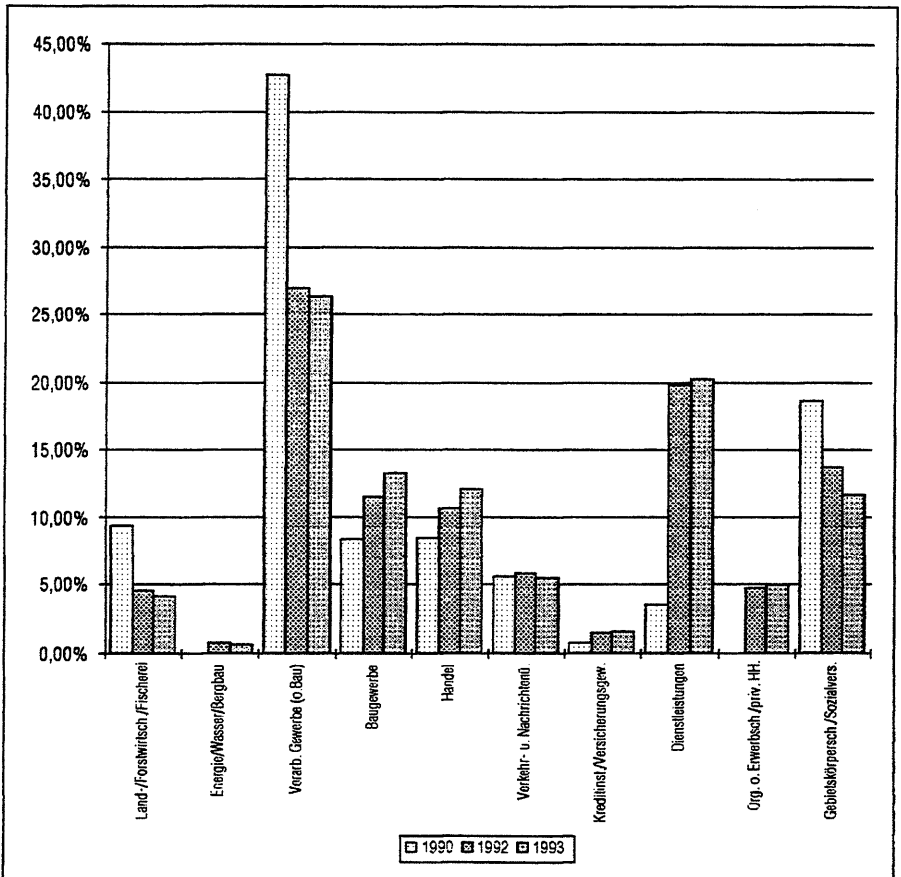
Abhängig Beschäftigte nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990, Dezember 1992 und Dezember 1993

Bestände:	Gesamt	Männer	Frauen
1990	156771	82473	74298
1992	123629	66533	57096
1993	124314	67016	57298
1990 bis 1993	-32457	-15457	-17000
in %	-20,70%	-18,74%	-22,88%
Anteile:	an allen Beschäftigten		
		Männer	Frauen
	1990	52,61%	47,39%
	1992	53,82%	46,18%
	1993	53,91%	46,09%
Veränderung:	gegenüber Vorjahr		
		Männer	Frauen
	1992	-19,33%	-23,15%
	1993	0,73%	0,35%

Quellen: Rudolph 1992; Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistischer Bericht - Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Thüringen 31.3.1992 - 31.12.1993, eigene Berechnungen.

Abbildung 2:

Abhängig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990*, Dezember 1992 und Dezember 1993



* 1990 ohne die Bereiche Energie/Wasser/Bergbau und Organisationen ohne Erwerbszwecke, für die aus Datenschutzgründen auf Kreisebene keine Auskunft erteilt wurde.

Quellen: Rudolph 1992; Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistischer Bericht - Ergebnisse der Berufstätigenerhebung vom 30.11.1990, Statistischer Bericht - Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Thüringen 31.3.1992 - 31.12.1993, eigene Berechnungen.

Betrachtet man die Entwicklung der abhängig Beschäftigten getrennt nach Wirtschaftsbereichen im Bezirk Gotha, dann zeigt sich, daß der Abbau von Arbeits-

plätzen für abhängig Beschäftigte im wesentlichen in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei (-65%), im verarbeitenden Gewerbe (-51,2%) sowie im Bereich der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (-50%) erfolgte. Diese drei Bereiche, in denen 1990 noch rund 71% aller Arbeiter und Angestellten beschäftigt waren, stellen 1993 nur noch ca. 42% aller abhängig Beschäftigten. Die stärksten Zunahmen werden bei Dienstleistungen (+365%), bei Kreditinstituten und Firmen des Versicherungsgewerbes (+67,4%) und im Baugewerbe (+25,6%) verzeichnet (vgl. Tabelle 5: *Abhängig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen im Arbeitsamtsbezirk Gotha November 1991, Dezember 1992 und Dezember 1993 im Anhang*). Allerdings kann der Anstieg der Beschäftigten in diesen Wirtschaftsbereichen den absolut ungleich größeren Abbau in den anderen Bereichen bei weitem nicht ausgleichen, so daß insgesamt ein Rückgang der Beschäftigten um ca. 21% zu verzeichnen ist (die oben angeführten Zahlen verweisen auf die Veränderung innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche und sind somit kein Maßstab für die Gesamtentwicklung der Beschäftigten).

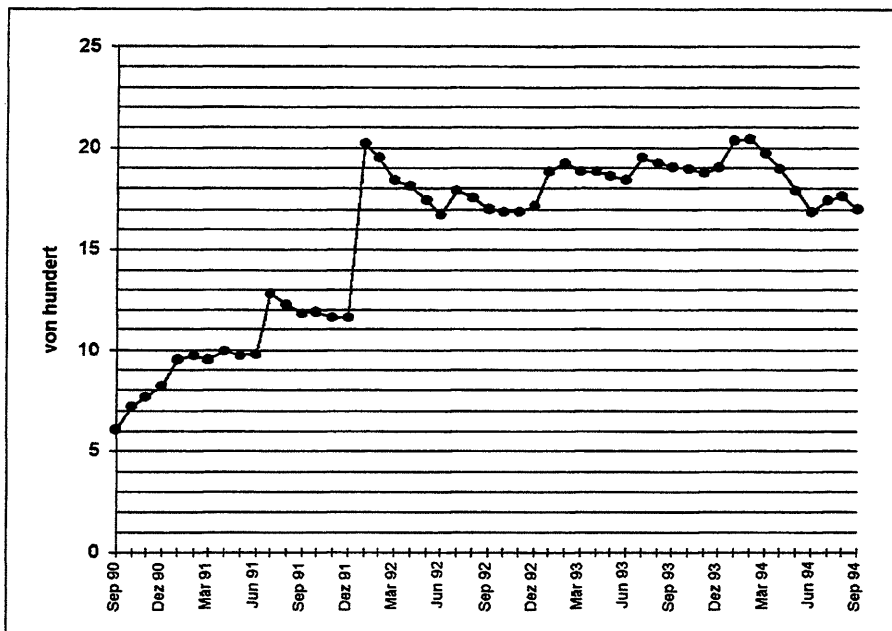
5.3.3 Entwicklung und Struktur der Arbeitslosenbestände im Arbeitsamtsbezirk Gotha

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenquoten²² im Arbeitsamtsbezirk Gotha von September 1990 bis September 1994. Der große Sprung im Januar 1992 (im Arbeitsamtsbezirk von 11,6% im Dezember 1991 auf 20,2% zum Monatsende Januar 1992, vgl. dazu auch Tabelle 6 im Anhang: *Arbeitslose gesamt und nach ausgewählten Merkmalen im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994*) entsteht dabei einerseits durch die beschriebene Umstellung der Quotenberechnung, andererseits durch den Entlassungszeitpunkt Ende des vierten Quartals 1991, verstärkt noch durch die ohnehin im Winter ungünstigere, saisonal bedingte Arbeitslosenentwicklung. Die erwähnte Tabelle 6 im Anhang weist für diesen Zeitraum einen Anstieg der absoluten Arbeitslosenbestände im Bezirk um über 10.000 Personen aus. Die Arbeitslosenquote erreicht damit im Bezirk Gotha ihren vorläufigen Höhepunkt, der erst am Jahresanfang 1994 mit 20,7% im Januar und Februar wieder übertroffen wird.

²² Die Basis zur Berechnung der Arbeitslosenquoten wurde seit 1991 mehrfach umgestellt: "Bis Ende 1991 wurden abhängige Erwerbstätige nach der BTE '89 zugrundegelegt, von Januar 1992 dann die der BTE '90. Wegen des allgemeinen Rückgangs der Beschäftigung erhöhte sich durch diese Veränderung die Arbeitslosenquote für Ostdeutschland um 1,3 Prozentpunkte. An Januar 1993 rückwirkend erfolgte eine Anpassung an die im Westen übliche Quotenberechnung nach dem Wohnortprinzip auch der Bezugsgröße. Dadurch erhöhte sich die Durchschnittsquote nochmals um 1,5 Prozentpunkte (vgl. IABwerkstattbericht Nr. 12 vom 15.2.1993, S. 2). Ab Januar 1994 gilt die Basis per Juni 1993" (DIW-Gutachten 1994, S. 119). Die absoluten Bestände und deren jeweilige Anteile der nachfolgenden Abbildungen können für den Zeitraum Januar 1991 bis September 1994 der Tabelle 6 im Anhang: *Arbeitslose gesamt und nach ausgewählten Merkmalen im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994* entnommen werden.

Abbildung 3:

Entwicklung der Arbeitslosenquote im Arbeitsamtsbezirk Gotha September 1990 bis September 1994



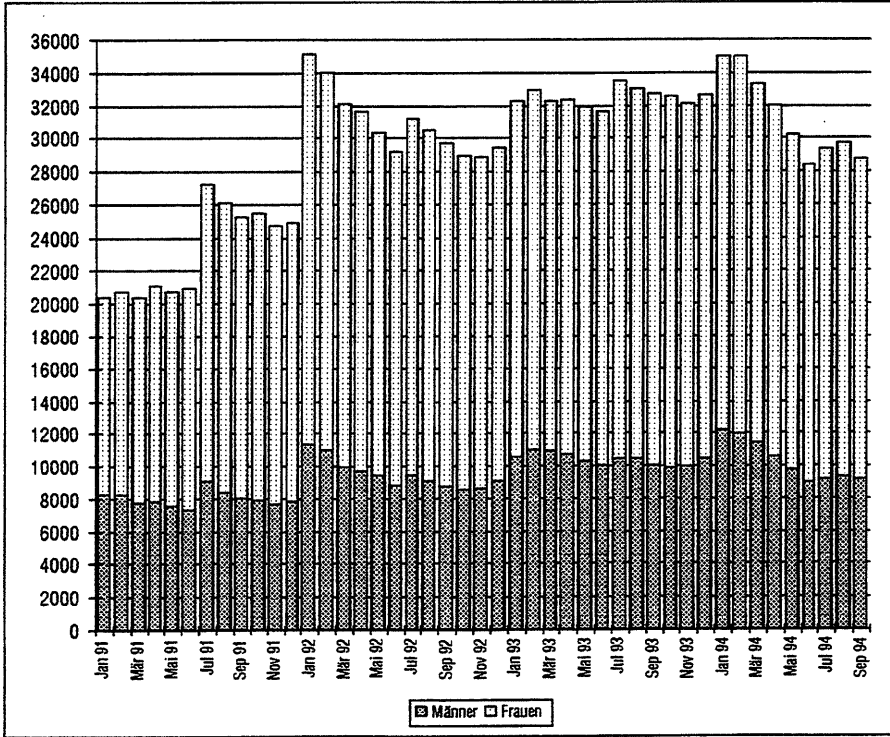
Quellen: IABWerkstattbericht - Aktuelle Daten; Statistische Materialien der Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitsamt Gotha: Presseinformationen.

In der nachstehenden Abbildung 4 werden sowohl die Gesamtbestände als auch die der arbeitslosen Männer und Frauen veranschaulicht. Die Gesamtbestände zeigen dabei deutlich die bereits angesprochene Dynamik sprunghafter Anstiege zu den Entlassungszeitpunkten vor allem zur Jahresmitte und zum Jahresende: So steigen die Bestände im Juli 1991 von 20.871 auf 27.179 Personen, im Januar 1992 auf 35.146. Im weiteren Verlauf sind ebensolche Sprünge sichtbar, die aber insgesamt moderater ausfallen: Im Jahresverlauf 1993 liegen die monatlichen Arbeitslosenbestände durchgängig über 30.000 Personen, im Januar 1993 werden 32.248 arbeitslose Männer und Frauen ausgewiesen, im Juli 1993 sind es 33.432 und zum Jahresende 32.556. Erst ab März 1994 verringern sich die monatlichen Arbeitslosenbestände bis September 1994 beinahe durchgängig von 34.953 im Februar auf 28.721 im September. Seit 1992 ist somit von einer geringeren Dynamik am Arbeitsmarkt des Bezirks auszugehen, die Arbeitslosigkeit stabilisiert sich insgesamt auf hohem Niveau: Die Quote pendelt in den Jahresverläufen seit Januar

1992 zwischen dem Tiefstand von 16,5% im November 1992 und dem Höchststand von 20,7% im Januar und Februar 1994 und zeigt vor allem saisonale Schwankungen.²³

Abbildung 4:

Bestand an Arbeitslosen insgesamt und nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994



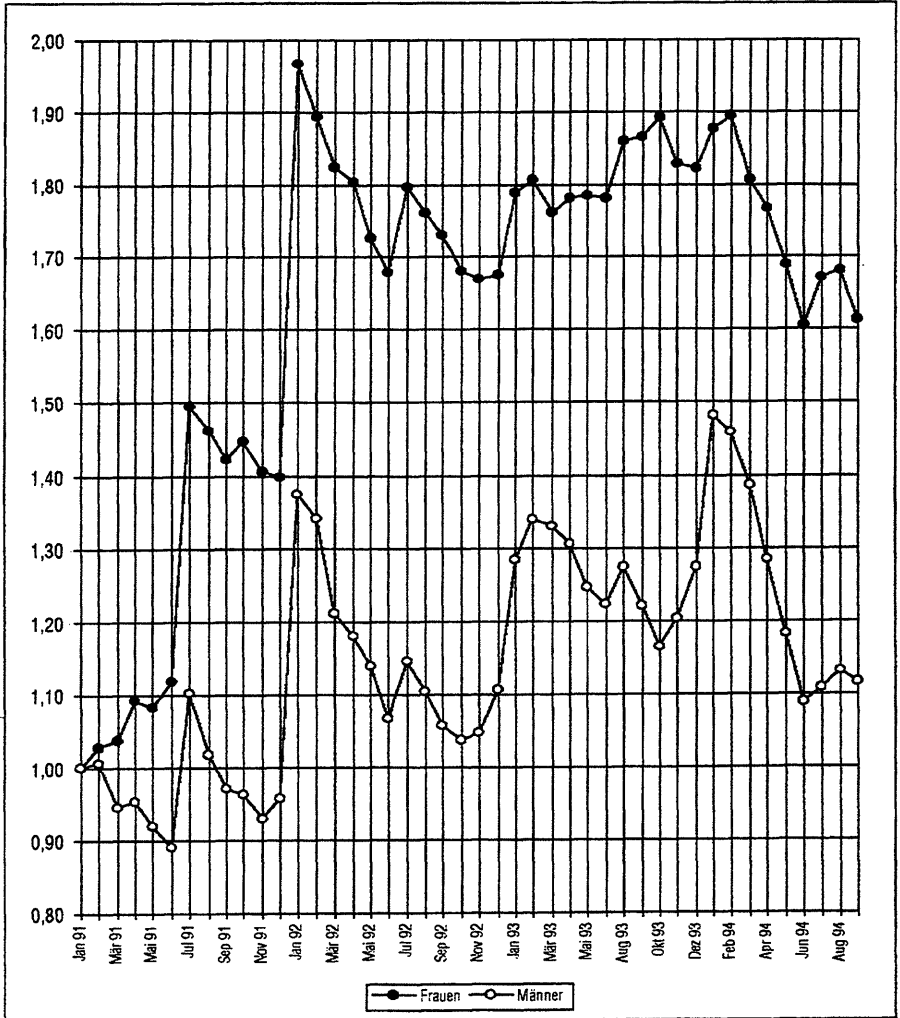
Quellen: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte, Presseinformationen.

²³ Vergleicht man die Entwicklung im Arbeitsamtsbezirk Gotha mit den Ergebnissen des Arbeitsmarkt Monitors, dann wird eine ähnliche Entwicklung deutlich: Während 1990 und 1991 die Bestände an Arbeitslosen deutlich stiegen, beendigte Beschäftigungsverhältnisse quantitativ neuaufgenommene Arbeitsverhältnisse bei weitem überlegen (ohne Betriebswechsel), gleicht sich zwischen November 1992 und November 1993 das Verhältnis erstmals näherungsweise an: Leikeb/Magvas kommen somit auf der Grundlage der Daten des Arbeitsmarkt Monitors zu dem Schluß, daß sich insgesamt zum Jahresende 1993 die Arbeitsmarktdynamik "normalisiert" und die Beschäftigung auf "niedrigem Niveau" "stabilisiert" habe (Leikeb/Magvas 1994).

Abbildung 5:

Entwicklung der Arbeitslosenbestände nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha von Januar 1991 bis September 1994

Indexbildung: Januar 1991 = 1



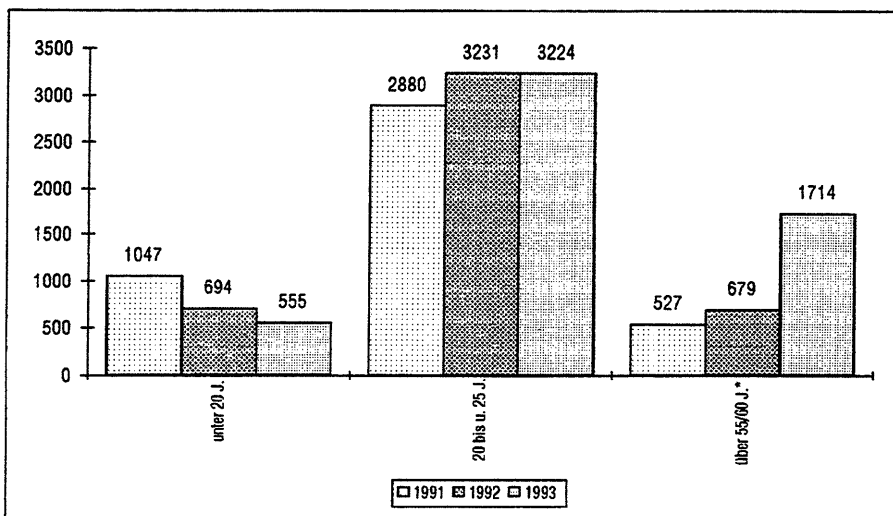
Quellen: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte, Presseinformationen.

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosigkeit getrennt für Männer und Frauen (Abbildung 4), dann zeigt sich, daß Frauen seit Februar 1991 durchgängig über 60% aller Arbeitslosen stellen. Der Anteil steigt dabei von 60,14% im Februar 1991 auf 67,88% zum Jahresende 1991. Der höchste Anteil wird im September 1992 mit 70,76% ausgewiesen und liegt im September 1994 noch bei 68,12%. Mißt man die Differenz der Anteile von Frauen und Männern in Prozentpunkten, steigt diese von etwas über 19 Prozentpunkten im Januar 1991 auf knapp 42 im September 1992 und besteht im September 1994 aus 36 Prozentpunkten. Der Bestand an arbeitslosen Frauen ist somit seit Juli 1991 durchgängig etwa doppelt so hoch wie der der arbeitslosen Männer.

Abbildung 5 verdeutlicht, daß die Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit in den entscheidenden Punkten gänzlich anders als die der Männer verläuft: Für den hohen Bestand an arbeitslosen Frauen (seit Januar 1992 pendelt die Kurve zwischen dem 1,6- und 2-fachen des Ausgangswerts im Januar 1991) ist der starke Anstieg im ersten Halbjahr 1991 (zu diesem Zeitpunkt geht der Bestand männlicher Arbeitsloser zunächst sogar zurück) und der noch deutlich größere Anstieg zum Januar verantwortlich. An diesem Punkt wird auch das Maximum der Kurve erreicht, wogegen das der Männer erst Januar 1994 erreicht ist. Auch im ersten Halbjahr 1993 zeigt sich ein ähnliches Bild: Rückgang bei den männlichen Arbeitslosen und gleichzeitiger Anstieg arbeitsloser Frauen. Frauen wurden also offensichtlich schneller und in größerem Umfang arbeitslos als Männer. Die Entwicklung zum Jahresanfang 1994, wo ja der bislang höchste Gesamtbestand an Arbeitslosen registriert wurde, geht in der Graphik überwiegend auf Bestandszugänge von Männern zurück. Allerdings ist hierbei zu beachten, daß die Ausweitung der Indexwerte in der Abbildung die absolute Bestandsveränderung nicht abbilden kann: Durch den Bezug aller Werte auf Januar 1991 und den ungleich höheren "Sockel" der Frauenarbeitslosigkeit im Dezember 1993 fällt deren Steigerung vergleichsweise geringer und die der Männer vergleichsweise stärker ins Gewicht. In absoluten Zahlen: Der Bestand an Arbeitslosen steigt zwischen Dezember 1993 und Dezember 1994 absolut um 2.382 Personen (von 32.556 auf 34.938), darunter 1.687 Männer und 695 Frauen.

Abbildung 6:

Bestand an Arbeitslosen (Jahresdurchschnitt) nach ausgewählten Altersgruppen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 bis 1993



* 1991 und 1992 werden hierzu Männer über 60 und Frauen über 55 Jahre ausgewiesen, ab Januar 1993 Männer und Frauen über 55 Jahre.

Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte.

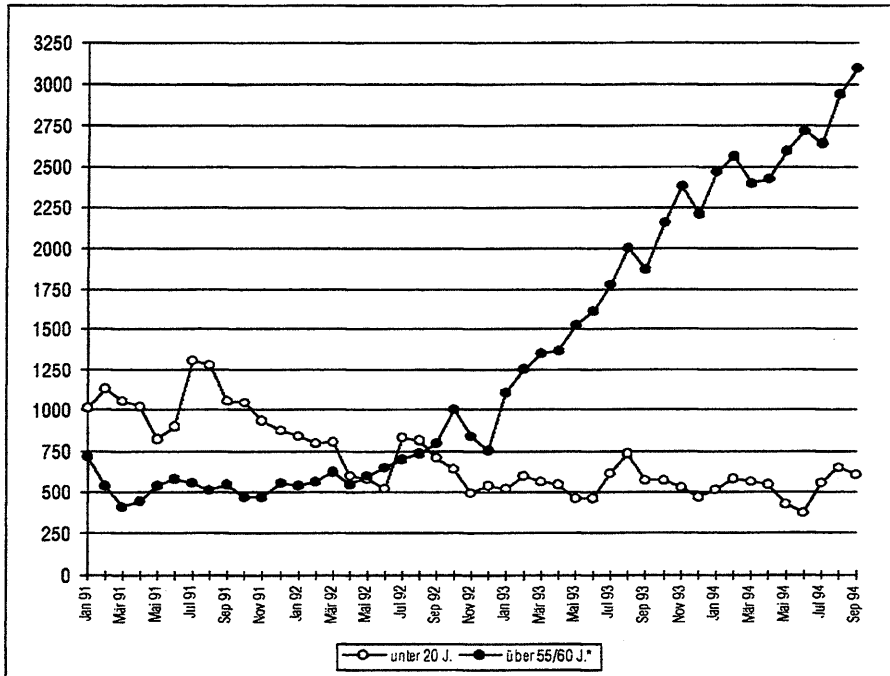
Die dargestellte Entwicklung der Arbeitslosigkeit für ausgewählte Altersgruppen zeigt eine rückläufige Entwicklung bei den Beständen arbeitsloser Jugendlicher unter 20 Jahren. Der Bestand arbeitsloser Jugendlicher von 20 bis unter 25 Jahre steigt zunächst an und fällt im Jahresdurchschnitt 1993 wieder leicht zurück, wohingegen die Arbeitslosenbestände älterer Arbeitsloser²⁴ eine stetige, seit Januar 1993 starke Zunahme zeigen. Der steile Anstieg in dieser Gruppe resultiert im Januar 1993 aus der Hinzunahme der Männer, die 55 Jahre und älter sind (hier steigt der absolute Bestand von 754 Personen zum Jahresende 1992 auf 1.107 Ende Januar 1993). Allerdings zeigt die zweite Abbildung für die "Extremgruppen" der Altersverteilung, daß sich die absoluten Bestände älterer Arbeitsloser von Januar 1993 bis September 1994 insgesamt nahezu versechsfachen. Dieser Anstieg ist ein deutliches Anzeichen für das erhöhte (und zunehmende) Arbeitslosigkeitsrisiko älterer Arbeitnehmer: Der Bestand an arbeitslosen Männern und Frauen

²⁴ Als "ältere Arbeitslose" wurden 1991 und 1992 Männer über 60 und Frauen über 55 Jahren ausgewiesen, seit Januar 1993 wird als Altersgrenze für beide Gruppen das Erreichen des 55. Lebensjahres angesetzt.

über 55 Jahre steigt insgesamt kontinuierlich von 1.107 im Januar 1993 auf 2.462 Personen im Januar 1994, um im September 1994 den bislang höchsten Wert von 3.049 Personen zu erreichen.

Abbildung 7:

Bestand an Arbeitslosen nach ausgewählten Altersgruppen im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994



* 1991 und 1992 werden hierzu Männer über 60 und Frauen über 55 Jahre gerechnet, ab Januar 1993 Männer und Frauen über 55 Jahre.

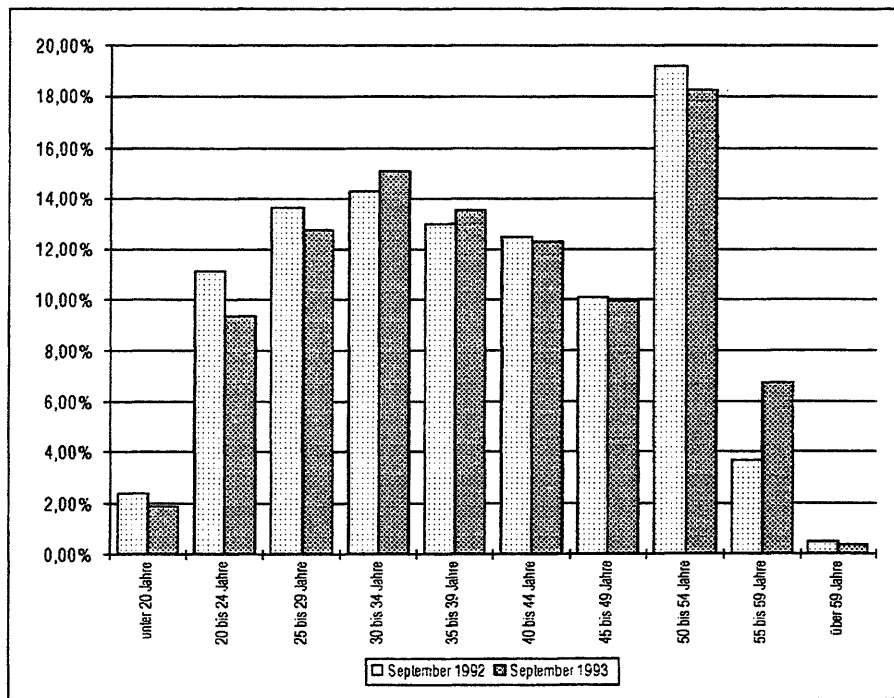
Quellen: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte, Presseinformationen.

Aus den Ergebnissen einer vom Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen durchgeführten Strukturanalyse lassen sich die Anteile der Arbeitslosen nach Altersgruppen für beide Zeitpunkte darstellen. Die Abbildung 8 zeigt dabei leichte Rückgänge bei den 20- bis 29-jährigen, leichte Anstiege bei den 30- bis unter 40-jährigen und stabile Anteile bei den 40- bis unter 50-jährigen. Die Altersgruppe der 50- bis unter 60-jährigen zeigt dagegen gegensätzliche Entwicklungen: Wäh-

rend die Anteile der 50- bis 54-jährigen um ca. einen Prozentpunkt zurückgehen, sind in der Gruppe der 55- bis 59-jährigen die größten Anteilssteigerungen um ca. 2,5 Prozentpunkte festzustellen. In der letzten Gruppe der über 59-jährigen sind wiederum beinahe stagnierende, leicht rückläufige Werte erkennbar. Den höchsten Anteil einer einzelnen Altersgruppe an allen Arbeitslosen stellen zu beiden Zeitpunkten die 50- bis 54-jährigen mit 19 bzw. 18%. Für ältere Arbeitslose (insgesamt die über 50-jährige) geht aus den Ergebnissen des Arbeitsmarkt Monitors hervor, daß diese mit zunehmenden Alter immer schlechtere Erwerbschancen besitzen.

Abbildung 8:

Bestand an Arbeitslosen nach Altersgruppen im Arbeitsamtsbezirk Gotha September 1992 und September 1993



Quellen: Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen: Statistisches Sonderheft - Erste Ergebnisse aus der Analyse über die Struktur der Arbeitslosen Ende September 1992, Juni 1993; Statistisches Sonderheft - Ergebnisse aus der Analyse über die Struktur der Arbeitslosen Ende September 1993, März 1994.

Auch im Arbeitsamtsbezirk Gotha dürfte für diese Altersgruppe nach wie vor gelten, was Eberhard Wiedemann 1992 bei einem Vergleich der Arbeitsmarkt Monitor-Befragung vom November 1990 mit der im November 1991 festgestellt hat: Besonders für diese Altersgruppe trifft zu, daß sie "nur vergleichsweise wenig von FuU profitiert und Ausweichmöglichkeiten wie bei den jüngeren Jahrgängen (Wehrdienst, Mütterjahr, Studium) oder bei den Älteren (Altersübergangsgeld) nicht gegeben sind" (Wiedemann 1992, S. 3). Für die auch in obenstehender Ausbildung ausgewiesenen hohen und steigenden Anteile in der Gruppe der 55- bis 59-jährigen, die ja gerade dadurch interessant sind, daß bei diesen sehr wohl die Möglichkeiten von Vorruhestands- bzw. Altersübergangsgeld gegeben wären, stellen Bielenski/Brinkmann/Kohler 1994 wiederum auf der Grundlage der Ergebnisse des Arbeitsmarkt Monitors bis 1993 fest:

"Nur noch 12% derjenigen, die 1989 im Alter zwischen 52 und 63 Jahren waren und damit von den Vorruhestandsregelungen erfaßt wurden, sind erwerbstätig geblieben. Lediglich 4% von ihnen waren zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos. Dies entspricht aber - berücksichtigt man die wenigen erwerbstätig verbliebenen dieser Altersgruppe - einer Arbeitslosenquote von rd. 25%. Hier deutet sich - auch im Vergleich zu den Ergebnissen des Vorjahres - eine zunehmende Problemlage für die nun nachrückenden Alterskohorten an, die nicht mehr von der Vorruhestandsregelung Gebrauch machen können, die aber bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation im Falle von Arbeitslosigkeit kaum neue Beschäftigung finden" (Bielenski/Brinkmann/Kohler 1994, S. 7).

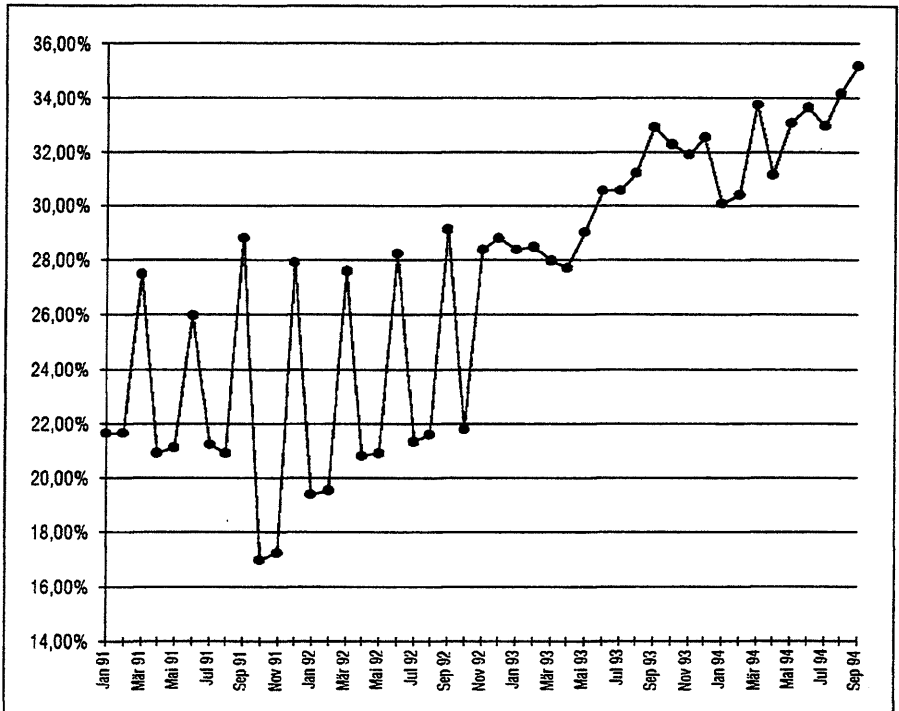
Daß die über 55-jährigen Männer und Frauen trotz der formalen Möglichkeit, Altersübergangsgeld zu beziehen (bis 1992) dennoch eine so hohe Arbeitslosenquote aufweisen bewertet Wiedemann als "deutlicher Hinweis darauf, daß ein beachtlicher Teil der Arbeitslosen trotz Erreichens der Altersgrenze die sonstigen Anspruchsvoraussetzungen für das Altersübergangsgeld nicht erfüllt, durch das 'Zeitloch' bei der Verlängerung dieser Regelung und der Änderung des Zugangsalters gefallen ist oder aber den Wunsch, erneut eine Arbeit aufzunehmen, nicht aufgibt" (Wiedemann 1992, S. 2).

Auch auf der Grundlage der Strukturanalyse des Landesarbeitsamtes ist also mit einem insgesamt rückläufigen Arbeitslosigkeitsrisiko jüngerer Erwerbspersonen (bis 30 Jahre) zu rechnen, denen überdies zahlreiche Alternativen außerhalb des Arbeitsmarktes bzw. durch räumliche Mobilität offenstehen und die gegenüber den älteren über deutlich bessere Vermittlungschancen verfügen dürften. Für ältere kann ein nach wie vor erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko angenommen werden, vor allem aber ein höheres Risiko des Verbleibs in Arbeitslosigkeit. Bereits für die

Altersgruppe ab 40 Jahre trifft das weitgehende Fehlen o.e. Alternativen zu, was ihre Lage noch zusätzlich verschärft (vgl. ders., S. 3).

Abbildung 9:

Anteil von Arbeitslosen aus Angestelltenberufen an allen Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994



Quellen: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte, Presseinformationen.

Ebenfalls insgesamt im Steigen begriffen sind die Bestände von Arbeitslosen aus Angestelltenberufen: Diese stiegen im Jahr 1991 von 4.393 im Januar auf 6.918 im Dezember, im Dezember 1992 sind es bereits 8.468 Arbeitslose aus Angestelltenberufen, Dezember 1993 10.578. Nach einem kurzen Rückgang im Jahresverlauf 1994 wird im September 1994 wieder ein Wert über 10.000 Personen erreicht (vgl. dazu Tabelle 6: *Arbeitslose gesamt und nach ausgewählten Merkmalen im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994 im Anhang*). Der Anteil von Arbeitslosen aus Angestelltenberufen steigt dabei von ca. 22% im Januar

1991 auf 35% im September 1994. Für 1991 ist dem Arbeitsamt Gotha zufolge insbesondere der "forcierte Arbeitsplatzabbau in den Verwaltungsbereichen" (Jahresbericht 1991, S. 13) verantwortlich, der wiederum Frauen stärker betrifft als Männer:

"In den Angestelltenberufen hatte sich (1993, N.K.) die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bei den männlichen Arbeitslosen auf 11% (absolut 1.396) und bei den weiblichen Arbeitslosen auf 38% (8.346) entwickelt. Bei den Frauen war damit ein Anstieg von rund 4 Prozent und bei den Männern ein Rückgang von 3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen" (Jahresbericht 1993, S. 16).

Eine nähere Betrachtung der Bestandsentwicklung von Arbeitslosen nach beruflicher Stellung (hier der Angestellten) ist insofern interessant, da diese sowohl mit bestimmten Berufsgruppen und Wirtschaftsbereichen (besonders Handel, Dienstleistungen und Verwaltungen) korrespondiert, als auch - wie bereits angedeutet - mit dem Geschlecht der Arbeitslosen. Die in Abbildung 9 dargestellte Kurve zeigt dabei einen überaus interessanten Verlauf: Während bis November 1992 der Bestand an Arbeitslosen aus Angestelltenberufen einen sehr dynamischen Verlauf zeigt, verstetigt sich dieser weitgehend ab dem Jahresanfang 1993. Über die Ursache der starken Dynamik lassen sich allerdings nur Vermutungen anstellen: Auffällig ist zunächst einmal, daß der Bestand bereits zum Quartalsende (hier spielt natürlich die übliche Kündigungsfrist "sechs Wochen bis zum Quartalsende" eine Rolle) ansteigt und nicht erst zu Beginn des nächsten Quartals, also bei faktisch eingetretener Arbeitslosigkeit. Offensichtlich erfolgt aber die Arbeitslosenmeldung von Angestellten bereits vor Ablauf der Kündigungsfrist. Zum zweiten scheinen arbeitslose Angestellte auch relativ rasch wieder aus der Arbeitslosigkeit abgemeldet worden zu sein: Dem steilen Anstieg der Bestände zum Quartalsende erfolgt ein sofortiger Rückgang am Quartalsanfang. Eine erste - zugegebenermaßen sehr vorläufige - Interpretation der dargestellten Kurve der Bestandsveränderung von Arbeitslosen aus Angestelltenberufen könnte folgendermaßen lauten: Angestellte sind insgesamt im Untersuchungszeitraum einem zunehmenden Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt, das allerdings zunächst durch relativ günstige Vermittlungsaussichten abgemildert werden konnte. Da die Bestände von arbeitslosen Angestellten aber insgesamt steigen, scheint - bei aller Dynamik bis Ende 1992 - aber auch regelmäßig ein leicht anwachsender "Sockel" von arbeitslosen Angestellten entstanden zu sein, was zumindest in der Entwicklung von Oktober 1991 bis Dezember 1992 angedeutet wird.

Tabelle 10:

Beschäftigte und Arbeitslose nach beruflicher Stellung im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990/Januar 1991, Dezember 1992 und Dezember 1993

	Beschäftigte		Arbeitslose	
	Arbeiter	Angestellte	Arbeiter	Angestellte
Nov 1990/Jan 91	60,18%	39,82%	78,41%	21,59%
Dezember 92	53,93%	46,07%	71,20%	28,80%
Dezember 93	54,24%	45,76%	67,51%	32,49%

Quellen: Rudolph 1992; Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistischer Bericht - Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Thüringen 31.3.1992 bis 31.12.1993; Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte; eigene Berechnungen.

Um eine Vergleichsbasis zu erhalten, wurden in obenstehender Tabelle die Anteile von Arbeitern und Angestellten an allen abhängig Beschäftigten mit den Anteilen von Arbeitern und Angestellten an den Arbeitslosen in Beziehung gesetzt. Dabei wurde als erster Vergleichszeitpunkt bei den Arbeitslosen auf den Wert von Januar 1991 zurückgegriffen, da für den Arbeitslosenbestand im November 1990 keine Differenzierung nach beruflichem Status vorliegt und dieser Monat dem Zeitpunkt der BTE '90 am nächsten kommt.²⁵ Vergleicht man beide Gruppen, zeigt sich, daß Arbeiter durchgängig über- und Angestellte unterproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind, auch wenn bei in etwa stagnierenden Beschäftigten-Anteilen 1992 und 1993 die Anteile an den Arbeitslosen von Angestellten angewachsen und die der Arbeiter gefallen sind.

Die Tabelle 7 im Anhang: *Jahresdurchschnitt der Bestände an Arbeitslosen nach Berufsgruppen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1990 bis 1993* zeigt die Bestände für einzelne Berufsgruppen nach der Systematik der Berufe des statistischen Bundesamtes an. Vergleicht man nur die Jahresdurchschnittswerte für 1990 und 1993, so ist nur bei drei Berufsgruppen eine abnehmende Tendenz erkennbar: Bei Steinbearbeitern/Baustoffherstellern (- 26%), bei Hilfsarbeitern ohne nähere Tätigkeitsangaben (- 78%)²⁶ und bei Körperpflegern (- 44%). Alle anderen Gruppen weisen ebenso wie die Gesamtentwicklung eine steigende Tendenz auf, deren Werte von 7% für Ingenieure/Chemiker/Physiker/Mathematiker bis zu einer 398%-Steigerung gegenüber 1990 für Montierer und Metallberufe reicht. Allerdings ist ein Vergleich dieser Werte nur bedingt aussagekräftig, da die einzelnen Berufsgruppen zu beiden Zeitpunkten höchst unterschiedliche Besetzungszahlen

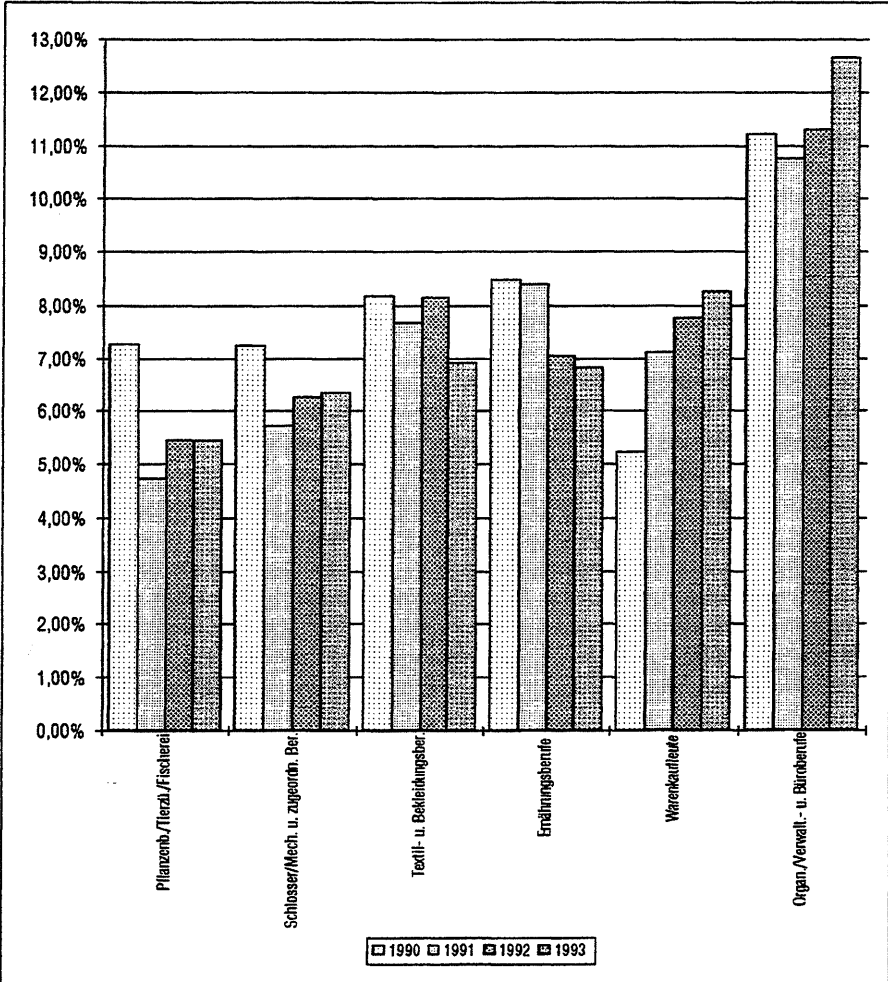
²⁵ Hierbei ist allerdings zu beachten, daß es zu Verzerrungen kommen kann, da zu Jahresanfang aufgrund der Entlassungen zum Quartalsende mit einem erhöhten Zugang in Arbeitslosigkeit zu rechnen ist: So erhöht sich der Bestand an Arbeitslosen gegenüber November 1990 16.450 auf 20.345 Personen.

²⁶ Dies ist angesichts der einfachen Formel "je niedriger die Qualifikation, desto höher das Risiko von Arbeitslosigkeit" eine etwas unerwartete Entwicklung, für die zugegebenermaßen auch keine Erklärung vorliegt. Allerdings sind die Bestände dieser Berufsgruppe insgesamt relativ niedrig, der Bestand reduziert sich von 283 Personen 1990 auf 63 Personen 1993.

aufweisen, die 1990 von 27 Arbeitslosen aus der Berufsgruppe Publizisten/Dolmetscher/Bibliothekare bis 1.969 Arbeitslose aus Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen reichen.

Abbildung 10:

Anteile ausgewählter Berufsgruppen (bezogen auf Jahresdurchschnitts-Bestände) an allen Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1990 bis 1993



Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte, eigene Berechnungen.

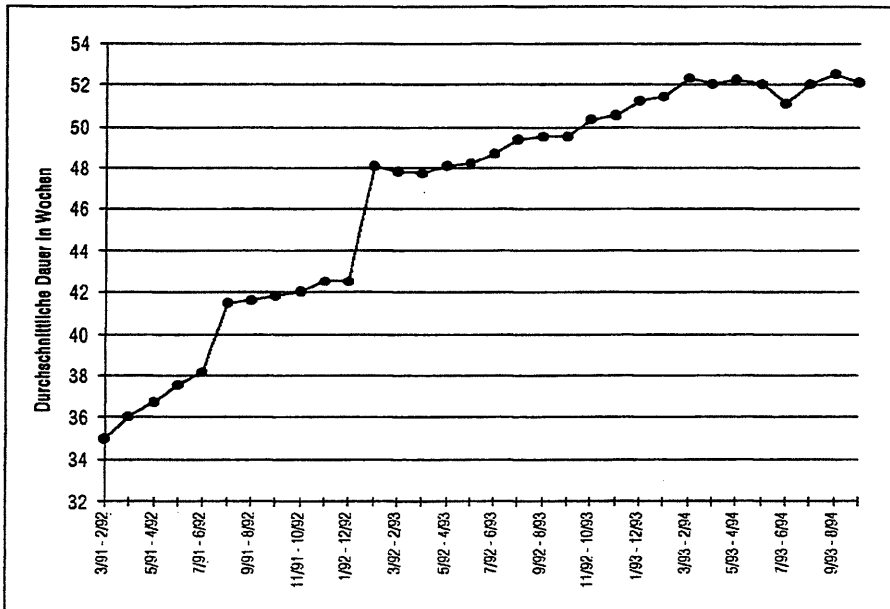
Die Abbildung 10 zeigt daher die Anteile einzelner Berufsgruppen²⁷ an allen Arbeitslosen. Dabei zeigen sich bei den Berufsgruppen Warenkaufleute und Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe deutliche Anteilssteigerungen, während die Anteile der anderen Gruppen in den durchschnittlichen Jahresbeständen zurückgehen. Über diesen Zeitraum hinweg sind nahezu alle Berufsgruppen von Arbeitslosigkeit betroffen. Der vorstehend geschilderte Anstieg von Arbeitslosen aus Angestelltenberufen korrespondiert dabei mit den Steigerungen in den Berufsgruppen der Warenkaufleute und der Verwaltungsberufe, die seit 1990 - wie bereits erwähnt - mit dem Stellenabbau in der Verwaltung und der Privatisierung ehemals staatlicher Handelseinrichtungen zusammenhängt.

Betrachtet man nun noch einmal die Entwicklung der insgesamt stagnierenden bzw. zum Jahresanfang 1994 wieder steigenden Gesamtbestände an Arbeitslosen und führt sich vor Augen, daß zum Jahresende 1993 ein leichter Anstieg der abhängig Beschäftigten in der Beschäftigungsstatistik ausgewiesen war, dann korrespondiert dieser Anstieg offensichtlich nicht mit einem Rückgang der Arbeitslosenbestände. Für diesen Umstand sind sicherlich eine Reihe von Erklärungsmodellen denkbar, etwa, daß letztlich der Anstieg der Erwerbstätigkeit und der Arbeitslosigkeit zu gering ausfällt, als daß die Effekte mit dem - zugegebenermaßen sehr groben - Instrument der Arbeitsmarktstatistik zu messen wären, oder aber auch dadurch, daß neue Stellen durch zugezogene Erwerbspersonen besetzt werden, also nicht unmittelbar der regionalen Erwerbsbevölkerung zugute kommen, ebenso denkbar ist aber auch die These, daß sich Arbeitslosigkeit zunehmend verfestigt, d.h., daß die Stabilisierung der Arbeitslosenbestände auf relativ hohem Niveau dauerhaft bestimmte Personengruppen betrifft. Ein erstes Indiz für diese These, daß nämlich das Risiko der Arbeitslosigkeit für noch oder wieder Erwerbstätige geringer wird, während die Arbeitslosen selber mit einem erhöhten Risiko des Verbleibs in Arbeitslosigkeit und schlechteren Wiederbeschäftigungschancen konfrontiert werden, ist die Entwicklung der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit.

Die Abbildung 11 zeigt, daß die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von 35 Wochen 1991 bis September 1994 auf 52 Wochen ansteigt. Das bedeutet, daß Arbeitslose 1994 durchschnittlich 17 Wochen länger in der Arbeitslosigkeit verbleiben als noch 1991 bzw., daß Arbeitslose im September 1994 im Durchschnitt aller Arbeitslosen ein Jahr lang arbeitslos sind.

²⁷ Ausgewählt wurden diejenigen Berufsgruppen, die 1990 einen Anteil von über 5% an allen Arbeitslosen hatten. Insgesamt waren 1990 knapp 48% aller registrierten Arbeitslosen vor der Arbeitslosigkeit in diesen sechs ausgewählten Berufsgruppen beschäftigt.

Abbildung 11:
Dauer der Arbeitslosigkeit (gleitende Jahresdurchschnitte in Wochen) im Arbeitsamtsbezirk Gotha März 1991 bis September 1994



Quelle: IABWerkstattberichte - Aktuelle Daten.

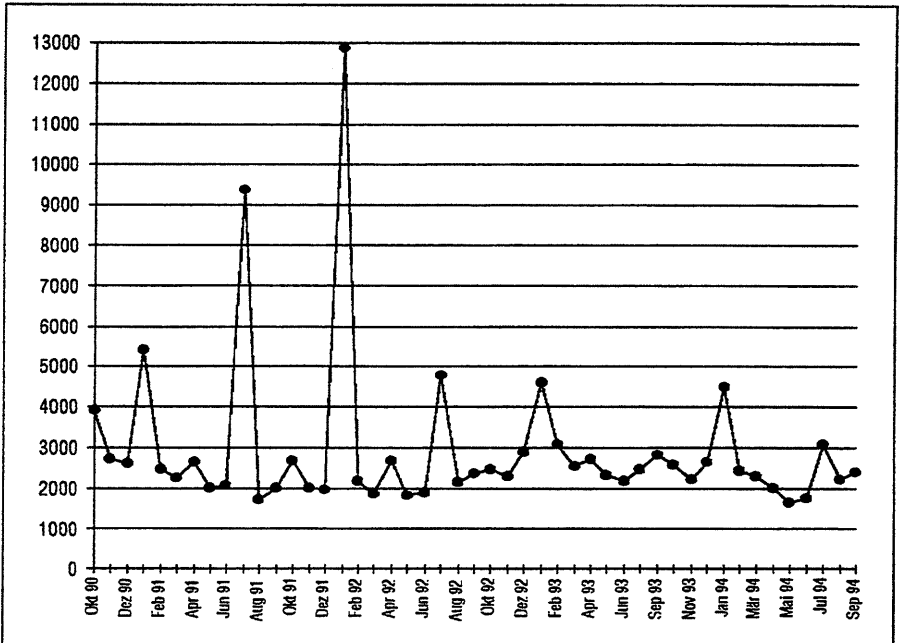
Die Auswertung einer Strukturanalyse von Arbeitslosen für den Zeitraum September 1992 bis September 1993 ergab für September 1993 im Durchschnitt aller Arbeitslosen eine Dauer von 321 Tagen (September 1992: 257 Tage). Zu den "Langzeitarbeitslosen zählen Personen, die bereits ein Jahr und länger arbeitslos sind. Das traf zum Stichtag der Strukturanalyse auf 10.700 Männer und Frauen zu, das sind insgesamt rund 33% aller Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk. Deren Anteil an allen Arbeitslosen stieg von September 1992 bis September 1993 um 10,5 Prozentpunkte. Frauen sind von Langzeitarbeitslosigkeit weitaus stärker betroffen als Männer: Zum Stichtag "waren von 22.600 Frauen 8.500 länger als ein Jahr arbeitslos, das ist ein Anteil von 38 Prozent. Bei der Strukturanalyse 1992 lag ihr Anteil noch bei 26 Prozent. Frauen waren zum Stichtag 1993 durchschnittlich seit 349 Tagen arbeitslos, Männer 256 Tage" (Arbeitsamt Gotha: Jahresbericht 1993, S. 10). Eine weitere Annäherung an o.e. These der zunehmenden Verfestigung

von Arbeitslosigkeit soll im folgenden durch die Untersuchung der Entwicklung und Struktur der Zugänge in Arbeitslosigkeit versucht werden.

5.3.4 Entwicklung und Struktur der Zugänge in Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Gotha

Abbildung 12:

Zugänge in Arbeitslosigkeit insgesamt im Arbeitsamtsbezirk Gotha Oktober 1990 bis September 1994



Quellen: Statistisches Material der Bundesanstalt für Arbeit; IABwerkstattberichte - Aktuelle Daten.

Eine Untersuchung der Zugänge in Arbeitslosigkeit (entsprechen den Arbeitslosenmeldungen) entlang der in dieser Arbeit verwendeten Indikatoren kann eine Annäherung an die Frage bedeuten, welche Gruppen besonders vom Risiko der Arbeitslosigkeit bedroht sind. Die Abbildung 12 zeigt zunächst die Zugänge insgesamt: Die Kurve zeigt wiederum deutlich die Zunahme der Arbeitslosenbestände zu den "Entlassungszeitpunkten" und die saisonalen Schwankungen.

Die nachfolgende Tabelle 11 zeigt die Zugänge nach vorherigem Status: Stellten Arbeitslose, die sich aus vorheriger Erwerbstätigkeit arbeitslos meldeten, 1991 noch rund 99% der ausgewiesenen Zugänge, so sind es im Jahr 1993 insgesamt nur noch 85%. Entsprechend angestiegen sind die Anteile der Arbeitslosenmeldungen von Personen, die sich zuvor in betrieblicher Ausbildung befanden (von 0,01% 1991 auf 2,04% 1993) bzw. nicht erwerbstätig waren (von 1,02% 1991 auf 12,95% 1993). Letztere Gruppe beinhaltet Deutsche und Ausländer, die sich zuvor in einer schulischen Ausbildung befanden (inklusive beruflichen Bildungsmaßnahmen) und Personen, die zuvor nicht im Bundesgebiet erwerbstätig waren (etwa Aussiedler). Dies ist zunächst ein Hinweis auf ein steigendes Arbeitslosigkeitsrisiko für Personen ohne vorherige Erwerbstätigkeit und ein verringertes für vorher Erwerbstätige. Insbesondere der Anstieg in der Gruppe von Personen aus einer vorherigen betrieblichen Ausbildung wird vom Arbeitsamt als "Hinweis darauf (gewertet), daß die Betriebe Auszubildende nach Abschluß der Prüfung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen haben oder nach einer überbetrieblichen Ausbildung keinen Betrieb fanden, der sie eingestellt hat" (Arbeitsamt Gotha, Jahresbericht 1993, S. 8).

Tabelle 11:

Zugänge in Arbeitslosigkeit (Jahressummen) insgesamt und nach vorherigem Status im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 bis 1993

Jahressummen: Zugänge insgesamt und aus ...				
	Insgesamt	vorheriger Erwerbstätigkeit	einer betr. Ausbildung	vorher nicht erwerbstätig
1991	36545	36168	4	373
1992	40109	37841	442	1826
1993	34386	29234	700	4452
Anteile an den Zugängen:				
		vorheriger Erwerbstätigkeit	einer betr. Ausbildung	vorher nicht erwerbstätig
1991	-	98,97%	0,01%	1,02%
1992	-	94,35%	1,10%	4,55%
1993	-	85,02%	2,04%	12,95%

Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte; eigene Berechnungen.

Betrachtet man die Jahressummen der Zugänge insgesamt, so ist ein leichter Anstieg von 1991 auf 1992 und ein starker Rückgang von 1992 bis 1993 festzustellen. Gemeinsam mit dem im gleichen Zeitraum feststellbaren Anstieg der durchschnittlichen Jahresbestände²⁸ an Arbeitslosen und dem Anstieg der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit bedeutet dies eine quantitativ deutlich verringerte Dynamik der Arbeitslosenbestände und für Teile der Arbeitslosen eine "Verfestigung" von Arbeitslosigkeit. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen etwa auch Kronauer/Vogel bei der Betrachtung der Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit im Landkreis Neuruppin (Kronauer/Vogel 1994):

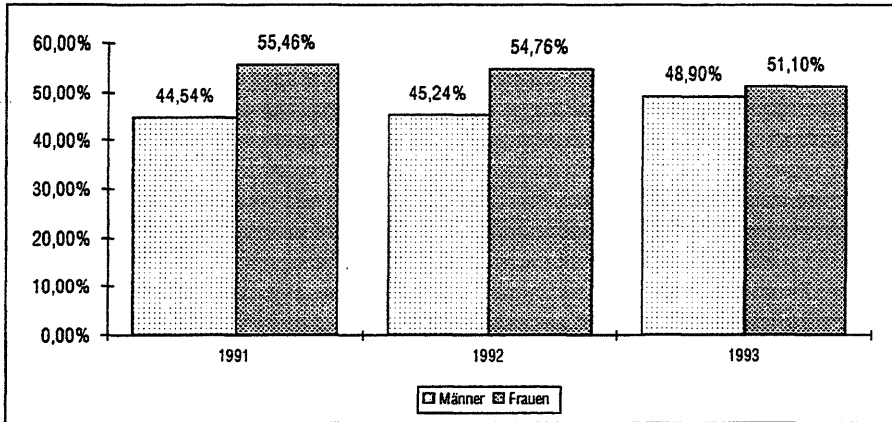
"Und dennoch markiert das Jahr 1993 nach unseren Befunden, die sich auf erste Auswertungen der Strukturdatenerhebung im September 1992 und 1993 in der Dienststelle Neuruppin stützen können, eine Wegscheide der Arbeitsmarktentwicklung: der durch Massenarbeitslosigkeit und staatliche Interventionen verflüssigte Arbeitsmarkt beginnt sich nun in seinen Strukturen zunehmend zu verfestigen. Am Beispiel der Dauer der Arbeitslosigkeit wird dies schlagartig deutlich" (Kronauer/Vogel 1994, S. 82 f.).

Abbildung 13 zeigt einen stetigen Rückgang des Frauenanteils an den Arbeitslosenmeldungen von 1991 bis 1993 und einen entsprechenden Anstieg des anteiligen Zugangs arbeitsloser Männer, so daß 1993 Frauen mit 51% und Männer mit 49% beinahe zu gleichen Teilen die Zugänge ausmachen. Auch diese Entwicklung läßt sich als Bestätigung der angesprochenen These der Stabilisierung von Arbeitslosigkeit zwischen 1992 und 1993 (und tendenziell auch für 1994) interpretieren. Kombiniert man die Annäherung der geschlechtsspezifischen Anteile an den Zugängen in Arbeitslosigkeit mit den Aussagen der Strukturanalyse über die Dauer der Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen und dem annähernd gleichbleibenden Anteil von Frauen an den Arbeitslosen von über 60%, dann folgt daraus im Aggregat ein höheres Verbleibsrisiko in der Arbeitslosigkeit für Frauen bzw. geringere Wiederbeschäftigungschancen.

²⁸ Hierzu wurden die monatlichen Bestände an Arbeitslosen jeweils für ein Jahr aufsummiert und durch 12 dividiert. Das Ergebnis: 1991 23.121, 1992 30.891 und 1993 32.458 Personen, vgl. dazu auch Tabelle 6 im Anhang: *Arbeitslose gesamt und nach ausgewählten Merkmalen im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994*. Nach demselben Verfahren läßt sich aus den Jahressummen der Zugänge in Arbeitslosigkeit ein monatlicher Jahresdurchschnitt errechnen. Im Durchschnitt wurden danach monatlich im Jahr 1991 3.045, im Jahr 1992 3.342 und 1993 2.866 Personen arbeitslos. Auch bei dieser Berechnung ergibt sich tendenziell das gleiche Ergebnis: Steigende Bestände an Arbeitslosen korrespondieren zwischen 1992 und 1993 nicht mit einem Anstieg der Arbeitslosenmeldungen, im Gegenteil, diese sind rückläufig. (Auch für das Jahr 1994 ist eine entsprechende Tendenz zu erwarten, da eine Berechnung des durchschnittlichen monatlichen Zugangs in Arbeitslosigkeit bis September 1994 noch einmal einen um 400 Personen verringerten Wert ergab. Da aber über das letzte Quartal 1994 keine Aussage getroffen werden kann, ist diese Berechnung nur unter Vorbehalt zu verwenden.)

Abbildung 13:

Zugang an Arbeitslosen (Jahressummen) nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 bis 1993



Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte, eigene Berechnungen.

Tabelle 12:

Anteile der Zugänge in Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftsbereichen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 bis 1993*

	1991	1992	1993
Land-, Forstwirtschaft/Fischerei	6,82%	9,52%	7,16%
Energie-/Wasserversorg./Bergbau	2,89%	1,23%	0,67%
Verarbeitendes Gewerbe	47,61%	46,21%	26,52%
Baugewerbe	5,60%	6,06%	4,04%
Handel	10,07%	10,03%	8,70%
Verkehr/Nachrichtentöbern.	3,32%	3,07%	4,96%
Kredit-/Versicherungsgewerbe	0,36%	0,85%	0,72%
Dienstleistungen	14,92%	9,75%	12,73%
Org. o. Ewerbschar./private Haush.	1,27%	1,44%	3,19%
Gebietskörpersch./Sozialvers.	5,96%	6,18%	15,36%
Übrige	1,18%	5,66%	15,94%
Gesamt:	100,00%	100,00%	100,00%

* jeweils bezogen auf die Jahressummen der Zugänge.

Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte, eigene Berechnungen.

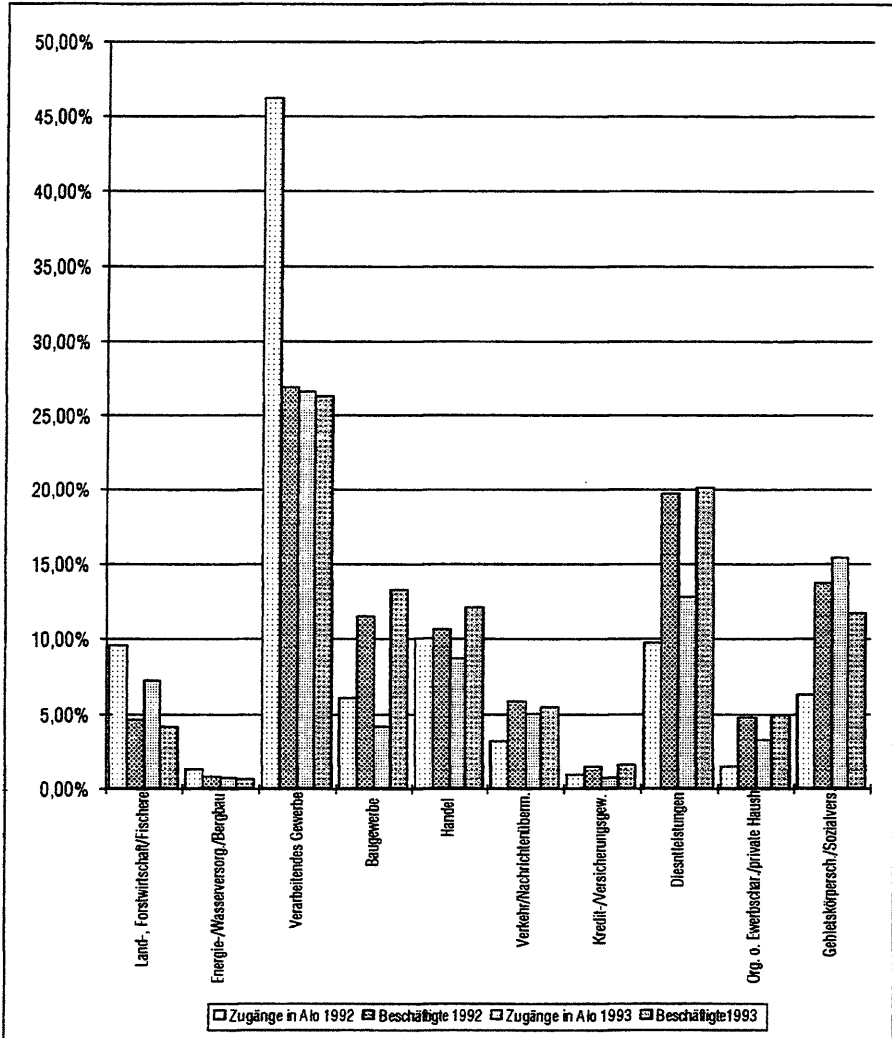
Betrachtet man die Entwicklung der Zugänge nach Wirtschaftsbereichen und vergleicht zunächst nur die Jahre 1991 und 1993, so zeigt sich, daß 1991 über 70% aller Zugänge in Arbeitslosigkeit aus den Wirtschaftsbereichen Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungen und Handel kommen. Die Anteile der Zugänge aus diesen Wirtschaftsbereichen nehmen allerdings bis 1993 kontinuierlich ab, weit- aus am stärksten im Verarbeitenden Gewerbe. Sie stellen zwar zu beiden Zeit- punkten die größten Zugänge, sind 1993 aber nur noch mit 27% an allen Zugän- gen in Arbeitslosigkeit beteiligt, während es 1991 48% waren. Auffällig ist hier- bei die starke Anteilssteigerung der Zugänge aus Gebietskörperschaften und So- zialversicherungen. Hier wirkt sich offenbar die "Warteschleifen"-Regelung im öffentlichen Dienst verzögernd aus.

Mit einem Vergleich zwischen den Arbeitslosenmeldungen in den Jahren 1992 und 1993 und den Anteilen der abhängig Beschäftigten nach Wirtschaftsberei- chen zu denselben Zeitpunkten soll der Versuch unternommen werden, einen un- gefähren Eindruck vom Arbeitslosigkeitsrisiko der Beschäftigten für einzelne Wirtschaftsbereiche zu erhalten. Dabei wird ein überproportionaler Anteil von Ar- beitslosenmeldungen einer Branche als Indikator für ein erhöhtes, entsprechend ein unterproportionaler für ein geringeres Risiko angenommen.

Dabei zeigt sich für die Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes 1992 ein überproportionaler Zugang in Arbeitslosigkeit und 1993 etwa entsprechende An- teile an den Beschäftigten und den Arbeitslosenmeldungen. Ein - allerdings für beide Zeitpunkte - ebenso deutlich überproportionaler Anteil an Zugängen in Ar- beitslosigkeit ist auch für die Beschäftigten aus dem Bereich Land-/Forstwirt- schaft und Fischerei zu erkennen. Stark unterproportionale Anteile sind im Bau- gewerbe und bei Dienstleistungen auszumachen, wo das aggregierte Arbeitslosig- keitsrisiko folglich geringer sein dürfte. Beide Bereiche zeigen demnach auch steigende Beschäftigtenanteile.

Abbildung 14:

Struktur der abhängig Beschäftigten im Dezember 1992 und Dezember 1993 und der Zugänge in Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftsbereichen 1992 und 1993*



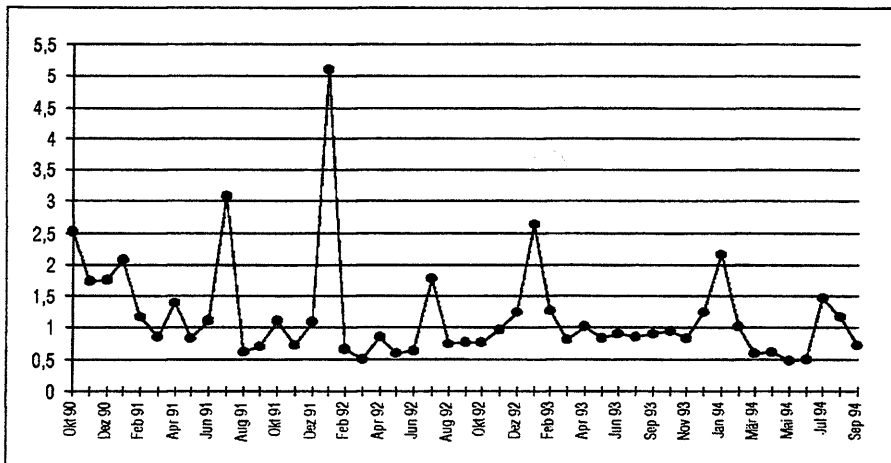
* Jahressummen.

Quellen: Thüringer Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht - Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Thüringen 31.3.1992 - 31.12.1993; Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte.

5.3.5 Abgänge aus Arbeitslosigkeit

Abbildung 15:

Verhältnis der Zugänge in Arbeitslosigkeit zu den Abgängen aus Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Gotha Oktober 1990 bis September 1994



Quellen: Statistisches Material der Bundesanstalt für Arbeit; IABWerkstattberichte - Aktuelle Daten.

Abschließend soll noch einmal ein Blick auf die Dynamik der Zu- und Abgänge von Arbeitslosen geworfen werden. Die obenstehende Abbildung zeigt das Verhältnis der Zugänge zu den Abgängen. Dabei wird zweierlei deutlich: Einmal wiederum die Bedeutung der "Entlassungszeitpunkte" jeweils zum Quartalsende für das Anwachsen der Arbeitslosenbestände. So stieg die Zahl der Arbeitslosenmeldungen zum Juli 1991 sprunghaft auf das Dreifache der Abgänge an, übertrafen noch von den Zugängen zum Jahresanfang 1992: Im Januar erreichten die Zugänge das Fünffache der Abgänge. Zum zweiten wird trotz der durchaus abnehmenden Dynamik deutlich, daß die Arbeitslosenzugänge für den gesamten Zeitraum im Mittel immer die der Abgänge übersteigen (Zugänge : Abgänge = 1,2). Nimmt man die Mittelwerte für die einzelnen Jahre bzw. anteilig für die jeweilige Anzahl an Monaten, zeigt sich, daß das Verhältnis der Zugänge in Arbeitslosigkeit zu den Abgängen vom Mittelwert der letzten drei Monate 1990 von 1,96 stetig sinkt (1991: 1,23, 1992: 1,22, 1993: 1,20), bis im Mittel der Monate Januar bis September 1994 erstmals die Abgänge größer sind als die Arbeitslosenmeldungen (0,97). Dies korrespondiert dann auch mit einem leichten Rückgang der Arbeitslosenbestände und somit, wenn auch nur geringfügig, mit einer Ten-

denz zum Abtragen des hohen "Sockelbetrages" an arbeitslosen Männern und Frauen.

Arbeitsvermittlungen

Während die Abgänge aus Arbeitslosigkeit noch keinen Aufschluß über die Vermittlungsleistung der Arbeitsämter geben²⁹, kann anhand der Strukturdaten der Arbeitsvermittlungen zumindest näherungsweise versucht werden, deren Entlastungswirkung einzuschätzen:

Tabelle 13:
Jahresdurchschnitte der Arbeitsvermittlungen gesamt und nach ausgewählten Merkmalen im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994

	Im Lauf des Monats ges.	von Arbeitslosen		in ABM	in Besch. ü. 7 Kal.t.	in Teilzeit
		absolut	Anteil			
1991	1905	1283	67,33%	1308	1905	41
1992	1406	1220	86,78%	504	1403	33
1993	1309	1155	88,21%	404	1298	413

Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte, eigene Berechnungen.

Tabelle 13 zeigt einen Rückgang der durchschnittlichen Vermittlungen im Lauf eines Monats. Die Zunahme des Anteils der Vermittlung von Arbeitslosen auf 88% aller Vermittlungen zeigt dabei, daß die Wiedereingliederung von Arbeitslosen zwischen 1991 und 1993 zur Hauptaufgabe geworden ist. Insgesamt wird kaum in kurzfristige Beschäftigung vermittelt, allerdings zunehmend in Teilzeit. Der Rückgang der Vermittlungen in ABM korrespondiert dabei mit der starken Beschneidung dieser Fördermöglichkeit und dem Auslaufen vieler Projekte zum Jahresende 1992 (vgl. dazu auch den nächsten Abschnitt).

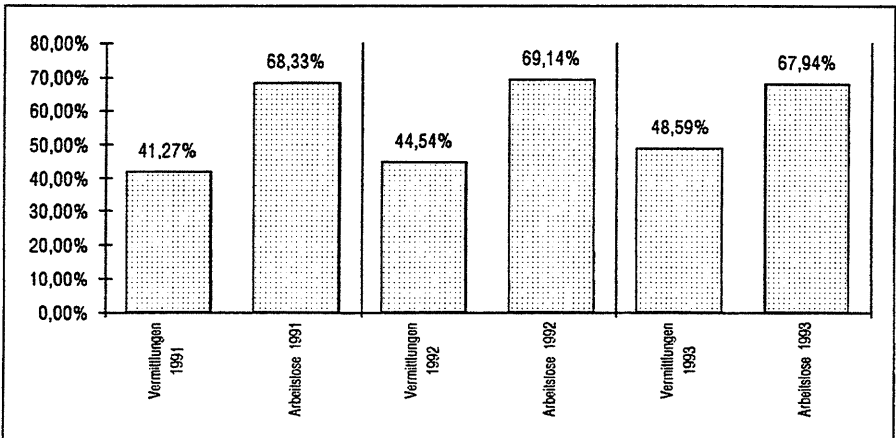
Abbildung 16 zeigt, daß Frauen unterproportional vom Arbeitsamt in neue Stellen vermittelt werden. Allerdings steigt der Anteil weiblicher Arbeitsloser an allen Vermittlungen im gesamten Zeitraum um ca. 7% an. Der beinahe gleichbleibende

²⁹ Die Abgänge aus Arbeitslosigkeit enthalten sowohl Vermittlungen in Arbeit als auch Personen, die aus vielfältigen Gründen nicht mehr als Arbeitslose registriert werden: Etwa Personen, die die entsprechenden Altersgrenzen erreicht haben oder sich nicht bzw. nicht mehr beim Arbeitsamt melden, ebenso Personen, die eine schulische Ausbildung aufnehmen oder Wehr- bzw. Zivildienst leisten u.ä. Betrachtet man dagegen nur die Arbeitsvermittlungen des Arbeitsamtes, können einerseits Informationen darüber gewonnen werden, wie sich die Arbeitsvermittlungen zu den Abgängen insgesamt verhalten, andererseits etwa, wie viele der Vermittelten vorher arbeitslos waren (vermittelt werden ja nicht nur Arbeitslose, sondern insgesamt "Arbeitssuchende", die sich aus Arbeitslosen sowie erwerbstätigen Arbeitssuchenden und Teilnehmern an einer AFG-gestützten Maßnahme zusammensetzen).

Anteil an allen Arbeitslosen weist darauf hin, daß der Anstieg bei den Vermittlungen aber nicht bzw. kaum zur Verringerung des Frauenanteils beiträgt.

Abbildung 16:

Anteile von Frauen an allen Vermittlungen und Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 bis 1993



Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte, eigene Berechnungen.

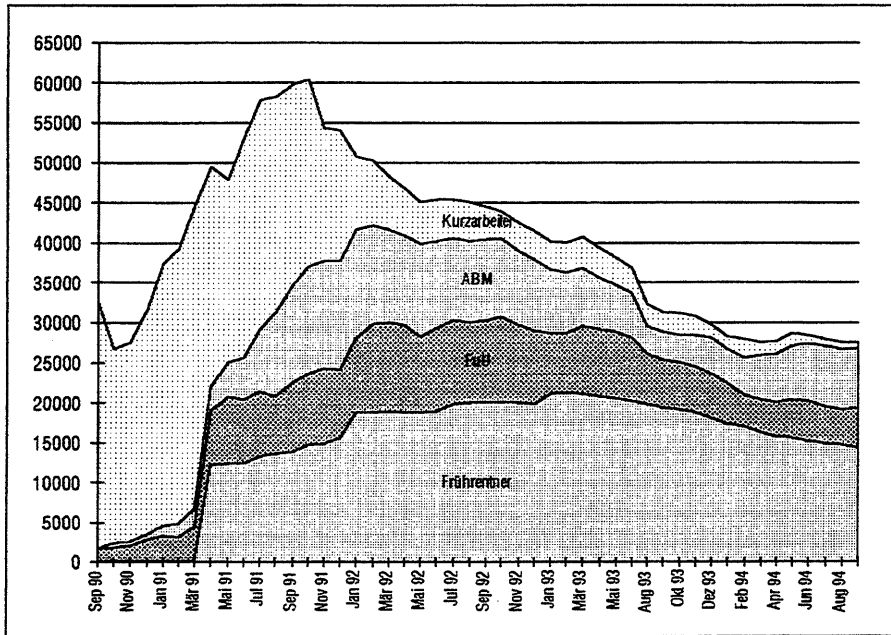
5.3.6 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Im folgenden soll zunächst die allgemeine Entwicklung der arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen dargestellt werden, um dann einzelne Maßnahme etwas näher zu erläutern bzw., soweit möglich, entlang der hier relevanten Indikatoren zu differenzieren.

Abbildung 17 zeigt die absoluten Bestände der Teilnehmer an AFG-gestützten Maßnahmen, die eine Einschätzung davon liefern können, in welchem Umfang die Bestände an Arbeitslosen ohne den massiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen im Arbeitsamtsbezirk angestiegen wären. Dabei zeigt sich, daß die "Spitze" der Entlastungswirkung dieser Maßnahmen im Oktober 1991 erreicht war und seitdem insgesamt kontinuierlich abnimmt. Im Oktober 1991 befanden sich insgesamt 60.424 Männer und Frauen in entsprechenden Maßnahmen, knapp zweieinhalb mal mehr als arbeitslos registrierte Personen, während es im September 1994 etwa ebenso viele sind.

Abbildung 17:

Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Arbeitsamtsbezirk Gotha September 1990 bis September 1994 (kumuliert)



Quellen: Statistisches Material der Bundesanstalt für Arbeit; IABwerkstattberichte - Aktuelle Daten, eigene Berechnungen.

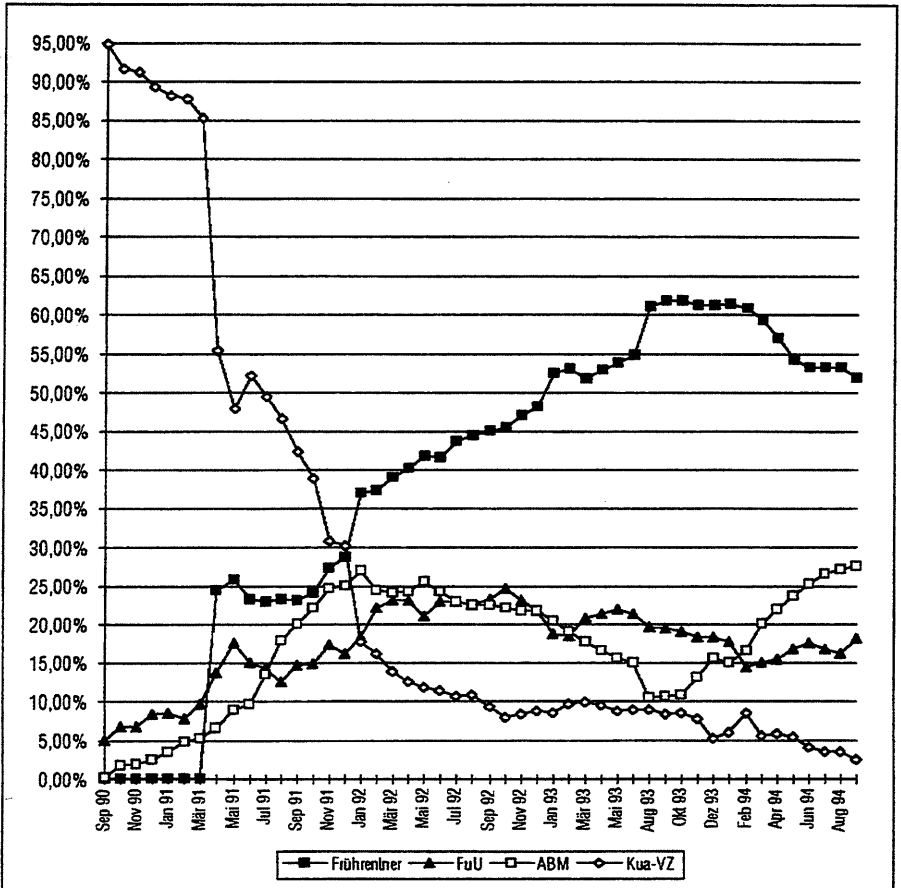
Den einzelnen arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen kommt dabei im Zeitverlauf wechselnde Bedeutung zu (Abbildung 18):

- Während die Kurzarbeiter-Vollzeitäquivalente (diese entsprechen nicht der Zahl der Personen in Kurzarbeit, sondern dem durchschnittlichen Arbeitsausfall aller Kurzarbeiter, sind somit ein Indikator für die tatsächliche Entlastungswirkung dieses Instruments) im September 1990 noch rund 95% aller entlastenden Maßnahmen ausmachten, nimmt deren Anteil an der kumulierten Entlastungswirkung immer mehr ab: Der Einsatz dieses spezifischen Instruments und damit auch dessen Bedeutung für den Arbeitsmarkt erreicht im November 1991 noch rund 30% und im September 1994 beinahe Null Prozent.³⁰

³⁰ Dies entspricht, zumindest bis in die zweite Jahreshälfte 1993 hinein auch der allgemeinen Entwicklung in den neuen Bundesländern (vgl. dazu Völkel 1993).

Abbildung 18:

Anteile der einzelnen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen an der kumulierten Entlastung des Arbeitsmarktes im Arbeitsamtsbezirk Gotha September 1990 bis September 1994



Quellen: IABWerkstattberichte - Aktuelle Daten; Statistisches Material der Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen.

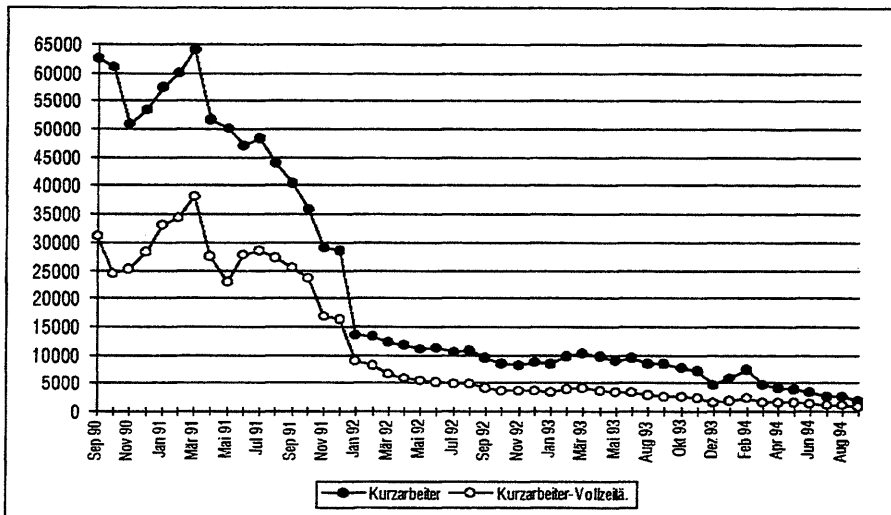
- Die Beschäftigten in ABM (inklusive der Teilnehmer an Maßnahmen nach 249 h AFG) weisen steigende Anteile bis November 1991 auf, wo diese knapp 30% erreichen, um dann kontinuierlich bis August 1993 abzunehmen (10%). Danach erfolgt ein erneuter Anstieg und wieder zunehmende Bedeutung dieses Instruments bis September 1994 (auf knapp 30%). Dieser Verlauf hängt insbesondere mit dem Auslaufen vieler AB-Maßnahmen, insbesondere der sogenannten "Mega-ABM", zum Jahresende 1992 zusammen.³¹
- Die Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung (FuÜ) konnten hier nicht in der eigentlich erforderlichen Differenzierung als Vollzeit-Maßnahmenteilnehmer aufgeführt werden, da die Daten für den gesamten Zeitraum nicht verfügbar sind. Allerdings stellen die ausgewiesenen Bestände aller FuÜ-Teilnehmer eine Annäherung an die tatsächliche Entlastungswirkung von Qualifizierungsmaßnahmen dar, da die Maßnahme "Fortbildung und Umschulung (...) überwiegend Teilnahme an von den Arbeitsämtern geförderten Vollzeitmaßnahmen (bedeutet)" (Bielencki/Brinkmann/Kohler 1994, S. 5). Die Anteile dieser Maßnahmen entwickelten sich von rund 5% im September 1990 bis Februar 1992 auf etwas über 20%, stabilisieren sich bis September 1993 insgesamt auf diesem Niveau und pendeln sich ab September 1993 auf Werte zwischen ungefähr 15% und 19% ein.
- Dagegen nimmt die Bedeutung von Frühverrentungen für die Entlastung des regionalen Arbeitsmarktes bis August 1993 immer mehr zu, bleibt dann bis in den Jahresanfang 1994 stabil bei ca. 60% aller Maßnahmen und geht dann auf etwa über 50% im September 1994 zurück. Frühverrentungen setzen sich aus Beziehern von Vorruhestandsgeld (Vog) und - zum Jahresende 1992 für Neufälle ausgelaufenem - Altersübergangsgeld (Alueg) zusammen).

³¹ Das neue Instrument der Lohnkostenzuschüsse nach 249 h AFG für Beschäftigte in den Bereichen Umweltschutz, soziale Dienste und Jugendhilfe, das seit Anfang 1993 eingesetzt werden kann, sollte erstens eine Fortführung dieser Projekte ermöglichen, zweitens der Erkenntnis des nach wie vor bestehenden Problemdrucks am Arbeitsmarkt und der Kritik an der bisherigen Form der Finanzierung von Arbeitsmarktpolitik Rechnung tragen (vgl. dazu Brinkmann/Wolfinger 1994, S. 2).

Kurzarbeit

Abbildung 19:

Entwicklung der Bestände an Kurzarbeitern und Kurzarbeiter-Vollzeitäquivalenten im Arbeitsamtsbezirk Gotha September 1990 bis September 1994



Quellen: IABwerkstattberichte - Aktuelle Daten; Statistisches Material der Bundesanstalt für Arbeit.

Deutlich zu sehen ist die kontinuierliche Abnahme der absoluten Bestände von Kurzarbeitern und den Vollzeitäquivalenten³². Der Bestand von 62.375 Personen, der zu Anfang des Berichtszeitraumes im September 1990 erreicht war, wird nur noch einmal, im März 1991, mit 64.040 Personen übertroffen, um dann insgesamt stetig zu sinken. Dabei wird die Dynamik bis zum Jahresende 1991 innerhalb des Jahres durch die Zunahme jeweils zum Jahresanfang und die kontinuierliche Abnahme spätestens ab März des jeweiligen Jahres gekennzeichnet. September 1994 ist mit 1.802 Personen in Kurzarbeit (das entspricht einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von 682 Personen) der vorläufige absolute Tiefststand erreicht: Kurzarbeit hat als arbeitsmarktpolitisches Instrument nur noch marginale Bedeutung. Da Kurzarbeit für die Betroffenen oftmals mit dem Ausscheiden aus dem Betrieb

³² Die Vollzeitäquivalente entsprechen der Anzahl der Personen, die aufgrund der Berechnung des durchschnittlichen Arbeitsausfalls aller Kurzarbeiter einen Arbeitsausfall von 100% hätten. Der durchschnittliche Arbeitsausfall wird über die Mittelwerte der vier Kategorien errechnet, mit denen die Arbeitszeitverkürzung erfaßt wird: bis 25% (Mindestausfall 10%), über 25-50%, über 50-70%, über 75%.

endet, "Abgang aus Kurzarbeit - soweit es sich nicht um Rückkehr zur Normalarbeitszeit handelt - zunächst Entlassung aus dem Beschäftigungsverhältnis bedeutete, machen die Veränderungen der Kurzarbeiterquoten zugleich den Beschäftigungsabbau in den Wirtschaftsgruppen deutlich und weisen auf beginnende Strukturveränderungen hin" (Völkel 1992, S. 4). Für eine differenzierte Betrachtung von Kurzarbeitern nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht liegen Daten erst ab Dezember 1991 (Dezember 1991) vor.

Tabelle 14:

Kurzarbeiter nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen und Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha jeweils im Dezember 1991 bis 1993

Dez 91	Absolut			Anteile in %	
	Insgesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Wirtschaftsbereiche					
Land-, Forstwirtschaft/Fischerei	3142	1595	1547	50,76%	49,24%
Energie-/Wasserversorg./Bergbau	102	87	15	85,29%	14,71%
Verarbeitendes Gewerbe	21008	9974	11034	47,48%	52,52%
Baugewerbe	747	556	191	74,43%	25,57%
Übrige Wirtschaftsbereiche	3525	849	2676	24,09%	75,91%
Insgesamt	28524	13061	15463	45,79%	54,21%
Dez 92	Absolut			Anteile in %	
	Insgesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Wirtschaftsbereiche					
Land-, Forstwirtschaft/Fischerei	804	480	324	59,70%	40,30%
Energie-/Wasserversorg./Bergbau	24	7	17	29,17%	70,83%
Verarbeitendes Gewerbe	7296	4369	2927	59,88%	40,12%
Baugewerbe	197	178	19	90,36%	9,64%
Übrige Wirtschaftsbereiche	217	82	135	37,79%	62,21%
Insgesamt	8538	5116	3422	59,92%	40,08%
Dez 93	Absolut			Anteile in %	
	Insgesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Wirtschaftsbereiche					
Land-, Forstwirtschaft/Fischerei	282	151	131	53,55%	46,45%
Energie-/Wasserversorg./Bergbau	15	14	1	93,33%	6,67%
Verarbeitendes Gewerbe	3579	2403	1176	67,14%	32,86%
Baugewerbe	329	322	7	97,87%	2,13%
Übrige Wirtschaftsbereiche	276	169	107	61,23%	38,77%
Insgesamt	4481	3059	1422	68,27%	31,73%

Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte, eigene Berechnungen.

Der Rückgang der Kurzarbeit geht auch aus Tabelle 14 hervor: Insgesamt fallen die Bestände an Kurzarbeitern von 28.524 Personen im Dezember 1991 auf 4.481 im Dezember 1993. Der Einsatz dieser Instrumente konzentriert sich überwiegend auf Betriebe des verarbeitenden Gewerbes (im Durchschnitt der drei Zeitpunkte stellen Kurzarbeiter aus diesem Wirtschaftsbereich ca. 80% aller Kurzarbeiter). Hinsichtlich einer geschlechtsspezifischen Differenzierung von Kurzarbeit läßt

sich erkennen, daß Frauen im Dezember 1991 insgesamt ca. 55% aller Kurzarbeiter stellten, gemessen an ihrem Anteil an allen Beschäftigten ein überproportionaler Wert. Allerdings nimmt der Anteil von Frauen zu den nächsten beiden Zeitpunkten immer mehr ab: Im Dezember 1992 sind es noch 40% und im Dezember 1993 dominieren dann eindeutig männliche Kurzarbeiter mit einem Anteil von knapp 70% diese Maßnahme.

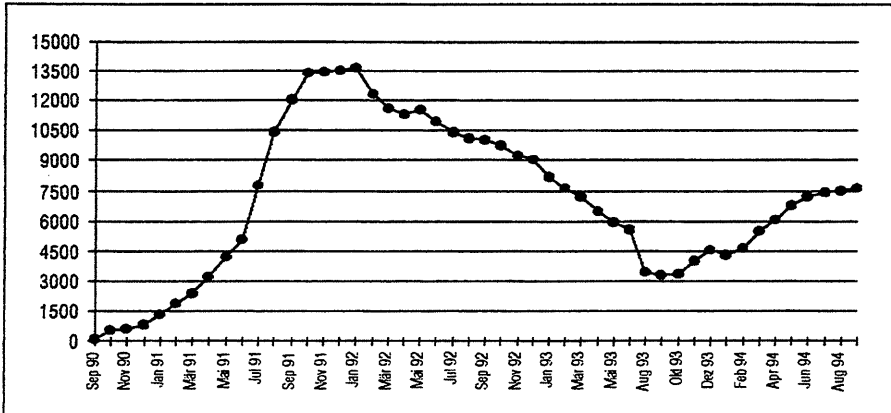
Wie ist nun der Einsatz von Kurzarbeit für den Arbeitsmarkt, vor allem für die Arbeitnehmer, einzuschätzen und zu bewerten? Zunächst einmal bedeutete Kurzarbeit für die Arbeitnehmer in gefährdeten Betrieben (zumindest zeitweise) den Erhalt ihres Arbeitsplatzes. Überdies brachte Kurzarbeit gegenüber Arbeitslosengeld deutliche finanzielle Vorteile, da Kurzarbeitsgeld (Kug) ja nur für die ausgefallene Arbeitszeit ausgezahlt wurde, "weitere Einkommensbestandteile erhalten blieben (...). Außerdem sind zeitweise durch tarifvertragliche Regelungen in einigen Wirtschaftsgruppen (z.B. metallverarbeitende Industrie, Chemie) Aufstockungen des Kug bis zu teilweise 90% wirksam geworden. So lag der Netto-Arbeitsverdienst der Kurzarbeiter im Juli 1991 bei 89,2% des Netto-Arbeitsverdienstes der Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge). Lohnerhöhungen sind auch bei Kurzarbeitern wirksam geworden, aber im Zusammenhang mit den steigenden Arbeitsausfällen in geringerem Umfang als bei den Erwerbstätigen" (Völkel 1992, S. 7). Völkel spricht weiter davon, daß die Kurzarbeitsregelungen kurz- bis mittelfristig für die Betroffenen (und über die Entlastungswirkung auch für den Arbeitsmarkt) durchaus vorteilhafte Effekte als "Brückenfunktion" hatte, allerdings in einer längerfristigen Perspektive nachteilig wirken kann, da sie bei den von Kurzarbeit betroffenen "ein trügerisches Gefühl von Sicherheit vermittelten und damit Eigeninitiative nicht förderten" (dies, S. 8), insgesamt bei der Kurzarbeit im "Unterschied zu anderen Instrumenten (...) jedoch strukturerhaltende und -verfestigende Elemente (überwiegen), die mit zunehmender zeitlicher Ausdehnung nachteilig wirken" (dies., S. 9).

Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung (ABM)

Im September 1990 spielen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die Entlastung des regionalen Arbeitsmarktes beinahe gar keine Rolle, steigen dann aber sprunghaft an: Während es im September 1990 nur 56 Personen sind, die in einer solchen Maßnahme beschäftigt werden, sind es zum Jahresende desselben Jahres bereits 1.259. Der Anstieg geht weiter bis zum Januar 1992, wo mit 13.665 ABM-Beschäftigten der Höchststand erreicht wird. Danach setzt insgesamt ein allmählicher Rückgang ein (insgesamt bis September 1994 auf 7.598 Personen), der allerdings nicht kontinuierlich verläuft: Insbesondere das Jahr 1993, das vom Auslaufen vieler AB-Maßnahmen zum Jahresende 1992 und der Einsatzmöglichkeit der

Förderung nach 249 h AFG geprägt ist (im Juni 1993 wurden die ersten 37 Arbeitnehmer mit Lohnkostenzuschüssen nach 249 h AFG gefördert), zeigt einen Rückgang der Bestände bis September und danach einen kontinuierlichen Anstieg, der bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes anhält.

Abbildung 20:
Bestand an Arbeitnehmern in Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM inklusive Teilnehmer nach § 249 h AFG) im Arbeitsamtsbezirk Gotha September 1990 bis September 1994



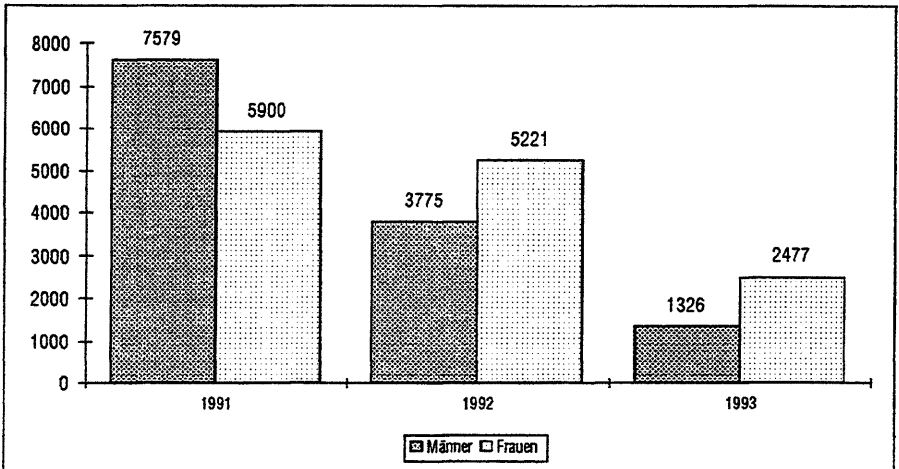
Quelle: IABWerkstattberichte - Aktuelle Daten.

Diese Entwicklung spiegelt auch der Jahresbericht 1993 des Arbeitsamtes Gotha wieder: "Da die vorgesehenen Haushaltsmittel 1993 für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereits im Februar vom Arbeitsamt gebunden waren, ordnete der Präsident an, keine neuen Maßnahmen mehr zu bewilligen. (...) Erst im IV. Quartal konnte der anhaltende Rückgang bei ABM gemäß 91 AFG durch Maßnahmen aus dem Stabilisierungsprogramm des Bundes und gemäß 249 h AFG teilweise wieder kompensiert werden" (Arbeitsamt Gotha: Jahresbericht 1993, S. 33). Die Funktion von AB-Maßnahmen hat sich im Untersuchungszeitraum gewandelt: Bis Ende der ersten Jahreshälfte 1991 sollten mit ABM vor allem die Kündigungswellen abgedeckt werden, ab der zweiten Jahreshälfte wurden aufgrund einer Änderung der Bewilligungsbedingungen durch die Bundesanstalt für Arbeit wieder verstärkt Arbeitslose eingestellt, die auf dem Arbeitsmarkt unterdurchschnittliche Vermittlungsaussichten hatten. Dies ändert zunächst am hohen Be-

stand an ABM-Beschäftigten wenig, da die Maßnahmen zumeist auf ein oder zwei Jahre befristet waren, die somit auch erst 1992 ausliefen bzw. zurückgingen.

Abbildung 21:

Arbeitnehmer in Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha jeweils zum Jahresende 1991 bis 1993



Die Abbildung enthält keine Angaben über Teilnehmer an Maßnahmen nach § 249 h AFG, die seit 1.1.1993 eingesetzt werden können, vgl. dazu IABwerkstattbericht - Aktuelle Daten, Nr. 1.9/15.9.1993, S. 5.

Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte.

Abbildung 21 zeigt sowohl den allgemeinen Rückgang an Personen in ABM-Beschäftigung als auch, daß seit 1992 mehr Frauen als Männer an dieser Maßnahme teilnehmen. Dies korrespondiert mit der o.e. veränderten Zielorientierung von ABM-Maßnahmen: Innerhalb des Jahres 1992 entwickelte sich der Frauenanteil an allen ABM-Beschäftigten von 45% auf 58% Ende Dezember (vgl. Arbeitsamt Gotha: Jahresbericht 1992, S.30). Insbesondere sollten 1992 "über ABM Beschäftigungsmöglichkeiten für besonders schwer vermittelbare Frauen organisiert" werden (ebd.). Die Beschäftigungsverhältnisse sind überwiegend auf ein Jahr angelegt und sollen in doppelter Hinsicht " - individuell und global - eine Brückenfunktion am ostdeutschen Arbeitsmarkt (bilden): Zum einen sollen die geförderten Personen nach Beendigung der ABM möglichst in 'normale' Beschäf-

tigung wechseln. Zum anderen sollen sie dazu beitragen, das gesamtwirtschaftliche Arbeitsplatzdefizit zu verkleinern" (Spitznagel 1993, S. 1).

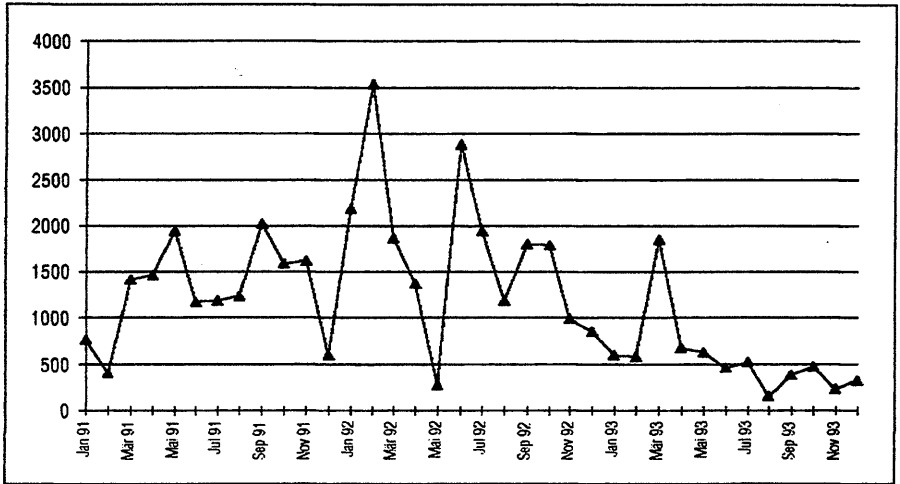
Zieht man die Ergebnisse des Arbeitsmarkt Monitors zur erwähnten Brückenfunktion von ABM hinzu, dann ergibt sich aus den Befragungswellen bis Ende 1992, daß in individueller Hinsicht diese Funktion offenbar zu einem großen Teil erfüllt wird, da nach Beendigung der Maßnahme etwas mehr als die Hälfte aller Teilnehmer eine reguläre Beschäftigung hatten, entweder durch den Wechsel in einen anderen Betrieb oder die Übernahme beim Maßnahmenträger. Allerdings wird rund ein Viertel der ABM-Beschäftigten nach Beendigung der Maßnahme erneut arbeitslos und verbleibt auch (zumindest für den Untersuchungszeitraum) in Arbeitslosigkeit (vgl. ders., S. 2). Für viele Beschäftigte in AB-Maßnahmen ist die Teilnahme sicherlich eine Chance zur Überbrückung des Umstrukturierungsprozesses, allerdings ist diese Chance differenziert zu betrachten: Während ABM für die eine Hälfte als Schleuse zwischen Arbeitslosigkeit und regulärer Beschäftigung fungiert, stellen sie offenbar für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Teilnehmer letztlich eine Unterbrechung der Arbeitslosigkeit dar. Überdies kann für die 16% der Teilnehmer, die vom Träger übernommen werden, nicht unbedingt von einem langfristig gesicherten Arbeitsplatz ausgegangen werden: Viele dieser Träger könnten selbst keine längerfristige Perspektive besitzen, da ein großer Teil zum Aufbau (etwa wirtschaftsnaher Infrastruktur oder Landschaftsgestaltung) oder Abbau (etwa Sanierung von Böden, Entsorgung von Altlasten in Treuhandunternehmen), also "transformationsbegleitend" eingerichtet wurden und ebenso von der Haushaltslage der Kommunen, der Länder und des Bundes abhängen.

Maßnahmen der beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung (FuU)

Abbildung 22 zeigt die Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung im Untersuchungsgebiet seit Januar 1991. Nicht berücksichtigt wurden Teilnehmer an Maßnahmen nach 41 a AFG (Verbesserung der Vermittlungsaussichten): Deren Zahl fällt von insgesamt 10.228 Personen 1991 auf 4.179 1992 und schließlich im Jahresverlauf 1993 auf 350 Männer und Frauen. Betrachtet man die Kurve der Eintritte in Abbildung 22, dann wird ersichtlich, daß die Bedeutung von FuU für die Entlastung des Arbeitsmarktes zunächst wächst (die Summe der Eintritte erhöht sich von 15.365 1991 auf 20.590 1992), um 1993 deutlich abzunehmen: Alle Eintritte in diese Maßnahme zusammen ergeben 1993 nur noch die Summe von 6.834.

Abbildung 22:

Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung (FuU)* im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis Dezember 1993



* Ohne Teilnehmer an Maßnahmen nach § 41 a AFG.

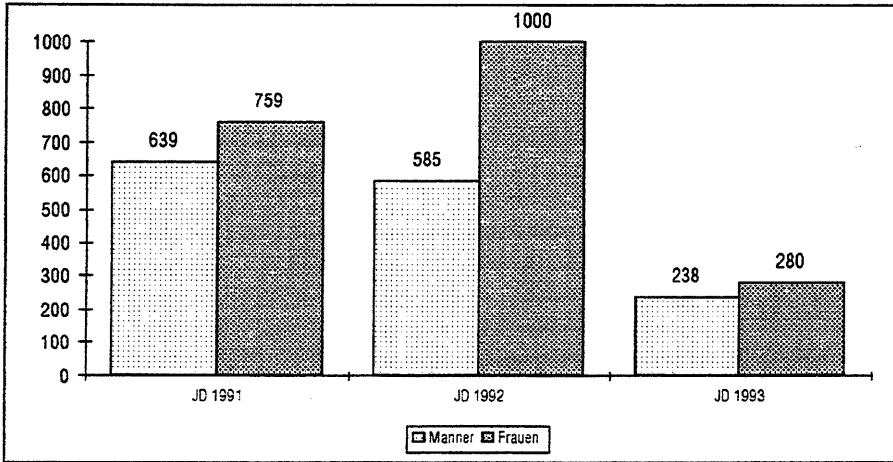
Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte.

Differenziert man hier wiederum nach dem Geschlecht der Teilnehmer (Abbildung 23), sind im Jahresdurchschnitt aller drei Jahre durchgängig mehr Frauen an diesen Maßnahmen beteiligt. Insbesondere das Jahr 1992 zeichnet sich durch einen Frauen-Anteil von rund 63% gegenüber 37% Männerbeteiligung aus. 1993 gleichen sich im Jahresdurchschnitt der monatlichen Eintritte die Anteile beinahe an, obwohl Frauen "aufgrund ihrer Benachteiligung bei der Vermittlung in Dauerarbeitsplätze insbesondere bei Qualifizierungs- und ABM-Maßnahmen im Arbeitsamtsbezirk stärker berücksichtigt" (Arbeitsamt Gotha: Jahresbericht 1993, S.31) wurden. Die Werte der Abbildung zeigen auch, daß Frauen nur 1992 einen ihrem Arbeitslosenanteil entsprechenden Wert der Eintritte in FuU-Maßnahmen aufweisen. Geht man davon aus, daß Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung oder Umschulung ebenso wie ABM eine doppelte Funktion erfüllen sollen, nämlich allgemeine Arbeitsmarktentlastung und Verbesserung der individuellen Vermittlungs- bzw. Berufsaussichten, so muß angesichts der gleichbleibend hohen bzw. im Januar 1994 erneut erhöhten Arbeitslosenbestände davon ausgegangen werden, daß zumindest die Entlastungswirkung deutlich zurückgeht: 1991 und 1992 spricht das Arbeitsamt Gotha noch von "30% der Arbeitslo-

sen in Bildungsmaßnahmen" (1991) bzw. von der "herausragenden Rolle", die FuU 1992 für die Entlastung des regionalen Arbeitsmarktes spielt, 1993 von "nur noch 6.834 Personen", die eine "vom Arbeitsamt Gotha geförderte berufliche Bildungsmaßnahme begannen" (vgl. Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte).

Abbildung 23:

Jahresdurchschnitte der Eintritte in Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung (FuU) nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 bis 1993*



* Ohne Teilnehmer an Maßnahmen nach § 41 a AFG.

Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte.

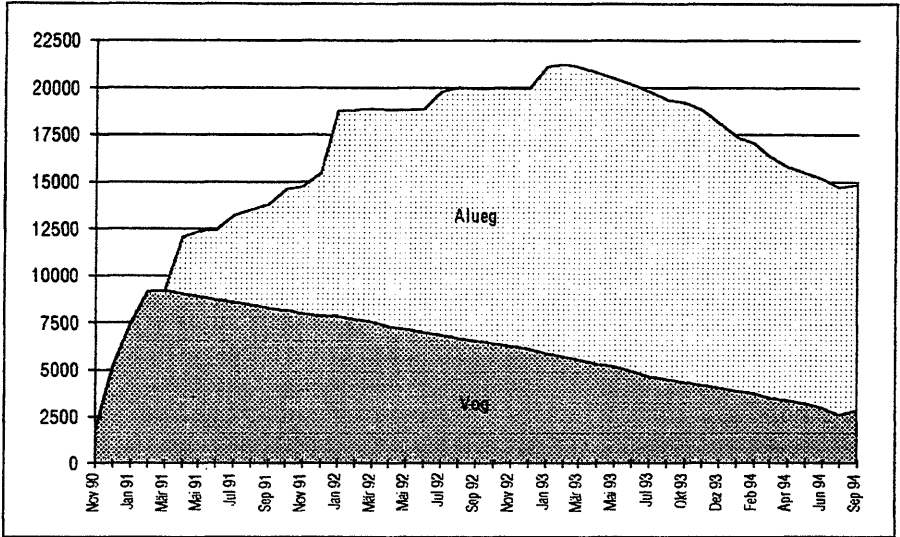
Frühverrentungen

Abbildung 24 zeigt die kumulierte Entlastungswirkung von Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld: Diese erreicht im Februar 1993 mit 21.228 Personen ihren höchsten Wert und fällt danach kontinuierlich ab. Das Maximum der Kurve dürfte durch die noch zum Auslaufen der Altersübergangsgeldregelung Ende 1992 eingereichten Anträge verursacht sein. Ähnliches gilt wohl für den Anstieg der Bestände an Beziehern von Vorruhestandsgeld bis Jahresanfang 1991. Danach verringern sich die Bestände an Vorruheständlern kontinuierlich. Das 1990 eingeführte Altersübergangsgeld kann diesen Rückgang allerdings deutlich kompensieren und stellt bereits 1991 einen wichtigen Faktor für die Entlastung des regio-

nen Arbeitsmarktes dar, insbesondere da ältere Arbeitslose kaum Chancen auf Wiedereingliederung in die Erwerbstätigkeit haben.

Abbildung 24:

Bezieher von Vorruhestands- (Vog) und Altersübergangsgeld (Alueg)* im Arbeitsamtsbezirk Gotha November 1990 bis September 1994**



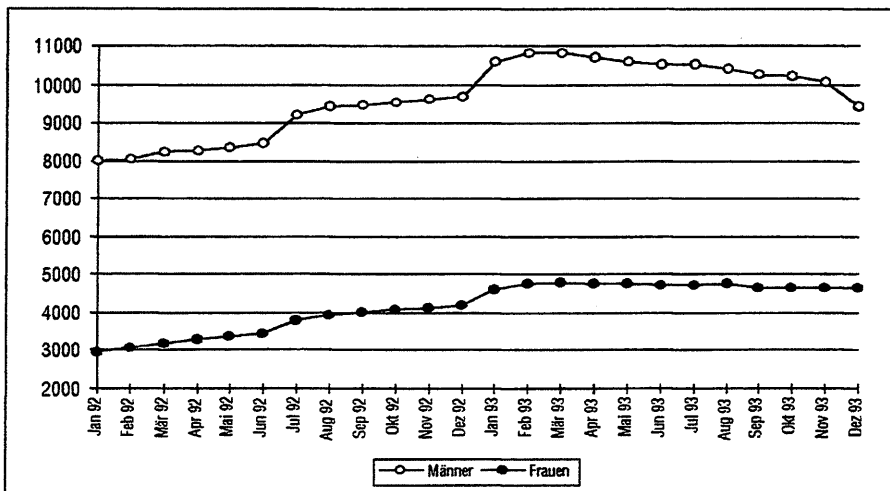
- * Altersübergangsgeld kann erst seit April 1994 bezogen werden, die Möglichkeit des Bezugs von Vorruhestandsgeld endete mit dem Tag des Beitritts der DDR.
- ** Laut Bundesanstalt für Arbeit sind Daten zu Vog-Beziehern erst für den Zeitraum nach November 1990 erhältlich.

Quellen: Statistisches Material der Bundesanstalt für Arbeit; IABwerkstattberichte - Aktuelle Daten (für August 1993 und 1994 wurden keine IABwerkstattberichte veröffentlicht).

Interessant ist hierbei, daß deutlich mehr Männer als Frauen Altersübergangsgeld beziehen (Abbildung 25): Im Zeitraum von Januar 1992 bis Dezember 1993 haben Männer durchgängig einen Anteil von rund 70% an allen Alueg-Beziehern (allerdings mit leicht abnehmender Tendenz: Waren es im Januar 1992 noch knapp 73%, so sind es im Dezember 1993 "nur" noch knapp 67%).

Abbildung 25:

**Bezieher von Altersübergangsgeld nach Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha
Januar 1992* bis Dezember 1993**



* Die Regelung zum Bezug von Altersübergangsgeld gilt von April 1991 bis Dezember 1992; seit Januar 1992 werden die Bezieher auch nach Geschlecht differenziert ausgewiesen.

Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte.

6. Zusammenfassung und Ausblick

Ziel dieser Arbeit war es, zu untersuchen, wie der Strukturwandel eines regionalen Arbeitsmarktes im Transformationsprozess verläuft, nach welchen Kriterien dieser Arbeitsmarkt die erwerbsfähige Bevölkerung in Erwerbstätige, Nicht-Erwerbstätige und Maßnahmenteilnehmer selektiert und welche Folgen daraus für das Gefüge von Erwerbchancen und Erwerbsrisiken innerhalb einer Region abgeleitet werden können. Die nachfolgende Tabelle stellt den Versuch dar, in einer groben Annäherung eine Art "Zwischenbilanz" zu ziehen und in einer Querschnittsbetrachtung die Struktur der erwerbsfähigen Bevölkerung (des Erwerbspersonenpotentials) im September 1989 mit der Verteilung von Erwerbstätigen, Maßnahmenteilnehmern und Arbeitslosen im Dezember 1993³³ zu vergleichen.

³³ Die Tabelle kann nur als Annäherung verstanden werden, da sie als Erwerbstätige wiederum nur abhängig Beschäftigte ausweist, ebenso für Kurzarbeiter und Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung auf die Darstellung der "Vollzeit"-Bestände verzichtet. Gleichwohl vermag die Tabelle einen Eindruck von der Größenordnung der ausgewiesenen Be-

Alle hier ausgewiesenen Erwerbspersonen zusammen erreichen im Dezember 1993 nur noch einen Anteil von rund 75% am Erwerbspersonenpotential. Das bedeutet gegenüber der Erwerbsquote von September 1989 (vgl. Tabelle 4) einen Rückgang um rund 10%, eine Veränderung, die auf den ersten Blick nicht besonders dramatisch wirkt. Hält man sich aber vor Augen, daß diese 85% 1989 bei Vollbeschäftigung auch exakt den damals Erwerbstätigen entsprachen, dann wird klar, daß diese Quote eigentlich mit dem Anteil der Erwerbstätigen (hier abhängig Beschäftigten) verglichen werden muß. Dabei zeigt sich, daß die abhängig Beschäftigten im Dezember 1993 nur noch knapp 50% der erwerbsfähigen Männer und Frauen ausmachen, der Rückgang also letztlich 35% beträgt.

Tabelle 15:

Erwerbspersonenpotential im Dezember 1992 und Erwerbspersonen im Dezember 1993 im Arbeitsamtsbezirk Gotha

	absolut	in % vom Erw.p.potential
Erwerbspersonenpotential	249682	100,00%
Erwerbspersonen:	186466	74,68%
davon:		
Abhängig Beschäftigte	124314	
- Anteil am Erwerbspersonenpotential		49,79%
- Anteil an allen Erwerbspersonen		66,67%
	absolut	in % der Erw.personen
erwerbstätige Maßnahmenteilnehmer:	6105	3,27%
- Kurzarbeiter	1523	0,82%
- ABM-Beschäftigte	4582	2,46%
nicht-erwerbstätige Maßn.teilnehmer:	23491	12,60%
- Frührentner	18063	9,70%
- FuU-Teilnehmer	5408	2,90%
Arbeitslose	32314	17,33%
- Quote ohne Frührentner		19,19%

Quellen: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte, IABWerkstattberichte - Aktuelle Daten; Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistischer Bericht - Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Thüringen 31.3.1992 - 31.12.1993, eigene Berechnungen.

Die Zahlen der obenstehenden Tabelle zeigen aber auch, daß rund ein Viertel der erwerbsfähigen Bevölkerung in den Beschäftigungs- oder Arbeitsmarktstatistiken überhaupt nicht ausgewiesen werden und daß die Erwerbspersonen differenziert

stände zu vermitteln. Als Bezugsgröße wurde das Erwerbspersonenpotential zum 31.12.1992 gewählt, da für diesen Zeitpunkt das aktuellste Datenmaterial vorliegt.

betrachtet werden müssen, um die Folgen der strukturellen Transformation im Arbeitsamtsbezirk Gotha deutlich machen zu können: Über das erwähnte "Viertel" hinsichtlich ihrer sozialen Chancen Aussagen zu treffen, fällt auf der Grundlage der hier verwendeten Daten naturgemäß schwer, umso mehr, als vermutet werden kann, daß hier sehr heterogene Personengruppen anzutreffen sind: Pendler, Studierende, Hausfrauen/-männer, Schwarzarbeiter und viele mehr. Allerdings sollte die Tatsache, daß eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Personen nicht (und nicht mehr) in den (Arbeitsmarkt-) Statistiken geführt werden, aber sehr wohl auch hinsichtlich ihrer eigenen oder "abgeleiteten" sozialen Chancen Betroffene der allgemeinen Systemtransformation sind, nicht aus den Augen verloren werden.

Die Erwerbspersonen wiederum setzen sich zu rund zwei Dritteln aus Beschäftigten zusammen, das weitere Drittel besteht etwa je zur Hälfte aus Maßnahmenteilnehmern und Arbeitslosen, wobei in der erstgenannten Gruppe diejenigen Personen dominieren, die über Vorruhestandsregelungen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Festzuhalten bleibt also an dieser Stelle, daß sich die im vierten Abschnitt dieser Arbeit angesprochene Entwicklung in den neuen Bundesländern von einer "vollbeschäftigten Arbeitsgesellschaft" zu einer "zerklüfteten Beschäftigungsstruktur" im Transformationsprozeß auch im Arbeitsamtsbezirk Gotha aufzeigen und darstellen läßt.

Wie läßt sich nun der Verlauf des Wandels der Arbeitsmarktstrukturen im Bezirk Gotha beschreiben, und welche Auswirkungen hatte (und hat) er für die Erwerbchancen und -risiken, insbesondere hinsichtlich des Risikos der Arbeitslosigkeit bzw. der (Wieder-) Beschäftigungschancen der Betroffenen? Unterstellt wurde, so die These zu Beginn des fünften Abschnitts, daß in der Folge der ostdeutschen Systemtransformation durch den strukturellen Umbruch der Wirtschaft die Strukturen von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften "auseinanderfallen" und die Arbeitsmarktchancen durch die vormalige Zugehörigkeit zu bestimmten Wirtschaftsbereichen, durch erworbene (insbesondere durch berufliche und/oder betriebliche Qualifikationen) und zugeschriebene Merkmale (insbesondere Alter und Geschlecht) bestimmt werden. Vergleicht man zunächst die Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit, dann zeigt sich, daß im Untersuchungszeitraum der größte Beschäftigungsabbau zwischen 1989 und dem Jahresende 1992 stattfand und seither gewissermaßen abgeschlossen scheint, auf jeden Fall aber nur noch einen Bruchteil der Dynamik der ersten drei Vereinigungsjahre zeigt.

Bis Mitte 1992 steigen die Arbeitslosenbestände und hinterlassen einen zunächst immer größer werdenden "Sockel" an Arbeitslosen, dessen Niveau sich etwa ab diesem Zeitpunkt "stabilisiert": Die Zugänge in Arbeitslosigkeit, die zwischen

1991 und 1992 noch einmal gestiegen waren, nehmen ab, können aber erstmals ab Januar 1994 durch entsprechende Abgänge aus Arbeitslosigkeit vollständig kompensiert werden. Diese Entwicklung sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich Arbeitslosigkeit offenkundig für bestimmte Personengruppen "verfestigt", diese also nicht von der Dynamik des Arbeitsmarktes profitieren, was in der kontinuierlichen Erhöhung der durchschnittlichen Dauer des Verbleibs in Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt. Überdies zeigt sich an der Struktur der Zugänge in Arbeitslosigkeit, daß diese zunehmend weniger von vorher Erwerbstätigen bestimmt wird. Deren Anteil nimmt im Vergleich zu den Anteilen von Personen, die zuvor nicht erwerbstätig waren (insbesondere Personen aus betrieblicher und schulischer Ausbildung) kontinuierlich ab. Parallel zu den oben aufgezeigten Entwicklungen geht, trotz des nach wie vor bestehenden hohen Niveaus an Arbeitslosigkeit, die Anzahl von Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (und damit auch deren arbeitsmarktentlastende Wirkung) insgesamt seit der Jahresmitte 1991 beständig zurück.

Aus dem geschilderten Verlauf der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Gotha läßt sich also zusammenfassend feststellen, daß der strukturelle Wandel nach 1992 eine abnehmende Dynamik zeigt und sich Arbeitslosigkeit zunehmend verfestigt. Das Risiko des Zugangs in Arbeitslosigkeit wird zunehmend zur Gefahr des dauerhaften Verbleibs in Arbeitslosigkeit.

Der weitaus gravierendste Beschäftigungsabbau fand zwischen 1989 und 1992 im Verarbeitenden Gewerbe und in der Landwirtschaft statt. Die Bereiche, die dem tertiären Sektor zugeordnet werden können, weisen dagegen ein differenzierteres Bild auf: Während die staatlichen und halbstaatlichen Organisationen und Betriebe (Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter und die vormals staatlichen Handelsorganisationen) ebenfalls einen massiven Rückgang der Beschäftigung aufwiesen (auch wenn dieser offensichtlich teilweise durch besondere Regelungen verzögert wurde), erwiesen sich die Wirtschaftsbereiche, die als Anbieter von privaten Dienstleistungen gelten können, als "Gewinner" der Vereinigung, deren Beschäftigungszuwächse aber nicht den Verlust der Arbeitsplätze in den anderen Wirtschaftsbereichen ausgleichen konnten (und wohl auch mittelfristig nicht können). Dies sind insbesondere die Wirtschaftsbereiche Dienstleistungen, Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe und teilweise auch Handelsbetriebe.

Ein ähnliches Bild zeigt sich hinsichtlich der Erwerbchancen einzelner Berufsgruppen, die diesen Bereichen zugeordnet werden können. Allerdings erscheint dies nur aus der Perspektive eines mehr oder weniger verringerten Arbeitslosigkeitsrisikos als zutreffend, da beinahe alle Berufsgruppen von Arbeitslosigkeit be-

troffen sind. Die größten Anteile einzelner Berufsgruppen zeigen somit zwischen 1990 und 1993 im Arbeitsamtsbezirk Montierer und Metallberufe, Warenkaufleute sowie Organisations-/Verwaltungs- und Büroberufe. Mit dem strukturellen Wandel der Kombinate, Genossenschaften und Betriebe im Arbeitsamtsbezirk Gotha und insbesondere durch deren Liquidation oder "Entflechtung" gehen somit nicht nur die Arbeitsplätze verloren. Aus der individuellen Perspektive drohen auch erworbene Qualifikationen wertlos zu werden. Da - wie in Abschnitt 4.2 beschrieben - vieles dafür spricht, daß die Arbeits"märkte" der DDR eher den Charakter interner Märkte hatten, bedeutet ein Arbeitsplatzverlust im Transformationsprozeß unter Umständen nicht nur eine Marginalisierung betriebsspezifischer Qualifikationen und den Verlust von über interne Arbeitsmärkte vermittelten "Sicherheiten". Es kann auch bedeuten, daß sie sich unversehens auf einem externen Arbeitsmarkt zurechtfinden müssen. Und nicht nur das: Dieser externe Arbeitsmarkt kann für viele auch bedeuten, daß sie nun auf einem "Jedermannsarbeitsmarkt" für unspezifische Qualifikationen in direkte Konkurrenz mit ebenso "Unqualifizierten" um die wenigen Arbeitsplätze treten.

Hinsichtlich der beruflichen Stellung, die Arbeitslose vor dem Ausscheiden aus dem Beruf einnahmen, konnte gezeigt werden, daß der Anteil von Arbeitern an allen Arbeitslosen, gemessen an ihrem Beschäftigtenanteil, durchgängig über- und der von Arbeitslosen aus Angestelltenberufen durchgängig unterproportional war. Überdies deuten die vorhandenen Daten daraufhin, daß Arbeiter im Aggregat früher arbeitslos wurden, während sich der Anteil von Angestellten vergleichsweise langsamer erhöhte.

Die sozial strukturierte Segmentierung des Arbeitsmarktes wird insbesondere für das Arbeitslosigkeitsrisiko und die Beschäftigungschancen entlang der Merkmale Geschlecht und Alter deutlich:

Offensichtlich wurden Frauen schneller arbeitslos und haben ein höheres Risiko des Verbleibs in Arbeitslosigkeit. Diese Entwicklung ist ebenso die Folge des Wandels von Arbeitsmarktstrukturen im Transformationsprozeß als auch der Beschäftigungsstrukturen der DDR: Einige der Bereiche, die vom Beschäftigungsabbau besonders betroffen wurden, waren in der ehemaligen DDR "Domänen" weiblicher Erwerbsbeteiligung: innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes etwa die Textilindustrie, der Bereich Gebietskörperschaften/Sozialversicherungen sowie bestimmte Dienstleistungen und staatliche Handelsorganisationen. Die Zugänge weiblicher Erwerbstätiger in Arbeitslosigkeit lagen deutlich über denen von Männern, Frauen wurden seltener bzw. unterproportional zu ihrem Arbeitslosenanteil durch das Arbeitsamt vermittelt: Über beinahe den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg sind Frauen etwa doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen

wie Männer. Auch bei Langzeitarbeitslosen und innerhalb der Arbeitslosen aus Angestelltenberufen sind Frauen überproportional vertreten. Daran konnte offenkundig auch die spezielle Förderung von Frauen über ABM und FuU-Maßnahmen im Zeitverlauf wenig ändern. Überdies profitierten Frauen zunehmend weniger von Kurzarbeitsregelungen, die ja zumindest zeitweise den Erhalt des Arbeitsplatzes garantieren und auch nur etwa halb so oft wie Männer von der Möglichkeit des Bezugs von Altersübergangsgeld.

Ältere Arbeitnehmer wiesen im untersuchten Zeitraum ein zunehmendes Arbeitslosigkeitsrisiko auf, insbesondere nach Auslaufen der Altersübergangsgeld-Regelung versechsfachten sich die absoluten Bestände an Arbeitslosen in der Altersgruppe von Männern und Frauen über 55 Jahre. Die Männer und Frauen zwischen 50 und 54 Jahren, die ja noch nicht von diesen Regelungen profitierten, wiesen im September 1993 den größten Anteil einer einzelnen Altersgruppe an allen Arbeitslosen auf. Für diese wird sich das Fehlen der Möglichkeit einer Frühverrentung besonders nachteilig auswirken und dürfte schon heute deren Zukunftsperspektiven deutlich beeinträchtigen. Bereits mit dem Eintritt in die Altersgruppen der über 40-jährigen, dürfte für Arbeitnehmer gelten, daß ihre Wiederbeschäftigungschancen bei einem Arbeitsplatzverlust vergleichsweise gering sind und ihnen zudem eine Reihe von Alternativoptionen und Beschäftigungsmöglichkeiten im zweiten Arbeitsmarkt schlichtweg fehlen.

Die "jüngsten" Altersgruppen der unter 25-jährigen weisen dagegen ein insgesamt abnehmendes Arbeitslosigkeitsrisiko auf, wobei hier sicherlich erwähnte Alternativoptionen (Studium, Mütterjahr, schulische Ausbildung, arbeitsmarktpolitische Förderung aber auch eine Erwerbstätigkeit außerhalb des Arbeitsamtsbezirks Gotha durch Pendeln oder Übersiedeln) eine große Rolle spielen. Für die beruflichen Perspektiven der unter 20-jährigen wird es mittelfristig darauf ankommen, ob diese eine zukunftssträchtige Ausbildung erhalten. Für den Bereich der beruflichen Ausbildung konnten im beobachteten Zeitraum im Arbeitsamtsbezirk Gotha zwar nahezu alle Bewerber vermittelt werden, allerdings zu einem großen Teil "nur" in überbetriebliche Ausbildung. Diese, aber auch diejenigen, die einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhielten, wiesen aber, wie bereits angedeutet, steigende Anteile an den Zugängen in Arbeitslosigkeit auf - ein Indiz dafür, daß die Betriebe die Auszubildenden nicht übernehmen konnten, einer Beschäftigung also keine qualifikatorischen Mängel entgegenstanden, sondern schlicht ein Mangel an Arbeitsplätzen.

Ausblick

Die Daten der amtlichen Arbeitsmarktstatistik - so wurde dieser Arbeit vorangestellt - sollten erste Hinweise zur strukturellen Segmentierung eines Arbeitsmarktes liefern, von denen Aufschlüsse über den Wandel des Systems sozial ungleicher Lebenschancen in einer ostdeutschen Region erwartet werden können. Die Interpretation der vorliegenden Ergebnisse läßt den Schluß zu, daß der Prozeß der Angleichung an westdeutsche Beschäftigungs- und Arbeitsmarktstrukturen deutliche Anzeichen einer zunehmenden Schließung des Arbeitsmarktes trägt: Die Erwerbsbeteiligung von Frauen nähert sich dem Durchschnitt in den alten Bundesländern an, die von älteren Arbeitnehmern geht deutlich zurück. Der Umbau der Wirtschaft, der - so die Hoffnung vieler - einer "schöpferischen Zerstörung" gleichkommt, geht voran: Die DDR-typische "Überbeschäftigung" in vielen Branchen und Wirtschaftsbereichen ist nahezu abgebaut, der Tertiärisierungsrückstand, bezogen auf die Beschäftigungsanteile an allen Erwerbstätigen, annähernd aufgeholt. Dem steht nun die nach wie vor hohe Zahl von Arbeitslosen entgegen.

Offensichtlich besteht eine klaffende Lücke zwischen Erwerbswunsch und Arbeitsmarktwirklichkeit insbesondere bei denjenigen, die die Hauptlast der Strukturanpassung zu tragen haben. Der Unterschied zu westlichen Arbeitsmarktstrukturen besteht jedoch in der völlig anderen Ausgangslage dieser Arbeitskräftegruppen und, so ist allerdings nur zu vermuten, den sozialen und materiellen Notwendigkeiten, die der Transformationsprozeß selber induziert. In der Perspektive der unter Transformationsbedingungen in Ostdeutschland vorrangigen sozialen Differenzierungslinie zwischen Arbeitsplatzinhabern und Arbeitslosen bzw. im zweiten Arbeitsmarkt Beschäftigten oder Vorruehständern zeigen sich zunehmende Tendenzen der Schließung des Erwerbstätigensegments und der Entstehung eines dauerhaften Arbeitslosensegments. Innerhalb des zweiten Segments konnte der massive Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen im Sinne der oft beschworenen "Brückenfunktion" zwar eine noch höhere Arbeitslosigkeit verhindern und sicherlich teilweise auch die Wiedereingliederung von Arbeitslosen fördern, nicht aber verhindern, daß ein hoher und sich verfestigender "Sockelbestand" an Arbeitslosen entstanden ist. Überdies nimmt die Zahl und Wirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur "Gegensteuerung" der Arbeitsmarktentwicklung und Förderung von Benachteiligten insgesamt ab. Dies trägt nicht nur zu einer weiteren Verfestigung von Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit bei, sondern kann als deutliches Signal interpretiert werden: Aus dem Problem der "Massenarbeitslosigkeit", deren Ursachen in der ostdeutschen Systemtransformation lagen, werden "Problemgruppen" des Arbeitsmarktes, die aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage und ihrer individuellen Merkmale "eben einfach" schlecht vermittelbar sind. Das würde auch bedeuten, daß den askriptiven Schließungskrite-

rien Alter und Geschlecht in der Phase der Stabilisierung der Arbeitsmarktstrukturen eher noch zunehmende Bedeutung zukommt. Deren Wirkung - und hier läßt sich der Bogen zu den ersten beiden Abschnitten dieser Arbeit schließen - wird für das soziale Gefüge in Ostdeutschland davon abhängen, wie rasch sich jene Strukturen wandeln, die ein solches Ungleichheitssystem zu legitimieren vermögen. Die Transformation von Chancen in Ostdeutschland seit 1990, die sich auch im Strukturwandel eines regionalen Arbeitsmarktes ablesen läßt, ist Folge einer Systemtransformation, die insbesondere einen Wandel der gesellschaftlichen Zielorientierung beinhaltet: Vollbeschäftigung, materielle Sicherheit und soziale Gleichheit, die - nicht zuletzt aus politisch-ideologischen Gründen - das Kernelement des immateriellen Überbaus der DDR ausmachten, lassen sich in den "Statuten" einer Marktwirtschaft nach bundesrepublikanischen Vorbild nicht als übergeordnete Wertorientierung finden. Und dieser "Zielkonflikt" hinterläßt einige "Verlierer".

7. Literatur

Verzeichnis der in den Literaturhinweisen verwendeten Abkürzungen

- IABwerkstattbericht:** Aktuelle Zahlen vom Arbeitsmarkt/Neue Bundesländer, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, lfd.
- IABkurzbericht:** Herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, lfd.
- MittAB:** Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, herausgegeben von Buttler, Friedrich u.a., Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, lfd.
- BeitrAB:** Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, lfd.
- SOFI-Mitteilungen:** Mitteilungen aus dem Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) der Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen, lfd.
- WZB-discussion paper:** Veröffentlichungen aus dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, lfd.
- SAMF-Arbeitspapier:** Arbeitspapiere aus dem Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF), Gelsenkirchen, lfd.
- Aus Politik und Zeitgeschichte:** Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, lfd.
- WSI-Mitteilungen:** Mitteilungen aus dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI), Düsseldorf, lfd.

-
- Adler, F. 1991: Einige Grundzüge der Sozialstruktur der DDR. In: Projektgruppe Das Sozio-ökonomische Panel (Hrsg.) 1991, S.152-176.
- Adler, F. 1992: Zur Rekonstruktion des DDR-Realsozialismus. Strukturmerkmale - Erosion - Zusammenbruch. In: Thomas (Hrsg.) 1992, S.36-59.
- Adler, F./Kretschmar, A. 1994: Zum Wandel sozialer Ungleichheit in der DDR/Ostdeutschland seit 1989/90 - Brüche und Kontinuitäten. Arbeitspapier, November 1994, Berlin.
- Andretta, G./Baethge, M./Dittmer, S. 1994: Übergang wohin? Schwierigkeiten ostdeutscher Industriearbeiter bei ihrer betrieblichen Neuorientierung. In: SOFI-Mitteilungen Nr. 21/März 1994, Göttingen.

- Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte seit 1991.
- Arbeitsamt Gotha: Presseinformationen, lfd.
- Auer, P./Groß, H./Kotulla, R./Rachel, G. 1992: Kurzarbeit und Qualifizierung in den neuen Ländern: Von der internen zur externen Anpassung. Erfahrungen aus Fallstudien und der Qualifizierungsberatung. WZB discussion paper, FS I 92-I, Berlin.
- Autorengemeinschaft (Bach, H.-U. u.a.) 1992: Der Arbeitsmarkt 1992 und 1993 in der Bundesrepublik Deutschland. In: MittAB 4/1992, S.457-482.
- Autorinnengemeinschaft 1990: Erklärungsansätze zur geschlechtsspezifischen Strukturierung des Arbeitsmarktes, SAMF-Arbeitspapier 1990-1.
- Beck, U. 1982: Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Kreckel (Hrsg.) 1982, S.35-74.
- Beck, U. 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt.
- Beck, U./Brater, M./Daheim, H. 1980: Soziologie der Arbeit und Berufe - Grundlagen, Problemfelder, Forschungsergebnisse, Reinbek.
- Bellmann, L. 1992: Entlohnung in den neuen Bundesländern. Strukturelle Determinanten der Einkommensunterschiede aus den Daten des Arbeitsmarktmonitors. In: MittAB, 1/1992, S.27-31.
- Berger, H./Schultz, A. 1994: Veränderung der Erwerbssituation in ostdeutschen Privathaushalten und Befindlichkeit der Menschen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B16/94, 22.4.94, S.3-15.
- Berger, J./Offe, C. 1982: Die Zukunft des Arbeitsmarktes - Zur Ergänzungsbedürftigkeit eines versagenden Allokationsprinzips. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 24/1982, Opladen.
- Berger, J./Offe, C. 1984: Die Zukunft des Arbeitsmarktes - Zur Ergänzungsbedürftigkeit eines versagenden Allokationsprinzips. In: Offe 1984, S.87-117.
- Berger, P. A. 1992: 'Was früher starr war, ist nun in Bewegung'- oder: Von der eindeutigen zur unbestimmten Gesellschaft. In: Thomas (Hrsg.) 1992, S.128-151.
- Berger, P. A./Hradil, S. (Hrsg.) 1990: Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Göttingen.

- Berger, P. A./Sopp, P. 1992: Bewegtere Zeiten? Zur Differenzierung von Erwerbsverlaufsmustern in Westdeutschland. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 21, Heft 3/Juni 1992, S.166-185.
- Bernien, M/Dahms, V./Schaefer, R./Schiemann, F./Wahse, J. 1994: Der Zusammenbruch des ostdeutschen Arbeitsmarktes - Erblast der Planwirtschaft oder Folge des Transformationsprozesses? Forschungsbericht des Sozialökonomische Strukturanalysen e. V. Berlin (SÖSTRA) unter der Leitung von Jürgen Wahse:
- Teil I: Beschäftigung und Arbeit in der ehemaligen DDR,
 - Teil II: Die Transformation des Arbeitsmarktes der neuen Bundesländer in den Jahren 1989 bis 1994, Berlin.
- Bertram, H./Dannenbeck, C. 1990: Zur Theorie und Empirie regionaler Disparitäten in der Bundesrepublik Deutschland. In: Berger/Hradil (Hrsg.) 1990, S.207-230.
- Bielenski, H./Brinkmann, C./Kohler, B. 1994: Erwerbsverläufe und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Ostdeutschland - Ergebnisse des Arbeitsmarkt-Monitors über berufliche Veränderungen 1989 bis 1993, IABWerkstattbericht, Nr. 12/14.12.1994.
- Bielenski, H./Magvas, E./Parmentier, K. 1992: Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer - Eine Arbeitsmarktumfrage der Bundesanstalt für Arbeit: Zwischenbilanz und ausgewählte Ergebnisse. In: MittAB Heft 2, 15. Jg./1992, S.136-157, Nürnberg.
- Blaschke, D./Buttler, F./Karr, W./Klauder, W./Leikeb, H. 1992: Der Arbeitsmarkt in den neuen Ländern. In: MittAB, Heft 2, 25. Jg./1992, S.119-135, Nürnberg.
- Bolte, K. M. 1990: Strukturtypen sozialer Ungleichheit - Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland im historischen Vergleich. In: Berger/Hradil (Hrsg.) 1990, S.27-50.
- Bolte, K. M./Hradil, S. 1988: Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.
- Bosch, G./Gabriel, H./Seifert, H./Welsch, J. 1987: Beschäftigungspolitik in der Region, Köln.
- Brie, M./Klein, D. (Hrsg.) 1991: Umbruch zur Moderne, Hamburg.
- Brinkmann, C. 1994: Berufliche Weiterbildung in der Region: Neue Ansätze zur Verzahnung von Arbeitsförderung und Strukturpolitik in den neuen Bundesländern. In: Gerlach/Mendius (Hrsg.) 1994, S.61-78.

- Brinkmann, C./Völkel, B. 1992a: Zur Implementation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in den neuen Bundesländern. In: MittAB, 3/1992, S.260-276.
- Brinkmann, C./Völkel, B. 1992b: Implementationsprobleme arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Schwerpunkten der Unterbeschäftigung. In: Peters (Hrsg.) 1992, S.83-102.
- Brinkmann, C./Wiedemann, E. 1994: Zu den psychosozialen Folgen der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B16/94, 22.4.1994, S.16-28.
- Brinkmann, C./ Wolfinger, C. 1994: Aktive Arbeitsmarktpolitik mit einem neuen Instrument - Pauschalierte Lohnkostenzuschüsse zur Arbeitsförderung (249h AFG), IABWerkstattbericht, Nr. 9/17.10.1994.
- Büchel, F./Pannenberg, M. 1992: Erwerbsbiographische Folgerisiken von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Eine empirische Analyse für Ostdeutschland. In: MittAB Heft 2, 25. Jg./1992, S.158-167, Nürnberg.
- Büchel, F./Schwarze, J. 1994: Die Migration von Ost- nach Westdeutschland - Absicht und Realisierung. In: MittAB 1/1994, S.43-52.
- Bundesanstalt für Arbeit: Statistische Materialien.
- Cornelsen, D./Schmid, G. (Hrsg.) 1990: Ost-West-Öffnung. Folgen und Herausforderungen für die deutschen Arbeitsmärkte, Dokumentation eines Symposiums, WZB-dicussion paper FS I 90-6, Berlin.
- Daheim, H. 1992: Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft - Eine historisch-soziologische Skizze. In: Daheim/Heid/Krahn (Hrsg.) 1992, S.13-33.
- Daheim, H./Heid, H./Krahn, K. (Hrsg.) 1992: Soziale Chancen. Forschungen zum Wandel der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt a.M./New York.
- Dahms, V./Wahse, J. 1994: Zur Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland im Transformationsprozeß. In: Nickel/Kühl/Schenk (Hrsg.) 1994, S.29-54.
- Dietz, F. u.a. 1992: Ostdeutsche Arbeitskräfte in Westdeutschland. In: MittAB, Heft 4/1992, S.499-518.
- DIW-Gutachten 1994: Standortanalyse für den Wirtschaftsraum Thüringen, Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, Berlin.
- Döhl, V./Mendius, H.G./Sauer, D./Heidling, E., unter Mitarbeit von Kratzer, N. 1995: Neugründung von Automobilwerken in den neuen Bundesländern. Folgen für Zulieferunternehmen und regionales Umfeld - Das Beispiel Thüringen, München.

- Engelbrech, G. 1991: Vom Arbeitskräftemangel zum gegenwärtigen Arbeitskräfteteüberschuß: Frauen und Erwerbsarbeit in den neuen Bundesländern, Sonderdruck aus MittAB, Heft 4/24. Jg./1991, Nürnberg.
- Engelbrech, G. 1994: Frauenerwerbslosigkeit in den neuen Bundesländern - Folgen und Auswege. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B6/1994, 11.2.1994, S.22-32.
- Engelbrech, G./Schenk, S./Wagner, P. (Hrsg.) 1992: Bedingungen der Frauenerwerbsarbeit im deutsch-deutschen Einigungsprozeß, BeitrAB 167, Nürnberg.
- Engler, W. 1992: Die träge Masse des Habitus. In: Brie/Klein (Hrsg.) 1991, S.83-91.
- Franz, P. 1984: Soziologie der räumlichen Mobilität, Frankfurt a. M./New York.
- Franz, P. 1994: Veränderungen in Arbeit und Beruf. In: Herlyn/Bertels (Hrsg.) 1994, S. 178-201.
- Franz, P./Herlyn, U. 1994: `Wir leiden weiter, aber auf einem höheren Niveau`. Befunde einer Panelstudie in einer thüringischen Mittelstadt. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 2/1994, S.233-247.
- Geißler, R. 1993 (Hrsg.): Sozialer Umbruch als Modernisierung, Opladen.
- Geißler, R. 1993: Sozialer Umbruch als Modernisierung. In: ders. (Hrsg.) 1993, S.63-91.
- Gensior, S./Maier, F./Winter, G. 1990: Soziale Lage und Arbeit von Frauen in der DDR, SAMF-Arbeitspapier 6-1992, Gelsenkirchen.
- Gerdes, J. 1994: Der Prozeß des Belegschaftsabbaus in Betrieben der neuen Bundesländer (Arbeitstitel), unveröffentlichtes Manuskript, Bielefeld.
- Gerlach, F./Mendius, H. G. (Hrsg.) 1994: Vom Beschäftigungsfiasko zum neuen Aufbruch? Wirkungen und Funktionsveränderungen der Arbeitsförderung im gesamtdeutschen Transformationsprozeß, SAMF-Arbeitspapier 1994-6, Gelsenkirchen, S.61-78.
- Giesen, B./Leggewie, C. (Hrsg.) 1991: Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin.
- Giesen, B./Haferkamp, H. (Hrsg.) 1987: Soziologie der sozialen Ungleichheit, Opladen.
- Grünert, H. 1993: Arbeitsmarkt und Beschäftigung im Transformationsprozeß - Kommentierte Literaturübersicht zur Transformationsforschung - Band 2, WZB-Paper P93-004, Berlin.

- Grünert, H./Lutz, B. 1994: Transformationsprozeß und Arbeitsmarktsegmentation. In: Nickel/Kühl/Schenk (Hrsg.) 1994, S.3-28.
- Hanf, T. 1991: Modernisierung der Gesellschaft als sozialstrukturelles Problem. In: Berliner Journal für Soziologie, Sonderheft, 1991, S.73-82.
- Häußermann, H./Heseler, H. 1993: Massenentlassungen, Mobilität und Arbeitsmarktpolitik - Das Beispiel zweier ostdeutscher Großbetriebe. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B35/93, 27. August 1993, Bonn.
- Helberger, C./Bellmann, L./Blaschke, D. (Hrsg.) 1991: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit. Analysen auf der Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels, BeitrAB 144, Nürnberg.
- Herlyn, U./Bertels, L. (Hrsg.) 1994: Stadt im Umbruch: Gotha - Wende und Wandel in Ostdeutschland, Opladen.
- Heunemann, G. (Hrsg.) 1992: Landesreport Thüringen, Berlin/München.
- Hönekopp, E. 1991: Ost-West-Wanderungen: Ursachen und Entwicklungstendenzen, Bundesrepublik Deutschland und Österreich. In: MittAB 1/1991, S.115-133.
- Hradil, S. (Hrsg.) 1992: Zwischen Sein und Bewußtsein, Opladen.
- Hradil, S. 1992: Lebensführung im Umbruch - Zur Rekonstruktion einer soziologischen Kategorie. In: Thomas (Hrsg.) 1992, S.183-197.
- Huinink, J./Mayer, K. U. 1993: Lebensverläufe im Wandel der DDR-Gesellschaft. In: Joas/Kohli (Hrsg.) 1993, S.151-171.
- Huinink, J. 1993: Intragenerationelle Mobilität: Von den Karrierechancen der Aufbaugeneration zu den Karriereblockaden in den jüngeren Generationen?. In: Annäherung an die soziale Wirklichkeit in der DDR. Erste Ergebnisse, Arbeitsbericht 1/1993 aus dem Projekt Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, S.15-19.
- IABkurzberichte, lfd.
- IABwerkstattberichte - Aktuelle Zahlen, lfd.
- IABwerkstattberichte, Diskussionspapiere, lfd.
- Joas, H./Kohli, M. (Hrsg.) 1993: Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt/Main.
- Kaiser, M./Koller, M./Plath, H. E. (Hrsg.) 1993: Regionale Arbeitsmärkte und Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern, BeitrAB 168, Nürnberg.

- Kalter, F. 1992: Zur Rationalität von Wanderungsentscheidungen. In: Seger, M./Backe, B. (Hrsg.): Klagenfurter Geographische Schriften, Heft 11/1992.
- Kalter, F. 1994: Sequentielle Wanderungsentscheidungen - Die Bedeutung und Erklärung von Wanderungserwägungen, Unveröffentlichtes Manuskript zum Vortrag der 28. Arbeitstagung der DGBW, 16.-18.2.1994, Bochum.
- Kern, H./Voskamp, U. 1994: Bocksprungstrategie - Überholende Modernisierung zur Sicherung ostdeutscher Industriestandorte. In: SOFI-Mitteilungen Nr. 21/März 1994, S.98-138.
- Koller, B. 1992: Integration in die Arbeitswelt im Westen - Zur beruflichen Eingliederung von Übersiedlern aus der ehemaligen DDR. In: MittAB 2/1992, S.168-191, Nürnberg.
- Koller, M. 1991: Arbeitsplatzentwicklung in den Regionen Ostdeutschlands. IAB-kurzbericht, 30.7.91, Nürnberg.
- Koller, M./Jung-Hammon, T. 1993: Regionale und sektorale Schwerpunkte des Arbeitsplatzabbaus in Ostdeutschland. In: MittAB 1/1993, S.7-27.
- Kreckel, R. (Hrsg) 1982: Soziale Ungleichheit, Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen.
- Kreckel, R. 1982a: Theorien sozialer Ungleichheit im Übergang. In: ders. (Hrsg.) 1982, S.3-12.
- Kreckel, R. 1982b: Soziale Ungleichheit und Arbeitsmarktsegmentation. In: ders. (Hrsg.) 1982, S.137-162.
- Kreckel, R. 1990: Klassenbegriff und Ungleichheitsforschung. In: Berger/Hradil (Hrsg.) 1990, S.51-79.
- Kreckel, R. 1992: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/New York.
- Kronauer, M./Vogel, B. 1994: Regionale Arbeitsmarktentwicklung und Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. In: SOFI-Mitteilungen Nr. 21/März 1994, S.77-97, Göttingen.
- Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen: Arbeitsmarktberichte, lfd.
- Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen: Statistische Sonderhefte.
- Lappe, L. 1992: Der Zusammenbruch des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern - Ursachen und Folgen, SAMF-Arbeitspapier, 4/1992, Gelsenkirchen.
- Leikeb, H./Magvas, E. 1994: Beschäftigung stabilisiert sich allmählich auf niedrigem Niveau, IABwerkstattbericht, Nr. 4/25.5.1994.

- Lutz, B. 1982: Kapitalismus ohne Reservearmee? Zum Zusammenhang von Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarktsegmentation in der europäischen Nachkriegszeit. In: Schmidt/Braczyk/Knesebeck (Hrsg.) 1982, 329-347.
- Lutz, B. 1987: Arbeitsmarktstruktur und betriebliche Arbeitskräftestrategie. Eine theoretisch-historische Skizze zur Entstehung betriebszentrierter Arbeitsmarktsegmentation, Frankfurt a.M./New York.
- Lutz, B. 1994: Institutionen und Interessen - Erste Thesen und Überlegungen zum Prozeß der Systemtransformation. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 3/1994, S.365-379.
- Magvas, E. 1991: Im Osten wohnen - im Westen arbeiten. Umfang und Struktur der Pendlerbewegung aus den neuen Bundesländern. IABkurzbericht vom 8.10.1991, Nürnberg.
- Magvas, E. 1993: Eine halbe Million Pendler aus den neuen Bundesländern - Bestandsaufnahme November 1992. In: IABwerkstattbericht Nr. 18/4.10.1993.
- Magvas, E. 1993: Große Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt - Ergebnisse aus der sechsten Befragungswelle des Arbeitsmarkt-Monitors vom November 1992. IABkurzbericht 14/30.9.1993, Nürnberg.
- Mayer, K. U. 1994: Vereinigung soziologisch. Die soziale Ordnung der DDR und ihre Folgen. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 3/94, S.307-322.
- Mitteldeutsche Allgemeine, lfd.
- Müller-Hartmann I. 1993: Soziale Lage, soziale Risiken und ihre Bewältigung in den neuen Bundesländern. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft/1993, S.303-317.
- Münz, R./Ulrich, R. 1993: Migration von und nach Ostdeutschland: Ergebnisse neuerer Studien. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 3/1993, S.293-302.
- Neuendorff, H. 1987: Arbeitsmarktstrukturen und Tendenzen der Arbeitsmarktentwicklung. In: Littek, W./Rammert, W./Wachter, G. (Hrsg.) 1987: Einführung in die Arbeits- und Industriosociologie, Frankfurt a.M., S.186-207.
- Nickel, H. M./Kühl, J./Schenk, S. (Hrsg.) 1994: Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch, Berlin.
- Noll, H./Habich, R. 1990: Individuelle Wohlfahrt: Vertikale Ungleichheit oder horizontale Disparitäten. In: Berger/Hradil (Hrsg.) 1990, S.153-188.
- Nolte, D./Ziegler, A. 1994: Regionen in der Krise - Regionale Aspekte des Strukturwandels in den neuen Bundesländern. In: WSI-Mitteilungen 1/1994, S.58-67, Köln.

- Offe, C. 1984: 'Arbeitsgesellschaft' - Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt a.M./New York.
- Offe, C./Hinrichs, K. 1984: Sozialökonomie des Arbeitsmarktes: primäres und sekundäres Machtgefälle. In: Offe (Hrsg.) 1994, S.44-86.
- Parmentier K. u.a. 1992: Ostdeutsche Berufsstrukturen unterscheiden sich nicht wesentlich von denen im Westen der Bundesrepublik. IABkurzbericht 27/16.12.1992, Nürnberg.
- Parmentier, K./Stoß, F. 1992: Neue Bundesländer. Erhebliche Arbeitsplatzverluste gehen Hand in Hand mit einem starken Wandel der Berufsstruktur. IABkurzbericht Nr. 23/26.8.1992, Nürnberg.
- Peters, W. (Hrsg.) 1992: Zur Arbeitsmarktentwicklung und zum Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den neuen Bundesländern, SAMF-Arbeitspapier, 1992-2, Gelsenkirchen.
- Pfriem, H. 1978: Die Grundstruktur der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie. In: Sengenberger (Hrsg.) 1978, S.43-54.
- Projektgruppe 'Das sozioökonomische Panel' (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel, Frankfurt a.M./New York.
- Rosner, S. 1990: Gesellschaft im Übergang? Zum Wandel von Arbeit, Sozialstruktur und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M./New York.
- Rudolph, H. 1990: Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende. Eine Typisierung von Kreisen und Arbeitsämtern. In: MittAB 4/1990, S.474-503.
- Rudolph, H. 1992: Erwerbstätigkeit und Bevölkerung. Regionalstrukturen für Arbeitsämter und Kreise - Aktuelle Statistik -. IABwerkstattbericht 16/28.8.1992, Nürnberg.
- Schmidt, G./Braczyk, H.-J./Knesebeck, J. (Hrsg.) 1982: Materialien zur Industrie-soziologie, Soziale Welt, Sonderheft 24/1982, Opladen.
- Schmierl, K./Schultz-Wild, R. 1994: Phönix aus der Asche? Die Investitionsgüterindustrie in den neuen Ländern. In: Blick durch die Wirtschaft, Nr. 95/18.5.1994, S.7.
- Schupp, J./Wagner, G. 1991: Basisdaten für die Beschreibung und Analyse des sozioökonomischen Wandels der DDR. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43/1991, S.322-333.
- Sengenberger, W. (Hrsg.) 1978: Der gespaltene Arbeitsmarkt - Probleme der Arbeitsmarktsegmentation, Frankfurt a.M./New York.

- Sengenberger, W. 1978: Einführung: Die Segmentation des Arbeitsmarktes als politisches und wissenschaftliches Problem. In: Sengenberger (Hrsg.) 1978, S.15-42.
- Sengenberger, W. 1987: Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten. Die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich, Frankfurt a.M./New York.
- Solga, H. 1993: Intergenerationelle Mobilität: Von der Mobilisierung der Arbeiterkinder zur Selbstreproduktion der Intelligenz. In: Annäherung an die soziale Wirklichkeit in der DDR. Erste Ergebnisse, Arbeitsbericht 1/1993 aus dem Projekt Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, S.21-25.
- Spitznagel, E. 1993: ABM in den neuen Bundesländern - Eine Brücke, über die man weiterkommt, IABkurzbericht, Nr. 18/6.12.1993.
- Stephan, H./Wiedemann, E. 1990: Lohnstruktur und Lohndifferenzierung in der DDR. Ergebnisse der Lohndatenerfassung von September 1988. In: MittAB 4/1990, S.550-562.
- Stobernack, M. 1991: Die stille Reserve und ihre Bindung an den Arbeitsmarkt. In: Helberger/Bellmann/Blaschke (Hrsg.) 1991, S.149-159.
- Szydlik, M. 1992: Arbeitseinkommen in der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2/1992, S.292-314.
- Thomas, M. (Hrsg.) 1992: Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Erfahrungen - Ansätze - Analysen, Berlin.
- Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistische Berichte, Erfurt.
- Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.) 1994: Statistisches Jahrbuch Thüringen - Ausgabe 1994, Erfurt.
- Ulrich, R. 1990: Die Übersiedlerbewegung und das Ende der DDR, WZB-discussion paper P90-302, Berlin.
- Völkel, B. 1992: Kurzarbeit - eine Zwischenbilanz -, IABwerkstattbericht, Nr. 4/3.4.1992.
- Völkel, B. 1993: Neue Bundesländer - Weniger Kurzarbeit und Folgen veränderter Anspruchsvoraussetzungen, IABkurzbericht, Nr. 16/25.10.1993.
- Voß, G. G. 1993: Arbeitswelt im Wandel. Tendenzen des Strukturwandels der Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Sonderforschungsbericht 333 der Universität München (Hrsg.): Mitteilungen 7, München, S.1-34.

- Wagner, G. 1991: Mikrodaten für die DDR und die Neuen Bundesländer - Möglichkeiten einer modernen Wirtschafts- und Sozialberichterstattung. In: Projektgruppe Das Sozio-ökonomische Panel (Hrsg.) 1991, S.13-24.
- Wagner, G./Schupp, J.: Die Sozial- und Arbeitsmarktstruktur in der DDR und in Ostdeutschland - Methodische Grundlagen und ausgewählte Ergebnisse. In: Projektgruppe Das Sozio-ökonomische Panel (Hrsg.) 1991, S.178-197.
- Wagner, M. 1989: Räumliche Mobilität im Lebensverlauf, Stuttgart.
- Wagner, M. 1990: Wanderungen im Lebensverlauf. In: Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.): Lebensverläufe und sozialer Wandel, Sonderheft 31/1990 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen.
- Weiß, J. 1994: Zur Einführung. In: Theoretische Probleme der Transformationsforschung. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 3/1994, S.293/294.
- Wiedemann, E. 1992: Neue Bundesländer - Rückkehr ins Erwerbsleben bei älteren Arbeitslosen und Frauen sehr erschwert, IABkurzbericht, Nr. 24/23.9.1992.
- Zapf, W. 1992: Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung, WZB-discussion paper P92-104, Berlin.
- Zapf, W. 1993: Die DDR 1989/1990 - Zusammenbruch einer Sozialstruktur?. In: Joas/Kohli (Hrsg.) 1993, S.29-48.
- Zapf, W./Habich, R. 1994: Die Wohlfahrtentwicklung im vereinten Deutschland, Sonderdruck aus: Dettling, Warnfried (Hrsg.) 1994: Perspektiven für Deutschland, München.

Anhang

- Tabelle 1:** Struktur der Wanderungen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 und 1992
- Tabelle 2:** Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und beruflicher Stellung im Arbeitsamtsbezirk Gotha im September 1989
- Tabelle 3:** Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht in den Kreisen des Arbeitsamtsbezirks Gotha im November 1990
- Tabelle 4:** Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und beruflicher Stellung in den Kreisen des Arbeitsamtsbezirks Gotha im November 1990
- Tabelle 5:** Abhängig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen im Arbeitsamtsbezirk Gotha November 1990, Dezember 1992 und Dezember 1993
- Tabelle 6:** Arbeitslose gesamt und nach ausgewählten Merkmalen im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994
- Tabelle 7:** Jahresdurchschnitt der Bestände an Arbeitslosen nach Berufsgruppen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1990 bis 1993

Tabelle 1:

Struktur der Wanderungen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1991 und 1992

1991					
	Kreis Eisenach	Kreis Gotha	Kreis Bad Langensalza	Kreis Mühlhausen	Bezirk Gotha
innerhalb der Landkr.	1171	1313	403	421	3308
Zuzüge insgesamt	1668	1619	416	571	4274
Fortzüge insgesamt	2730	3211	942	2110	8993
Saldo (Zuzüge-Fortzüge)	-1062	-1592	-526	-1539	-4719
Zuzüge aus den ABL	540	540	23	78	1181
Fortzüge in die ABL	1864	1864	574	1487	5789
Saldo (Zuzüge-Fortzüge)	-1324	-1324	-551	-1409	-4608
Wanderungsumsatz	5569	6143	1761	3102	16575
Anteile 1991					
der intraregionalen W.	21,03%	21,37%	22,88%	13,57%	19,96%
der Zuzüge gesamt	29,95%	26,36%	23,62%	18,41%	25,79%
der Fortzüge gesamt	49,02%	52,27%	53,49%	68,02%	54,26%
der Zuzüge aus den ABL	9,70%	8,79%	1,31%	2,51%	7,13%
der Fortz. in die ABL	33,47%	30,34%	32,60%	47,94%	34,93%
Verhältnis der Fortzüge: insges. zu den Zuz. insg.	1,64	1,98	2,26	3,70	2,10
in d. ABL zu Zuz. a. d. ABL	3,45	3,45	24,96	19,06	4,90
in die ABL/allen Fortz.	0,68	0,58	0,61	0,70	0,64
1992					
	Kreis Eisenach	Kreis Gotha	Kreis Bad Langensalza	Kreis Mühlhausen	Bezirk Gotha
innerhalb der Landkr.	1295	1122	326	684	3427
Zuzüge insgesamt	2516	2469	667	1841	7493
Fortzüge insgesamt	2358	2571	909	1669	7507
Saldo (Zuzüge-Fortzüge)	158	-102	-242	172	-14
Zuzüge aus den ABL	1024	1096	228	736	3086
Fortzüge in die ABL	1482	1447	382	1064	4385
Saldo (Zuzüge-Fortzüge)	-458	-349	-164	-328	-1299
Wanderungsumsatz	6169	6162	1902	4194	18427
Anteile 1992					
der intraregionalen W.	20,99%	18,21%	17,14%	16,31%	18,60%
der Zuzüge gesamt	40,78%	40,07%	35,07%	43,90%	40,66%
der Fortzüge gesamt	38,22%	41,72%	47,79%	39,79%	40,74%
der Zuzüge aus den ABL	16,60%	17,82%	11,99%	17,55%	16,75%
der Fortz. in die ABL	24,02%	23,48%	20,61%	25,37%	23,80%
Verhältnis der Fortzüge: insges. zu den Zuz. insg.	0,94	1,04	1,36	0,91	1,00
in d. ABL zu Zuz. a. d. ABL	1,45	1,32	1,72	1,45	1,42
in die ABL/allen Fortz.	0,63	0,56	0,43	0,64	0,58

ABL = Alte Bundesländer, Wanderungsumsatz = Summe aller Wanderungsbewegungen (innerhalb und über Kreisgrenzen).

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik: Statistische Materialien.

Tabelle 2:

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und beruflicher Stellung im Arbeitsamtsbezirk Gotha im September 1989

nach Wirtschaftsbereichen						
	Kreis Eisenach	Kreis Gotha	Kreis Bad Langens.	Kreis Münh.	Bezirk Gotha	
	von hundert					
Land- und Forstwirtschaft	8,5	8,2	27,2	12,4	11,3	
Wassernwirtschaft	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	
Energie/Brennstoffindustrie	0,2	0,8	0,7	0,6	0,6	
Chemische Industrie	1,9	9,4	0,5	3,8	4,9	
Metallurgie	0,1	0,7	-	0,0	0,3	
Maschinen-/Fahrzeugbau	22,8	16,2	5,3	7,1	14,9	
Elektrogerätebau	23,6	4,2	2,0	7,0	10,4	
Leichtindustrie	2,5	12,0	9,0	5,9	7,4	
Textilindustrie	1,3	1,1	4,6	19,3	5,8	
Lebensmittelindustrie	3,9	3,8	4,6	4,1	4,0	
Baumaterialind./Bauwirtsch.	3,6	7,0	9,0	8,4	6,5	
Verkehr/Post- u. Fernmeldew.	5,7	5,5	3,5	3,9	5,0	
Handel und Lager	8,6	8,6	9,4	7,5	8,4	
Wirtschaftsleitung	0,2	1,2	1,3	0,3	0,7	
Sonst. Dienstleistungen	0,8	1,4	1,6	1,2	1,2	
Wohnungs- u. Geldwesen	2,5	3,2	3,4	2,4	2,8	
Bildung/Wissenschaft/Kunst	6,6	7,5	8,4	7,2	7,2	
Gesundheit/Sozialwesen	5,0	5,2	6,7	7,2	5,7	
Sport/Erholung/Freizeit	0,3	2,2	0,1	0,1	1,0	
Staatl. Verw./Part./Massenorg.	1,4	1,3	2,3	1,4	1,5	
Kirchen/Interessengem.	0,5	0,2	0,1	0,1	0,2	
nach beruflicher Stellung						
	Kreis Eisenach	Kreis Gotha	Kreis Bad Langens.	Kreis Münh.	Bezirk Gotha	
Wohnbevölkerung	113832	142325	45662	90497	362616	
Erwerbspersonenpotential	75056	93487	29318	58598	256459	
Erwerbstätige:						
Erwerbstätige insgesamt	63534	78317	22342	50091	214284	
Lehrlinge	2563	2976	827	1838	8204	
Berufstätige insgesamt	60971	75341	21515	48253	206080	
Selbständ./mith. Fam.ang.	1237	2020	553	963	4773	
Arbeiter u. Angestellte	54521	67705	15221	40993	178440	
Genossenschaftsmitgl.	5170	5552	5719	6279	22720	
Ständig Berufstätige insg.	60928	75277	21493	48235	205933	

Quelle: Rudolph 1990.

Tabelle 3:**Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht in den Kreisen des Arbeitsamtsbezirks Gotha im November 1990**

Kreis Eisenach					
	Insgesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	3147	1996	1151	63,43%	36,57%
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	24919	14439	10480	57,94%	42,06%
Baugewerbe	2696	2399	297	88,98%	11,02%
Handel	3864	1377	2487	35,64%	64,36%
Verkehr- u. Nachrichtenü.	3125	2023	1102	64,74%	35,26%
Kreditinst./Versicherungsgew.	355	94	261	26,48%	73,52%
Dienstleistungen	2170	923	1247	42,53%	57,47%
Gebietskörpersch./Sozialvers.	7056	1937	5119	27,45%	72,55%
Insgesamt*	47332	25188	22144	53,22%	46,78%
Kreis Gotha					
	Insgesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	4167	2781	1386	66,74%	33,26%
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	24162	14701	9461	60,84%	39,16%
Baugewerbe	6015	5378	637	89,41%	10,59%
Handel	6039	1869	4170	30,95%	69,05%
Verkehr- u. Nachrichtenü.	3886	2614	1272	67,27%	32,73%
Kreditinst./Versicherungsgew.	508	114	394	22,44%	77,56%
Dienstleistungen	3120	1402	1718	44,94%	55,06%
Gebietskörpersch./Sozialvers.	11030	3034	7996	27,51%	72,49%
Insgesamt*	58927	31893	27034	54,12%	45,88%
Kreis Bad Langensalza					
	Insgesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	3661	2215	1446	60,50%	39,50%
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	3636	1897	1739	52,17%	47,83%
Baugewerbe	1672	1457	215	87,14%	12,86%
Handel	1867	635	1232	34,01%	65,99%
Verkehr- u. Nachrichtenü.	476	240	236	50,42%	49,58%
Kreditinst./Versicherungsgew.	186	39	147	20,97%	79,03%
Dienstleistungen	710	324	386	45,63%	54,37%
Gebietskörpersch./Sozialvers.	3676	1162	2514	31,61%	68,39%
Insgesamt*	15884	7969	7915	50,17%	49,83%
Kreis Mühlhausen					
	Insgesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	3870	2610	1260	67,44%	32,56%
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	15898	7928	7970	49,87%	50,13%
Baugewerbe	3745	3372	373	90,04%	9,96%
Handel	3292	1063	2229	32,29%	67,71%
Verkehr- u. Nachrichtenü.	1908	1315	593	68,92%	31,08%
Kreditinst./Versicherungsgew.	279	88	191	31,54%	68,46%
Dienstleistungen	1257	675	582	53,70%	46,30%
Gebietskörpersch./Sozialvers.	7349	2194	5155	29,85%	70,15%
Insgesamt*	37598	19245	18353	51,19%	48,81%

* einschließlich Auszubildende.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistischer Bericht - Ergebnisse der Berufstätigerhebung vom 30. November 1990, 27. März 1992; Angaben ohne die Bereiche Energie/Wasserversorgung/Bergbau und Organisationen ohne Erwerbszwecke, die aus Datenschutzgründen nicht auf Kreisebene ausgewiesen wurden.

noch Tabelle 3:

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990

	Insgesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	14845	9602	5243	64,68%	35,32%
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	68615	38865	29650	56,79%	43,21%
Baugewerbe	14128	12606	1522	89,23%	10,77%
Handel	15062	4944	10118	32,82%	67,18%
Verkehr- u. Nachrichtenü.	9395	6192	3203	65,91%	34,09%
Kreditinst./Versicherungsgew.	1328	335	993	25,23%	74,77%
Dienstleistungen	7257	3324	3933	45,80%	54,20%
Gebietskörpersch./Sozialvers.	29111	8327	20784	28,60%	71,40%
Insgesamt*	159741	84295	75446	52,77%	47,23%

* einschließlich Auszubildende.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistischer Bericht - Ergebnisse der Berufstätigerhebung vom 30. November 1990, 27. März 1992; Angaben ohne die Bereiche Energie/Wasserversorgung/Bergbau und Organisationen ohne Erwerbszwecke, die aus Datenschutzgründen nicht auf Kreisebene ausgewiesen wurden.

Tabelle 4:**Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und beruflicher Stellung in den Kreisen des Arbeitsamtsbezirks Gotha im November 1990**

Kreis Eisenach					
	Insgesamt	Selbst.	mith. F.ang.	Arbeiter*	Angestellte*
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	3147	40	10	2544	553
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	24919	355	55	17370	7139
Baugewerbe	2696	243	48	1988	417
Handel	3864	398	106	762	2598
Verkehr- u. Nachrichtenü.	3125	178	34	2361	552
Kreditinst./Versicherungsgew.	355	0	0	39	270
Dienstleistungen	2170	427	69	1190	484
Gebietskörpersch./Sozialvers.	7056	0	0	1074	5982
Insgesamt*	47332	1641	322	27328	17995
Kreis Gotha					
	Insgesamt	Selbst.	mith. F.ang.	Arbeiter*	Angestellte*
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	4167	62	17	3292	796
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	24162	503	194	16575	6890
Baugewerbe	6015	317	110	4475	1113
Handel	6039	490	154	2040	3355
Verkehr- u. Nachrichtenü.	3886	159	38	3055	634
Kreditinst./Versicherungsgew.	508	50	0	0	426
Dienstleistungen	3120	565	152	1449	954
Gebietskörpersch./Sozialvers.	11030	0	0	2303	8727
Insgesamt*	58927	2146	665	33189	22895
Kreis Bad Langensalza					
	Insgesamt	Selbst.	mith. F.ang.	Arbeiter*	Angestellte*
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	3661	23	15	3117	506
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	3636	155	70	2648	763
Baugewerbe	1672	115	40	1242	275
Handel	1867	193	52	913	709
Verkehr- u. Nachrichtenü.	476	48	11	359	58
Kreditinst./Versicherungsgew.	186	15	0	7	164
Dienstleistungen	710	181	49	171	309
Gebietskörpersch./Sozialvers.	3676	0	0	615	3061
Insgesamt*	15884	730	237	9072	5845
Kreis Mühlhausen					
	Insgesamt	Selbst.	mith. F.ang.	Arbeiter*	Angestellte*
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	3870	35	15	3316	504
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	15898	282	98	11689	3829
Baugewerbe	3745	144	39	2939	623
Handel	3292	373	116	544	2259
Verkehr- u. Nachrichtenü.	1908	104	28	1476	300
Kreditinst./Versicherungsgew.	279	0	0	23	215
Dienstleistungen	1257	342	88	490	337
Gebietskörpersch./Sozialvers.	7349	0	0	1651	5698
Insgesamt*	37598	1280	384	22128	13765

* einschließlich Auszubildende.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistischer Bericht - Ergebnisse der Berufstätigenhebung vom 30. November 1990, 27. März 1992; Angaben ohne die Bereiche Energie/Wasserversorgung/Bergbau und Organisationen ohne Erwerbszwecke, die aus Datenschutzgründen nicht auf Kreisebene ausgewiesen wurden.

noch Tabelle 4:

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und beruflicher Stellung in den Kreisen des Arbeitsamtsbezirks Gotha im November 1990

Kreis Eisenach					
	Insgesamt	Selbst.	mith. F.ang.	Arbeiter*	Angestellte*
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	6,65%	0,08%	0,02%	5,37%	1,17%
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	52,65%	0,75%	0,12%	36,70%	15,08%
Baugewerbe	5,70%	0,51%	0,10%	4,20%	0,88%
Handel	8,16%	0,84%	0,22%	1,61%	5,49%
Verkehr- u. Nachrichteu.	6,60%	0,38%	0,07%	4,99%	1,17%
Kreditinst./Versicherungsgew.	0,75%	0,00%	0,00%	0,08%	0,57%
Dienstleistungen	4,58%	0,90%	0,15%	2,51%	1,02%
Gebietskörpersch./Sozialvers.	14,91%	0,00%	0,00%	2,27%	12,64%
Insgesamt*	47332	3,47%	0,68%	57,74%	38,02%
Kreis Gotha					
	Insgesamt	Selbst.	mith. F.ang.	Arbeiter*	Angestellte*
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	7,07%	0,11%	0,03%	5,59%	1,35%
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	41,00%	0,85%	0,33%	28,13%	11,69%
Baugewerbe	10,21%	0,54%	0,19%	7,59%	1,89%
Handel	10,25%	0,83%	0,26%	3,46%	5,69%
Verkehr- u. Nachrichteu.	6,59%	0,27%	0,06%	5,18%	1,08%
Kreditinst./Versicherungsgew.	0,86%	0,08%	0,00%	0,00%	0,72%
Dienstleistungen	5,29%	0,96%	0,26%	2,46%	1,62%
Gebietskörpersch./Sozialvers.	18,72%	0,00%	0,00%	3,91%	14,81%
Insgesamt*	58927	3,64%	1,13%	56,32%	38,85%
Kreis Bad Langensalza					
	Insgesamt	Selbst.	mith. F.ang.	Arbeiter*	Angestellte*
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	23,05%	0,14%	0,09%	19,62%	3,19%
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	22,89%	0,98%	0,44%	16,67%	4,80%
Baugewerbe	10,53%	0,72%	0,25%	7,82%	1,73%
Handel	11,75%	1,22%	0,33%	5,75%	4,46%
Verkehr- u. Nachrichteu.	3,00%	0,30%	0,07%	2,26%	0,37%
Kreditinst./Versicherungsgew.	1,17%	0,09%	0,00%	0,04%	1,03%
Dienstleistungen	4,47%	1,14%	0,31%	1,08%	1,95%
Gebietskörpersch./Sozialvers.	23,14%	0,00%	0,00%	3,87%	19,27%
Insgesamt*	15884	4,60%	1,49%	57,11%	36,80%
Kreis Mühlhausen					
	Insgesamt	Selbst.	mith. F.ang.	Arbeiter*	Angestellte*
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	10,29%	0,09%	0,04%	8,82%	1,34%
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	42,28%	0,75%	0,26%	31,09%	10,18%
Baugewerbe	9,96%	0,38%	0,10%	7,82%	1,66%
Handel	8,76%	0,99%	0,31%	1,45%	6,01%
Verkehr- u. Nachrichteu.	5,07%	0,28%	0,07%	3,93%	0,80%
Kreditinst./Versicherungsgew.	0,74%	0,00%	0,00%	0,06%	0,57%
Dienstleistungen	3,34%	0,91%	0,23%	1,30%	0,90%
Gebietskörpersch./Sozialvers.	19,55%	0,00%	0,00%	4,39%	15,16%
Insgesamt*	37598	3,40%	1,02%	58,85%	36,61%

* einschließlich Auszubildende.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistischer Bericht - Ergebnisse der Berufstätigen-erhebung vom 30. November 1990, 27. März 1992; Angaben ohne die Bereiche Energie/Wasserversorgung/Bergbau und Organisationen ohne Erwerbszwecke, die aus Datenschutzgründen nicht auf Kreisebene ausgewiesen wurden.

noch Tabelle 4:

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und beruflicher Stellung im Arbeitsamtsbezirk Gotha im November 1990

Arbeitsamtsbezirk Gotha					
	Insgesamt	Selbst.	mith. F.ang.	Arbeiter*	Angestellte*
Land/Forstwirtsch./Fischerei	14845	160	57	12289	2359
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	68615	1235	417	48282	18621
Baugewerbe	14128	819	237	10944	2428
Handel	15062	1454	428	4259	8921
Verkehr- u. Nachrichtenü.	9395	489	111	7251	1544
Kreditinst./Versicherungsgew.	1326	65	0	66	1075
Dienstleistungen	7257	1515	368	3300	2084
Gebietskörpersch./Sozialvers.	29111	0	0	5643	23468
Insgesamt*	159741	5797	1608	91717	60500
Anteile an allen Erwerbstätigen					
	Insgesamt	Selbst.	mith. F.ang.	Arbeiter*	Angestellte*
Land/Forstwirtsch./Fischerei	9,29%	0,10%	0,04%	7,63%	1,48%
Verarb. Gewerbe (o.Bau)	42,95%	0,81%	0,26%	30,23%	11,66%
Baugewerbe	8,84%	0,51%	0,15%	6,66%	1,52%
Handel	9,43%	0,91%	0,27%	2,67%	5,59%
Verkehr- u. Nachrichtenü.	5,86%	0,31%	0,07%	4,54%	0,97%
Kreditinst./Versicherungsgew.	0,83%	0,04%	0,00%	0,04%	0,67%
Dienstleistungen	4,54%	0,95%	0,22%	2,07%	1,30%
Gebietskörpersch./Sozialvers.	18,22%	0,00%	0,00%	3,53%	14,69%
Insgesamt*	159741	3,63%	1,01%	57,42%	37,87%

* einschließlich Auszubildende.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistischer Bericht - Ergebnisse der Berufstätigen-erhebung vom 30. November 1990, 27. März 1992; Angaben ohne die Bereiche Energie/Wasserversorgung/Bergbau und Organisationen ohne Erwerbszwecke, die aus Datenschutzgründen nicht auf Kreisebene ausgewiesen wurden.

Tabelle 5:

**Abhängig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen* im Arbeitsamtsbezirk Gotha
November 1990, Dezember 1992 und Dezember 1993**

	1990	1992	1993	1990 - 1993	irr%
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	14628	5632	5108	-9520	-65,08%
Energie/Wasser/Bergbau	-	969	733	-	-
Verarbeitendes Gewerbe (o.Bau)	66903	33216	32648	-34255	-51,20%
Baugewerbe	13072	14163	16416	3344	25,58%
Handel	13180	13099	15016	1836	13,93%
Verkehr- u. Nachrichtenübermittlung	8795	7166	6758	-2037	-23,16%
Kreditinst./Versicherungsgewerbe	1144	1799	1915	771	67,40%
Dienstleistungen	5384	24463	25037	19653	365,03%
Org. o. Erwerbsch./priv. Haushalte	-	5864	6084	-	-
Gebietskörpersch./Sozialversich. ohne Angabe**	29111	16951	14559	-14552	-49,99%
	4554	307	40	-4514	-99,12%
Insgesamt	156771	123629	124314	-32457	-20,70%
Anteile an den Gesamtbeschäftigten			Veränd. gegenü. Vorjahr		
	1990	1992	1993	1992	1993
Land-/Forstwirtsch./Fischerei	9,33%	4,56%	4,11%	-61,50%	-9,30%
Energie/Wasser/Bergbau	-	0,78%	0,59%	-	-24,36%
Verarbeitendes Gewerbe (o.Bau)	42,68%	26,87%	26,26%	-50,35%	-1,71%
Baugewerbe	8,34%	11,46%	13,21%	8,35%	15,91%
Handel	8,41%	10,60%	12,08%	-0,61%	14,63%
Verkehr- u. Nachrichtenübermittlung	5,61%	5,80%	5,44%	-18,52%	-5,69%
Kreditinst./Versicherungsgewerbe	0,73%	1,46%	1,54%	57,26%	6,45%
Dienstleistungen	3,43%	19,79%	20,14%	354,36%	2,35%
Org. o. Erwerbsch./priv. Haushalte	-	4,74%	4,69%	-	3,75%
Gebietskörpersch./Sozialversich. ohne Angabe**	18,57%	13,71%	11,71%	-41,77%	-14,11%
	2,90%	0,25%	0,03%	-93,26%	-86,97%
Insgesamt	100,00%	100,00%	100,00%	-21,14%	0,55%

Die Zahlen der BTE 1990 und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ab März 1992 sind nur bedingt vergleichbar, da bei der BTE auch selbständige und mithelfende Familienangehörige erfasst sind, die aber 1990 nur 4,5% (5.883 Selbständige und 1.615 mithelfende Familienangehörige) der Erwerbstätigen ausmachen.

* In Thüringen ohne die Bereiche Energie/Wasserversorgung/Bergbau und Organisationen ohne Erwerbszwecke, für beide Kategorien wurden aus Datenschutzgründen in der BTE auf Kreisebene keine Auskünfte erteilt.

** Enthält für den Bezirk Gotha die Differenz zwischen der im Bericht ausgewiesenen Gesamtzahl und der Summe der einzelnen Wirtschaftsbereiche, also auch die Summe der o.e. nicht ausgewiesenen Bereiche.

Quellen: Rudolph 1992; Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.): Statistischer Bericht - Ergebnisse der Berufstätigenerhebung vom 30.11.1990; Statistischer Bericht - Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Thüringen 31.3.1992 - 31.12.1993; IABwerkstattbericht - Aktuelle Daten Nr. 1.12/15.12.1994.

Tabelle 6:

**Arbeitslose gesamt und nach ausgewählten Merkmalen im Arbeitsamtsbezirk
Gotha Januar 1991 bis September 1994**

	Quote	gesamt	Männer	Frauen	Angest.	unter 20 J.	u. 55/60 J.*
Jan 91	9,5	20345	8215	12130	4393	1013	721
Feb 91	9,7	20707	8253	12454	4481	1132	536
Mär 91	9,5	20337	7764	12573	5592	1057	406
Apr 91	9,9	21067	7828	13239	4402	1024	445
Mai 91	9,7	20680	7558	13122	4361	823	540
Jun 91	9,8	20871	7310	13561	5419	900	580
Juli 91	12,8	27179	9047	18132	5762	1309	556
Aug 91	12,2	26100	8363	17737	5442	1276	511
Sep 91	11,8	25223	7964	17259	7262	1052	546
Okt 91	11,9	25454	7903	17551	4320	1048	471
Nov 91	11,6	24680	7635	17045	4246	934	463
Dez 91	11,6	24808	7857	16951	6918	877	549
Jan 92	20,2	35146	11289	23857	6793	838	533
Feb 92	19,5	33998	11013	22985	6621	799	559
Mär 92	18,4	32070	9946	22124	8848	801	619
Apr 92	18,1	31589	9692	21897	6568	594	546
Mai 92	17,4	30289	9355	20934	6317	579	593
Jun 92	16,7	29137	8764	20373	8227	521	649
Juli 92	17,9	31201	9400	21801	6652	829	702
Aug 92	17,5	30437	9067	21370	6556	814	735
Sep 92	17,0	29670	8676	20994	8649	706	792
Okt 92	16,6	28909	8525	20384	6293	641	999
Nov 92	16,5	28836	8598	20238	8178	497	838
Dez 92	16,9	29405	9075	20330	8468	533	754
Jan 93	18,8	32248	10546	21702	9156	517	1107
Feb 93	19,2	32896	10990	21906	9376	596	1255
Mär 93	18,8	32268	10911	21357	9030	566	1345
Apr 93	18,8	32323	10724	21599	8959	542	1369
Mai 93	18,6	31880	10239	21641	9244	460	1521
Jun 93	18,4	31643	10038	21605	9670	454	1605
Juli 93	19,5	33432	10485	22947	10208	613	1771
Aug 93	19,2	32998	10459	22539	10284	735	1993
Sep 93	19,0	32663	10033	22630	10748	574	1870
Okt 93	18,9	32527	9833	22694	10496	568	2150
Nov 93	18,7	32056	9881	22175	10213	530	2376
Dez 93	19,0	32556	10487	22069	10578	469	2205
Jan 94	20,7	34938	12174	22764	10515	510	2462
Feb 94	20,7	34953	11982	22971	10622	576	2557
Mär 94	19,7	33291	11381	21910	11224	558	2395
Apr 94	18,9	31995	10549	21446	9968	543	2416
Mai 94	17,9	30189	9711	20478	9974	422	2596
Jun 94	16,8	28396	8941	19455	9554	369	2710
Juli 94	17,4	29367	9095	20272	9665	551	2635
Aug 94	17,6	29689	9295	20394	10139	651	2935
Sep 94	17,0	28721	9156	19565	10090	604	3094

1991 und 1992 werden hierzu Männer über 60 und Frauen über 55 Jahre ausgewiesen, ab 1993 Männer und Frauen über 55 Jahre.

Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte, Presseinformationen.

noch Tabelle 6:

Arbeitslose gesamt und nach ausgewählten Merkmalen im Arbeitsamtsbezirk Gotha Januar 1991 bis September 1994

	Anteile		unter 20 J.	ö. 55/60 J.	Differenz		Verhältnis
	Frauen	Angest.			Frau.-Männ.	Frau:Männ	
Jan 91	59,62%	21,59%	4,98%	3,54%	19,24%	1,48	
Feb 91	60,14%	21,64%	5,47%	2,59%	20,29%	1,51	
Mär 91	61,82%	27,50%	5,20%	2,00%	23,65%	1,62	
Apr 91	62,84%	20,90%	4,86%	2,11%	25,68%	1,69	
Mai 91	63,45%	21,09%	3,98%	2,61%	26,91%	1,74	
Jun 91	64,98%	25,96%	4,31%	2,78%	29,95%	1,86	
Jul 91	66,71%	21,20%	4,82%	2,05%	33,43%	2,00	
Aug 91	67,96%	20,85%	4,89%	1,96%	35,92%	2,12	
Sep 91	68,43%	28,79%	4,17%	2,16%	36,85%	2,17	
Okt 91	68,95%	16,97%	4,12%	1,85%	37,90%	2,22	
Nov 91	69,06%	17,20%	3,78%	1,88%	38,13%	2,23	
Dez 91	68,33%	27,89%	3,54%	2,21%	36,66%	2,16	
Jan 92	67,88%	19,33%	2,38%	1,52%	35,76%	2,11	
Feb 92	67,61%	19,47%	2,35%	1,64%	35,21%	2,09	
Mär 92	68,99%	27,59%	2,50%	1,93%	37,97%	2,22	
Apr 92	69,32%	20,79%	1,88%	1,73%	38,64%	2,26	
Mai 92	69,11%	20,86%	1,91%	1,96%	38,23%	2,24	
Jun 92	69,92%	28,24%	1,79%	2,23%	39,84%	2,32	
Jul 92	69,87%	21,32%	2,66%	2,25%	39,75%	2,32	
Aug 92	70,21%	21,54%	2,67%	2,41%	40,42%	2,36	
Sep 92	70,76%	29,15%	2,38%	2,67%	41,52%	2,42	
Okt 92	70,51%	21,77%	2,22%	3,46%	41,02%	2,39	
Nov 92	70,18%	28,36%	1,72%	2,91%	40,37%	2,35	
Dez 92	69,14%	28,80%	1,81%	2,56%	38,28%	2,24	
Jan 93	67,30%	28,39%	1,60%	3,43%	34,59%	2,06	
Feb 93	66,59%	28,50%	1,81%	3,82%	33,18%	1,99	
Mär 93	66,19%	27,98%	1,75%	4,17%	32,37%	1,96	
Apr 93	66,82%	27,72%	1,68%	4,24%	33,64%	2,01	
Mai 93	67,88%	29,00%	1,44%	4,77%	35,77%	2,11	
Jun 93	68,28%	30,56%	1,43%	5,07%	36,55%	2,15	
Jul 93	68,64%	30,53%	1,83%	5,30%	37,28%	2,19	
Aug 93	68,30%	31,17%	2,23%	6,04%	36,61%	2,15	
Sep 93	69,28%	32,91%	1,76%	5,73%	38,57%	2,26	
Okt 93	69,77%	32,27%	1,75%	6,61%	39,54%	2,31	
Nov 93	69,18%	31,86%	1,65%	7,41%	38,35%	2,24	
Dez 93	67,79%	32,49%	1,44%	6,77%	35,58%	2,10	
Jan 94	65,16%	30,10%	1,46%	7,05%	30,31%	1,87	
Feb 94	65,72%	30,39%	1,65%	7,32%	31,44%	1,92	
Mär 94	65,81%	33,71%	1,68%	7,19%	31,63%	1,93	
Apr 94	67,03%	31,15%	1,70%	7,55%	34,06%	2,03	
Mai 94	67,83%	33,04%	1,40%	8,60%	35,67%	2,11	
Jun 94	68,51%	33,65%	1,30%	9,54%	37,03%	2,18	
Jul 94	69,03%	32,91%	1,88%	8,97%	38,06%	2,23	
Aug 94	68,69%	34,15%	2,19%	9,89%	37,38%	2,19	
Sep 94	68,12%	35,13%	2,10%	10,77%	36,24%	2,14	

1991 und 1992 werden hierzu Männer über 60 und Frauen über 55 Jahre ausgewiesen, ab 1993 Männer und Frauen über 55 Jahre.

Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte, Presseinformationen.

Tabelle 7:

Jahresdurchschnitt der Bestände an Arbeitslosen nach Berufsgruppen im Arbeitsamtsbezirk Gotha 1990 bis 1993

Berufsgruppen	1990	1991	1992	1993	Differenz 1993-1990	1993 in % von 1990
Pflanzenbauer/Tierzüchter/Fischerei	1276	1171	1606	1731	455	135,66%
Forst- u. Jagdberufe	34	33	42	122	88	358,82%
Bergleute/Mineralgewinner	47	132	103	78	31	165,96%
Steinbearbeiter/Baustoffhersteller	58	55	42	43	-15	74,14%
Keramiker/Glasmacher	56	88	80	69	13	123,21%
Chemiearb./Kunststoffverarbeiter	390	799	732	668	278	171,28%
Papierhersteller/-verarbeiter	78	182	164	173	95	221,79%
Drucker	52	81	78	79	27	151,92%
Holzaufbereiter/-warenfertiger	163	191	221	277	114	169,94%
Metallerzeuger/-bearbeiter	386	664	981	996	610	258,03%
Schlosser/Mech. u. zugeordn. Ber.	1268	1420	1846	2024	756	159,62%
Elektriker	336	696	593	541	205	161,01%
Montierer und Metallber., a.n.g.	340	1116	1713	1692	1352	497,65%
Textil- u. Bekleidungsber.	1431	1906	2397	2203	772	153,95%
Lederhess./Leder- u. Fellverarbeiter	263	352	617	555	292	211,03%
Ernährungsberufe	1484	2076	2075	2178	694	146,77%
Bauberufe	526	449	487	767	241	145,82%
Bau-/Raumausstatter/Polsterer	35	52	103	100	65	285,71%
Tischler/Modellbauer	156	152	162	171	15	109,62%
Maler/Lackierer u. verw. Berufe	120	150	170	213	93	177,50%
Warenprüfer/Versandfertigtmacher	241	555	845	926	685	384,23%
Hilfsarbeiter o. nähere Tätigkang.	283	169	111	63	-220	22,26%
Maschinenisten u. zugeh. Berufe	303	377	434	501	198	165,35%
Ingen./Chemiker/Physiker/Mathem.	542	441	595	580	38	107,01%
Techniker	210	289	340	279	69	132,86%
Technische Sonderfachkräfte	166	191	251	252	86	151,81%
Warenkaufleute	917	1760	2284	2632	1715	287,02%
Dienstleist.kaufleute u. zugeh. Berufe	74	95	124	208	134	281,08%
Verkehrsberufe	694	847	971	1106	412	159,37%
Lagerverw./Lager- u. Transportarb.	801	1081	1421	1564	763	195,26%
Organ./Verwalt.- u. Büroberufe	1969	2664	3326	4030	2061	204,67%
Ordnungs- u. Sicherh.berufe	426	493	516	503	77	118,08%
Publizist./Dolmetscher/Bibliothek.	27	44	47	56	29	207,41%
Künstler u. zugeordnete Berufe	68	102	147	121	53	177,94%
Gesundh.dienstberufe	306	398	374	467	161	152,61%
Soz.- u. Erz.ber., geist.- u. naturw. Ber.	532	934	856	1118	586	210,15%
Körperpfleger	153	141	135	85	-68	55,56%
Gästebetreuer	435	857	731	670	235	154,02%
Hauswirtschaftliche Berufe	157	275	288	337	180	214,65%
Reinigungsberufe	669	1127	1298	1576	907	235,58%
Arbeitskräfte m. noch n. best. Beruf	85	203	181	134	49	157,65%
Insgesamt	17557	24808	29487	31888	14331	181,63%

Quelle: Arbeitsamt Gotha: Jahresberichte.

In der Reihe "Arbeitspapiere aus dem Arbeitskreis SAMF" sind zuletzt erschienen:

- | | |
|---|---|
| <p>1990- 1 Erklärungsansätze zur geschlechts-spezifischen Strukturierung des Arbeitsmarktes
<i>Autorinnengemeinschaft</i></p> <p>1990- 2 Personalanpassung und Personalentwicklung in der deutschen Stahl- und Automobilindustrie
Zum Einfluß industrieller Beziehungen und öffentlicher Regulierung
<i>Klaus Semlinger</i></p> <p>1990- 3 Betriebsstillegungen im Vergleich
Die Schließung der AG "Weser" und der AEG-"Brunnenstraße"
<i>Forschungsteam AG "Weser" (J. Gerdes, H. Heseler, M. Osterland, B. Roth-Harting, G. Werner)</i>
<i>Forschungsteam AEG-"Brunnenstraße" (J. Gabriel, M. Huber)</i></p> <p>1990- 4 Betriebszugehörigkeitsdauer und Mobilität - Theoretische und empirische Analysen
<i>Knut Gerlach/Olaf Hübler (Hrsg.)</i></p> <p>1990- 5 Neue Anforderungen an Zulieferbetriebe im Groß-Kleinbetriebsverbund - eine Herausforderung für die Qualifizierungspolitik
<i>Stefanie Weimer/Hans Gerhard Mendius</i></p> <p>1990- 6 Soziale Lage und Arbeit von Frauen in der DDR
<i>Sabine Gensior/Friederike Maier/ Gabriele Winter (Hrsg.)</i></p> <p>1991- 1 Betriebliche Ausbildung "über Bedarf" und Arbeitsmarktchancen - Empirische Ergebnisse und ein humankapitaltheoretischer Ansatz
<i>Renate Neubäumer</i></p> <p>1991- 2 Beschäftigungsperspektiven von Frauen im EG-Binnenmarkt
<i>Autorinnengemeinschaft</i></p> <p>1992- 1 Flexibility and Job Security in the Federal Republic of Germany
<i>Friedrich Butler/Wolfgang Brandes/ Eberhard Dorndorf/Wilfried Gaum/ Ulrich Walwei</i></p> | <p>1992- 2 Zur Arbeitsmarktentwicklung und zum Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den neuen Bundesländern
<i>Wilhelm Peters (Hrsg.)</i></p> <p>1992- 3 Gestaltungen des Bestandschutzes des Arbeitsverhältnisses durch kollektiven Kündigungsschutz - eine rechtshistorische Skizze
<i>Wilfried Gaum</i></p> <p>1992- 4 Der Zusammenbruch des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern - Ursachen und Folgen
<i>Lothar Lappe</i></p> <p>1992- 5 Arbeitslosigkeit durch mangelnde Qualifikation - Antworten der Suchtheorie und der Arbeitsmarktstatistik
<i>Renate Neubäumer</i></p> <p>1992- 6 Einstellungsverhalten von Unternehmen gegenüber Langzeitarbeitslosen - eine Vorstudie
<i>Wolfgang Klems/Silvia Krömmelbein/Alfons Schmid</i></p> <p>1992- 7 Part-Time Working in Different Countries
<i>Uschi Ebbing (Ed.)</i></p> <p>1992- 8 KFZ-Gewerbe und Neustrukturierung der Automobilfertigung
<i>Hans Gerhard Mendius unter Mitarbeit von Eckhard Heidling und Stefanie Weimer</i></p> <p>1993- 1 Bestandsaufnahme von Projekten sowie der Infrastruktur einer sich entwickelnden Arbeitsmarktforschung in den neuen Bundesländern
<i>Horst Mieth/Waldemar Eisenberg</i></p> <p>1993- 2 Erwerbsbeteiligung von Frauen - Anreize und Barrieren
<i>Petra Beckmann/Eva Brumlop/ Gerhard Engelbrech/Ursula Hornung</i></p> <p>1993- 3 Technologische Entwicklung und Arbeitsmarktsegmentation
Einige konzeptionelle Überlegungen
<i>Christian Baden/Thomas Kober/ Alfons Schmid</i></p> |
|---|---|

- 1993- 4 Privatisierung und Partizipation
- ein Ost-West-Vergleich
Materialien der gleichnamigen
Konferenz, Eibenstock 1992
*Herausgegeben von Lothar Fritze/
Volkmar Kreißig/Erhard Schreiber*
- 1994- 1 Erwerbsverhalten und Arbeits-
marktsituation von Frauen im
nationalen und internationalen
Vergleich
*Gerhard Engelbrech/Regina Konle-
Seidl/Friederike Maier/Brigit Pfau-
Effinger/Sigrid Quack/Rosemarie
Sackmann/Ulrich Walwei*
- 1994- 2 Von der externen zur internen
Arbeitsmarktpolitik
- Zur arbeitsmarktpolitischen
Rationalisierung des Produktions-
prozesses um die Jahrhundertwende -
Studien zur Geschichte
betriebsinterner Arbeitsmärkte in
Deutschland, Teil 1
Edwin Schudlich
- 1994- 3 Werkwohnungsbau und betriebs
interne Arbeitsmarktpolitik in
Deutschland von 1880 bis 1945
Studien zur Geschichte
betriebsinterner Arbeitsmärkte in
Deutschland, Teil 2
Carola Sachse
- 1994- 4 Die Rolle der Forschung und Ent-
wicklung im Verlauf der Beschäfti-
gung in den FuE-Abteilungen der
großchemischen Industrie Sachsen-
Anhalts 1989-1993
*Joachim Fischer/
Hans Jürgen Weißbach*
- 1994- 5 Internationale Integration und
Regulierung von Arbeitsverhältnissen
*Michael Blank/Robert Boyer/
Wolfgang Däubler/Rolph van der
Hoeven/Stefan Lehner/Werner
Sengenberger/Ulrich Walwei*
- 1994- 6 Vom Beschäftigungsfiasko zum
neuen Aufbruch? Wirkungen und
Funktionsveränderungen der
Arbeitsförderung im gesamtdeutschen
Transformationsprozeß.
*Christian Brinkmann/Frank Gerlach/
Hans Gerhard Mendius/Jürgen
Riedel/Wolfgang Zeller*
- 1994- 7 Die internationale Regulierung von
Arbeit: Europäische Innovationen
trotz Kompetenzmangels und
Deregulierungswettbewerbs?
Ruth Böck/Dieter Sadowski
- 1994- 8 Interne Arbeitsmärkte in der I.G.
Farbenindustrie AG während der
zwanziger Jahre und der Weltwirt-
schaftskrise
*Studien zur Geschichte betriebs-
interner Arbeitsmärkte in
Deutschland, Teil 3
Helgard Kramer*
- 1995-1 Labour markets in transition:
Employment, unemployment and
labour market policies in Central and
Eastern Europe
*Edited by Birgit Pfau-Effinger,
Marion Neufeld, Volkmar Kreißig*
- 1995-2 Geschlechterpolitik in Organisationen
*Herausgegeben von:
Eva Brumlop/Friederike Maier*
- 1995-3 Zukunft der Arbeit
Herausgeber: Leonhard Kasek
- 1995-4 Empirische Arbeitsmarktforschung zur
Transformation in Ostdeutschland
*Herausgegeben von: Doris Beer,
Christian Brinkmann, Axel Deeke,
Sabine Schenk*
- 1995-5 Motivation und Handlungsstrategien
von Arbeitnehmern in dem Versuch
einer Betriebsausgründung
*Herausgegeben von: Petra Gärtner
und Leonhard Kasek*

Bezugsadresse:

Doris Beer
Wissenschaftszentrum NRW/
Institut Arbeit und Technik
Arbeitskreis SAMF
Munscheidstr. 14
45886 Gelsenkirchen
Tel.: 0209/1707-248
Fax: 0209/1707-110